Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 27. Jan. bis 2. Febr. 55 Gpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 24. | Dienstag, 29. Januar 1924. | 31. Jahrgang.

Fort mit dem Belagerungszustand!

Je länger der Belagerungszustand aufrechterhalten wird, umso unerträglicher wird er. Der Ruf nach seiner Aufhebung kommt nicht nur aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei. Die Fälle mehren sich, in denen bürgerliche Zeitungen und bürgerliche Politiker Protest erheben gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und gegen seine Anwendun. Das Beschwerdematerial, das gegen die Ausübung des Belagerungszustandes vorliegt, ist ungeheuer groß. Wenn die Reichsregierung es darauf ankommen lassen will, daß im Plenum des Reichstages die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt werden muß, so wird sie eine Debatte entfesseln, die sie besser vermeiden würde.

Man nennt allerlei Gründe für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, von denen keiner stichhaltig ist. Man versichert, daß namentlich der Militärbefehlshaber in Thüringen der Ansicht sei, daß die am 10. Februar stattfindenden Landeswahlen in Thüringen nicht ohne den Schutz des Belagerungszustandes vollzogen werden könnten.

Aber gerade die Verhältnisse in Thüringen schreien nach der Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Thüringer Landesregierung hat feste Vereinbarungen mit der Reichsregierung getroffen, durch die der Konfliktsstoff aus der Welt geschafft wurde. Trotzdem wollen die Konflikte zwischen dem General Hasse, dem Militärbefehlshaber in Thüringen und der Landesregierung nicht abreißen. General Hasse versucht fortgesetzt, in die Personalpolitik der Thüringer Regierung einzugreifen. Auf die Beschwerde Thüringens bei der Reichsregierung hin ersuchte General von Seeckt den General Hasse, seine Verfügungen aufzuheben. Der General Hasse erließ daraufhin ein Schreiben an die Thüringer Regierung, die die Verfügung Seeckts zum größten Teil wieder aufhob. Neuer Konflikt ist damit heraufbeschworen.

Dieser General Hasse ist nicht der einzige General, der politische Konflikte ernster Art hervorrief. Immer wieder fallen Uebergriffe vor, die das Eingreifen des Obebefehlshabers nötig machen, und die trotz aller Anweisungen des Generals von Seeckt doch nicht abreißen. Dauern diese Zustände länger an, so wird geradezu mit Gewalt eine Staatsverdrossenheit in den Schichten erzeugt, die die wahren Träger des Staates und der Republik sind. Im Interesse des Staates muß der Belagerungszustand fallen!

Ein Flugblattverbot.

General Hasse, der Militärbefehlshaber in Thüringen, hat ein Wahlplakat der Deutsch-Völkischen in Weimar genehmigt, daß die schlimmste antisemitisch-völkische Mordhetze betrieb, trotzdem er sonst die Aufsicht nach links sehr streng führt. Diese Art der Handhabung des Ausnahmezustandes hat die helle Empörung aller Thüringer Republikaner hervorgerufen. Auf die Beschwerde der Thüringer Staatsregierung hin hat nun der Oberbefehlshaber das völkische Flugblatt verboten.

Die Wirkung des Belagerungszustandes.

Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung.

SPD. Chemnitz, 28. Jan. (Eig. Drahtb.).

Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß die Staatsanwaltschaft allein im Landgerichtsbezirk Chemnitz gegen zirka 90 Reichswehrangehörige ein Verfahren wegen Mißhandlung der Zivilbevölkerung eingeleitet hat. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß in den sieben sächsischen Landgerichtsbezirken mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen Reichswehroffiziere und Soldaten schweben.

Keine Steuern zahlen — aber Krieg!

Der General der Reichswehr, von Loßberg, hat in der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins eine Ansprache gehalten, in der er sagte:

„Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft auch die deutsche Volksernährung selbst übernehmen kann, daß die Einsicht in die leitenden Kreise einzieht, daß dies aber nur möglich ist, **wenn dem Landwirt nicht alles weggesteuert wird** .... Ich habe deshalb auch mit allem Ernst in einem Antrage nach Berlin darauf hingewieen, daß es ein Unding ist, den im Jahre 1913 festgesetzten **Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten.**"

Nach dieser Ermunterung der Steuerscheu folgte eine Kriegshetzrede:

„Ich scheue mich nicht, das hier ganz offen auszusprechen: Einmal kommt die Zeit, wo wir abrechnen müssen mit denen, die uns jetzt drangsalieren. (Frenetischer, sich wiederholender Beifall.) Ich bin kein Pazifist. (Bravon.) Wenn ich als General Pazifist wäre, gehörte ich an den Laternenpfahl. Ich bin ein absoluter Mann, der dafür eintritt, daß wir den Leuten, die uns jetzt drangsalieren, die Zähne zeigen, selbst wenn es einen Verzweiflungskampf geben sollte; auch vor dem dürfen wir uns nicht scheuen."

Ist noch nicht genug Porzellan in der deutschen Außen- und Innenpolitik zerschlagen?

Die Sachverständigenkomitees in Berlin.

SPD. Paris, 28. Januar.

Das erste der beiden Sachverständigenkomitees sowie einige Mitglieder des zweiten Komitees sind am Montagabend nach Berlin abgereist, nachdem am Nachmittag in einer neuen Sitzung das Arbeitsprogramm endgültig festgesetzt worden war. Die Diskussion der Rentabilität der deutschen Eisenbahnen, die das erste Komitee in seinen letzten Sitzungen beschäftigt hat, hat zu einem bemerkenswerten Ergebnis geführt. Die Sachverständigen haben die Ueberzeugung ausgesprochen daß die Einnahmen des Eisenbahnnetzes in den besetzten Gebieten einen wichtigen Bestandteil der Budgeteinnahmen des Reiches bilden und diese unter keinen Umständen dem Reich entzogen werden dürften, falls eine wirklich realisierbare Lösung des Reparationsproblems gefunden werden soll. In Begleitung der Sachverständigen befindet sich eine Anzahl englischer, französischer und belgischer Bücherrevisoren, die das dem Komitee von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte statistische Material nachprüfen soll. Einzelne Blätter schreiben dem zweiten Sachverständigenkomitee, das sich gegen Ende der Woche in Berlin versammeln wird, die Absicht zu, bei der deutschen Regierung die Erlaubnis zur Nachprüfung der Bilanzen einiger deutscher Großbanken nachzusuchen. Sie seien dabei von der Idee geleitet, daß einerseits die gewaltigen Verdienste, die gerade die Banken aus der Mark-Baisse gezogen haben, in irgend einer Weise für die Sanierung des Reiches nutzbar gemacht werden müßten und schließlich ein Einblick in die inneren Verhältnisse der großen deutschen Finanzinstitute zur Prüfung der Frage der deutschen Kreditfähigkeit im Auslande, d. h. einer evtl. internationalen Anleihe, ermöglicht werde.

Die Wahlen im Saargebiet.

Wahlerfolg der Sozialdemokratie.

SPD. Saarbrücken, 25. Jan. (Eig. Drahtber.)

Am Sonntag fanden im Saargebiet die Wahlen zum Landesrat statt. Sie ergaben einen starken Linksruck, der sich auf Kosten der bürgerlichen Parteien vollzog. Die Wahlbeteiligung betrug 45 % mehr als 1922, also insgesamt 70 %. Die Sozialdemokratie erhielt 6 Sitze und gewann ein Mandat. Dagegen verlor das Zentrum trotz der stärkeren Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Wahlen 2 Sitze und mußte sich statt bisher mit 16 mit 14 Mandaten zufriedengeben. Auch die Vereinigte Liberale Partei, die sich aus ehemaligen Volksparteilern und Demokraten zusammensetzt, verlor einen Sitz. Sie zieht mit 4 Mandaten in das Landesparlament ein. Sowohl die Deutschnationalen als auch der frankophile Saarbund erhielten keinen Sitz. Dagegen steigerten die Kommunisten ihre Mandatszahl von 2 auf 4, während der Haus- und Grundbesitz statt bisher 2 nur 1 Mandat erhielt.

Die Stimmenzahlen waren: Zentrum 98 682, Sozialdemokraten 44 536 (1922: SPD. 29 210, USP. 2300, zusammen 31 510), deutsch-saarländische Volkspartei (Liberale und Demokraten) 32 058, Deutschnationale 2791, Haus- und Grundbesitzerpartei 9173, Kommunisten 39 311 (früher 14 699), Saarbund (franzosenfreundlich) 5586 Stimmen.

Die Vereinigte Sozialdemokratie hat demnach 13 000 Stimmen gewonnen.

Eine Streikwelle in England.

SPD. London, 28. Januar.

Während verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß der Lokomotivführerstreik infolge der vermittelnden Tätigkeit des Generalrats der Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums in den nächsten Tagen beigelegt werden könnte, droht für diese Woche bereits wieder der Ausbruch eines neuen großen Ausstandes. Unter den Dockarbeitern gärt es wegen der beharrlichen Weigerung der Arbeitgeber, die Mindestlöhne um zwei Schilling täglich zu erhöhen. Eine Konferenz der Hafenarbeitervertreter aus dem ganzen Lande ist für Dienstag zusammenberufen. Die allgemeine Stimmung unter den hier eingetroffenen Delegierten ist für den Streik, der allein in London etwa 100 000 Arbeiter berühren würde.

Nach den neuesten Nachrichten soll die Stimmung unter den streikenden Lokomotivführern und Heizern, die bereits wegen des ständigen Ausbaues des Notverkehrs etwas nachgiebiger geworden war, infolge der Aussicht auf den Hafenarbeiterstreik wieder intransigenter geworden sein. Die am Montag gepflogenen Schlichtungsverhandlungen haben keinen wesentlichen Fortschritt ergeben.

Arbeitsgemeinschaft und Sozialdemokratie

Von Fritz Mehrlein.

Einer der Hauptvorwürfe gegen die Sozialdemokratie beim Volksentscheid und auch jetzt im Wahlkampf ist der, sie wolle allein in Lübeck herrschen und sei gegen jede Arbeitsgemeinschaft. Höchstes sei die Sozialdemokratie für eine Gemeinschaft mit den Kommunisten zu haben!

Soviele Behauptungen, soviele Lügen.

Lassen wir die Tatsachen sprechen! Bis 1902 hatten wir in Lübeck ein Wahlrecht, welches an die Bedingung geknüpft war, daß jeder Wähler eine Gebühr von 28 Mk. zu zahlen hatte, um Bürger und damit Wähler zur Bürgerschaft werden zu können. Das war viel Geld für die Menge der Arbeiter, kleinen Beamten, Geschäftsleute, Handwerker usw. Doch die Sozialdemokraten wollten mitarbeiten an dem Geschicke ihrer Vaterstadt, sie gründeten einen Verein, sammelten die Gelder in kleinen Raten und brachten es fertig, daß dadurch immer mehr „Bürger" aus ihren Reihen entstanden. Sie wollten eben eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum eingehen! Doch wie verhielten sich die maßgebenden Bürger und das Patriziertum? Wollten sie nicht auch diese Arbeits- oder Volksgemeinschaft? Freuten sie sich nicht über das Interesse der Arbeiter am kommunalen Leben teilzunehmen? Ihre Bereitwilligkeit zur Arbeitsgemeinschaft äußerte sich nur rechteigentümlich! Als nämlich 1901 bei den Bürgerschaftswahlen die Sozialdemokraten in einigen Quartieren — der inneren Stadt und St. Lorenz — dicht vor dem Siege standen, entstand banges Entsetzen in den bisher allein herrschenden Kreisen des „honetten" Bürgertums. Schleunigst änderte man das Wahlgesetz — 15. Dezember 1902 — und führte einen Zensus ein. Darnach durfte nur wählen, wer fünf Jahre hintereinander mindestens mehr wie 1200 Mark versteuert hatte. Das Bürgergeld fiel. War das Wille zur Arbeitsgemeinschaft? Aber nicht genug damit, man hatte Sorge, daß dennoch auch dieses Hindernis von den Arbeitern übersteigen werden konnte und die Volksgemeinschaft doch hergestellt werden konnte, und so änderte man schon zwei Jahre später wiederum das Bürgerschaftswahlrecht und diesesmal gründlich. Man teilte die Wähler in zwei Klassen —die Gerechten und die Ungerechten, bezw. die Reichen und die Armen —. Die Armen — d. h. alle Wähler, die weniger wie 2000 Mk. im Jahre versteuerten, etwa 80 Prozent der Bevölkerung — bekamen 15 Sitze, die anderen, die Reichen usw. sage und schreibe 105 Mandate! Außerdem mußten die 2000-Mk.-Wähler mindestens 25 Jahre alt sein und wenigstens 3 Jahre in Lübeck Steuer gezahlt haben! Das war die Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1904 und dieses Wahl-„recht" blieb — bis zur Revolution — im Jahre 1918 in Kraft!

Die Sozialdemokratie errang allmählich 13 Mandate und arbeitete tatkräftig in der Bürgerschaft mit, sie war eben für eine Arbeitsgemeinschaft! Aber auf der anderen Seite — im Bürgertum — faßte man diese Mitarbeit höchst sonderbar auf. Kein Sozialdemokrat kam in eine Behörde oder gar in den Bürgerausschuß — der daamls eine viel wichtigere Rolle als heute spielte, hatte er doch alle Gesetzesvorlagen vor Zustellung an die Bürgerschaft zu beraten und zu begutachten — selbst die vom Bürgertum jetzt so geschätzten Genossen Wissell und Stelling waren damals durchaus unwürdig, anders als im Plenum an der damaligen Arbeitsgemeinschaft mitzuwirken. Diese bestand bis in die Kriegsjahre nur aus Erstklassigen!

Man kann auch den damaligen sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitgliedern nicht etwa den Vorwurf machen, daß der Grund, sie von Behörden, Ausschüssen usw. fernzuhalten, etwa darin lag, daß sie durch ruppiges und lärmendes Benehmen in der Bürgerschaft auffielen. Im Gegenteil, sie kämpften nur mit geistigen Waffen. Nicht, wie es heute die Kommunisten tun, im Kaschemmenton und in Formen, die bei jedem Zuhörer tiefsten Ekel hervorrufen. Das Bürgertum aber wollte unter sich bleiben und niemanden in die Karten gucken lassen. Und zwar waren in diesen Bestrebungen alle Richtungen einig. Auch die Liberalen, mit ganz vereinzelten Ausnahmen. Selbst die Wahlrechtsvorlagen, also direkten Wahlrechtsraub, machten sie mit, nur um ihre Bürgerschaftssitze zu retten. Fürwahr eine sonderbare Arbeitsgemeinschaft! Auch außerhalb der Bürgerschaft zeigte das Lübecker Bürgertum nicht das geringste soziale Verständnis! Freiwillig wurde nie etwas gegeben, weder bezüglich der Löhne, der Arbeitszeit usw. An Ferien für Arbeiter dachte man gar nicht, auch nicht in den Staatsbetrieben. Ja, der Staat verhandelte grundsätzlich nicht mit den Gewerkschaften und ihren Vertretern. Bei der Straßenbahn — sie war sogar staatlich — verbot man Führern und Schaffnern sogar mit Genossen Stelling — dem damaligen Leiter des Transportarbeiter-Verbandes — zu sprechen.

Als der Krieg ausbrach und es vor allem darauf ankam, eine wirkliche Volksgemeinschaft zu bilden, ging man in Lübeck nur sehr zögernd daran, in den geschilderten Zuständen Wandel zu schaffen. Wohl kamen einige unserer leitenden Genossen in den Bürgerausschuß und in die durch den Krieg geschaffenen Ausschüsse, wie Kriegshilfe, Landesausschuß für Kriegsverletzte usw. Das bittere Wahlunrecht aber blieb weiter bestehen und noch bis vor dem Ausbruch der Revolution hatte man in einem Ausschuß, der sich mit der Reform des Wahlrechts beschäftigte, wohl das Klassenwahlrecht etwas abgemildert, sich aber nicht durchgerungen, ein wirklich freies allgemeines Wahlrecht der lübedischen Bevölkerung zu geben. Der Ausbruch der Revolution bewies wiederum, daß die Arbeiterschaft nicht daran dachte, ein Schreckensregiment aufzurichten, sondern daß sie bemüht war, auch in diesen

schweren Zeit eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum in die Wege zu leiten. Hätten damals die Gewerkschaftsführer nicht helfend eingegriffen, wäre auch hier in Lübeck wie in anderen Orten des Reiches ein wildes Chaos entstanden. So aber gelang es, in kurzem wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Der sich aus dem Bürgertum bildende „Bund der freien Berufe" wurde von dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Mitarbeit herangezogen. Der Senat wurde nicht, wie in Hamburg, Bremen, kurzerhand abgesetzt, sondern nur unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates gestellt. Endlich wurde ein freies Wahlrecht eingeführt. Als die Wahl, wie zu erwarten war, eine sozialdemokratische Mehrheit brachte, stellte sich diese nicht auf den krassen Machtstandpunkt, sondern arbeitete im Interesse Lübecks durchaus mit dem Bürgertum zusammen. Die Großmut der Sozialdemokratie ging sogar so weit, daß sie nicht die freigewordenen Senatssitze lediglich mit ihren Anhängern besetzte, sondern sie wählte sogar einen Großkaufmann — Dimpker — mit in den Senat, um die berechtigten Interessen des Handels und der Schiffahrt im Senate zu Wort kommen zu lassen. Auch die Verfassung wurde durchaus im Sinne einer Arbeitsgemeinschaft geregelt. Alles das hat man der Sozialdemokratie schlecht gedankt und als im Jahre 1921 die Bürgerschaft nicht mehr eine sozialdemokratische Mehrheit hatte, sondern die Sozialdemokratie mit den Kommunisten zusammen als solche anzusprechen war, überließ das Bürgertum der sozialdemokratischen Fraktion die Bewilligung aller unangenehmen Vorlagen; ja im Gegenteil, es lehnte mit den Kommunisten zusammen solche Steuervorlagen ab, die eine gewisse Unpopularität eingetragen hätten. Insofern ist es durchaus verständlich, wenn die sozialdemokratische Fraktion der verflossenen Bürgerschaft im Unmut darüber es schließlich dahin brachte, daß ein Mißtrauensvotum zustande kam; wobei allerdings zugegeben werden muß, daß der Senat daran völlig unschuldig war und daß im Senat sich die Arbeitsgemeinschaft zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Senatoren durchaus bewährte. Soweit die Tatsachen!

Es ist selbstverständlich, daß der jetzige Wahlkampf als Ergebnis dahin führen muß, daß beide Teile aus dem Vorgefallenen lernen müssen. Die Sozialdemokratie darf nicht in den Kommunisten irgendwelche Arbeiterpartei und bündnisfähige Freunde sehen, sondern muß sie als Todfeinde betrachten, die nur darauf ausgehen, die Arbeiterschaft zu zersplittern. Auf der anderen Seite aber muß das Bürgertum eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie so auffassen, daß die Sozialdemokratie nicht nur die Gebende ist. Die Arbeitsgemeinschaft muß bestehen aus gleichberechtigten und gleichverpflichteten Parteien; nicht, daß die Sozialdemokratie nur das Dienstmädchen bei der gnädigen Herrschaft Bourgeoisie ist. Dringend nötig ist es auch, daß die Arbeitgeber aller Gruppen einsehen, daß in der furchtbaren Not der Zeit — Teuerung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot — nicht Worte helfen, sondern nur Taten! Das Heinesche Wort ist noch heute richtig, daß in

„einen hungrigen Magen nur Eingang finden
Suppen-Logmomente mit „Knödel"-Gründen.
Ein krummer Stockfisch, in Butter gesotten,
behagt den radikalen Rotten weit besser als
ein Cicero und alle Redner seit Mirabeau."

Deshalb also, verehrtes Bürgertum, sorgt dafür, daß die Fabriktore weit geöffnet werden und die arbeitswilligen Erwerbslosen, die nur darnach streben, wieder Arbeit zu finden, dazu Gelegenheit bekommen! Sorgt weiter dafür, daß, wenn schon länger gearbeitet werden muß, auch entsprechende Löhne dafür gezahlt werden und nicht, daß für den Lohn für achtstündige Arbeit neun- oder zehnstündige Arbeit geleistet werden soll! Wenn diese Erkenntnis im Bürgertum Platz greift, dann ist der Weg geebnet für eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft. Der kommunistische Spuk wird dann bald verwehen, denn letzten Endes sind die Anhänger der kommunistischen Führer ja nicht von ihren Theorien durchdrungen, sondern nur Hungernde und Verzweifelte!

In diesem Sinne wollen wir den Wahlkampf führen und hoffen wir dringend, daß auch im Bürgertum Verständnis für eine solche Arbeitsgemeinschaft weiteste Kreise durchdringt.

Die Hypothekenaufwertung.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium, das der Hypothekenaufwertung ablehnend gegenüberstand, und dem Reichsjustizministerium, das an der Aufwertung festhielt, haben zu einem Kompromiß geführt. Danach wird im Rahmen der dritten Steuernotverordnung die Hypothekenaufwertung insgesamt 10 Proz. des Vorkriegswertes betragen. Nur in Ausnahmefällen kann durch gerichtliche Entscheidung darüber hinaus bis zu 25 Proz. gegangen werden.

Wir halten die beabsichtigte Hypothekenaufwertung für eine überaus bedenkliche Maßregel. Was den Hypothekengläubigern recht ist, ist den Sparern der Sparkassen, ist den Versicherungsberechtigten der sozialen Versicherungen billig. Vor allem muß dann dem Reich ein Aufwertungsrecht zugestanden werden gegenüber allen denen, die sich durch Rückzahlung von Reichskrediten in entwertetem Geld bereichert haben.

Wir sehen aber auch die große Gefahr, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch vom Auslande her Aufwertungsforderungen gestellt werden, die die Situation Deutschlands bei kommenden Verhandlungen erschweren können. Der Reichsjustizminister Emminger, der ohnehin schon den unverantwortlichen Justizabbau zu verantworten hat, wird auch die Last dieser Verantwortung zu tragen haben!

Die Krise im Westen.

Auswanderung von Qualitätsarbeitern.

SPD. Bochum, 28. Jan. (Eig. Drahtber.)

Die Arbeitskrise im Ruhrbergbau dauert fort. Die Notlage der Bergarbeiter wächst mit der täglich größeren Umfang annehmenden Zahl der Feierschichten. Im Ruhrgebiet organisieren sich Erwerbslosentransporte, die in das unbesetzte Deutschland abgelassen werden, um dort Arbeit und Unterkunft zu finden. Eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen aus dem Duisburg-Mülheimer Revier befindet sich bereits im unbesetzten Deutschland. Ein Transport von 170 Köpfen ist dieser Tage von Dortmund abgelassen worden. Die Gemeinden unterstützen nach Möglichkeit das Bestreben der ledigen Arbeiter, dem notleidenden Industrierevier den Rücken zu kehren.

Daneben macht sich eine **Auswanderer-Bewegung nach Südamerika** stark bemerkbar. Die Zahl der Ausgewanderten geht bereits in die Tausende und setzt sich, was das Bedauerlichste ist, in der Hauptsache aus **Qualitätsarbeitern** zusammen. Beispielweise gehen von Hagen in diesen Tagen Transporte von insgesamt tausend Personen nach Brasilien ab. Bezeichnend ist, daß die Auswanderer aus dem Ruhrbergbau, wo vielfach die Schachtanlagen auf unabsehbare Zeit stillgelegt worden sind, einen erheblichen Prozentsatz ausmachen.

Das „Bochumer Volksblatt" ist von dem zuständigen Kommandanten angeblich wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung über Versammlungen usw. vom 27. bis einschl. 30. Januar verboten worden, trotzdem die Redaktion den Nachweis führen kann, daß sie bei der Veröffentlichung eines in Frage kommenden Versammlungshinweises vorschriftsmäßig gehandelt hat. Auch die „Duisburger Volksstimme", die erst im Verlauf der letzten Wochen zweimal verboten wurde, ist jetzt erneut bis zum 18. April verboten worden. Ein Grund für dieses mehr als 2½ Monate umfassende Verbot wurde nicht angeführt.

Das Ende des Kerkhoff-Prozesses.

Der deutsch-nationale Abgeordnete als Steuerdefraudant.

In dem Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten van den Kerkhoff wegen Steuerhinterziehung und Siegelbruches wurde Sonnabend abend das Urteil gefällt. Das Gericht kam nach etwa einstündiger Beratung zu folgendem Urteil: Es stehe auf dem Standpunkt, daß der Eröffnungsbeschluß des Oberlandesgerichtes in Düsseldorf, auf den sich das Verfahren gegen van den Kerkhoff gründe, zu Recht bestehe. Betreffs des Steuerdeliktes brauche man nicht zu prüfen, ob noch ein Steueranspruch bestehe oder nicht; das sei materiell unerheblich. Das Gericht habe in diesem Fall wegen Mangels an Beweisen auf einen Freispruch erkannt. Ein Verdacht gegen den Angeklagten bleibe immerhin solange bestehen, bis von ihm nachgewiesen sei, wo die in seiner Steuerklärung nicht belegten Gelder verblieben seien. Immerhin konnten die Angaben des Angeklagten nicht widerlegt werden.

Der Ausgang des Prozesses ist schmählich genug für diesen Deutsch-Nationalen. In Steuerdingen hört eben bei vielen die Moral auf — zum Schaden der Ehrlichen und des Gemeinwohls.

Kein Eisenbahnerstreik.

Die Abstimmung im Deutschen Eisenbahnerverband über die Arbeitszeitverlängerung ist noch nicht abgeschlossen. In Sachsen sowie in Augsburg konnte die Abstimmung infolge der Verbote durch die Militärbefehlshaber nicht durchgeführt werden. In München beteiligten sich nur etwa 30 Prozent der Mitgliedschaft an der Abstimmung. In einigen norddeutschen Städten ergaben sich Zweidrittelmehrheiten für den Streik. Es läßt sich jedoch bereits übersehen, daß die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit der Mitglieder für einen Streik nicht erreicht wird.

Beamtengehälter im Februar.

Wie das Reichsbesoldungsblatt mitteilt, erhalten die Beamten ihre Februarbezüge je zur Hälfte am 1. und 13. Februar. Eine Anregung der Beamten-Spitzenorganisationen, die erste Gehaltshälfte einen oder mehrere Tage früher auszuzahlen, damit die Beschaffung der Monatskarten zur Benutzung der Verkehrsmittel rechtzeitig erfolgen kann, hat das Reichsfinanzministerium zurückgewiesen. Ueber die Erhöhung der Ortszulagen im Hinblick auf die bevorstehende Mietpreiserhöhung schweben Erwägungen zwischen den Ressortverwaltungen. Bei der Haltung des Reichsfinanzministeriums dürfte auch auf diesem Gebiete wenig für die Beamten zu erwarten sein.

Kommunistenverhaftungen.

Von der Staatlichen Pressestelle Hamburg wird mitgeteilt: Der Hamburgischen Polizeibehörde war bekanntgeworden, daß am Sonntag eine Versammlung hiesiger und auswärtiger Kommunisten in Hamburg stattfinden würde, auf der wichtige Organisationsmaßnahmen beschlossen werden sollten. Es gelang festzustellen, daß die aus Nordwestdeutschland, Berlin und Leipzig eintreffenden Delegierten nach Hummelsbüttel dirigiert wurden, wo sie im Gasthaus „Zur Lohe" eine Versammlung abhielten. Die 55 Teilnehmer dieses durch die Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt verbotenen Delegiertentages wurden festgenommen. In ihrem Besitz fand sich reichhaltiges Material über die politischen Pläne ihrer Organisation.

Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

SPD. Der Parteiausschuß tritt am Dienstag zur Vorbereitung des am 30. März stattfindenden Parteitages in Berlin zusammen.

Die Arbeit der Labour-Regierung.

SPD. London, 28. Jan. (Eig. Drahtb.)

Außer der Anerkennung Sowjetrußlands, die, wie es scheint, durch die Regelung einiger technischer Einzelfragen etwas aufgehalten wird, steht das Problem der englisch-französischen Beziehungen nach wie vor im Vordergrund der außenpolitischen Betrachtungen. Die Blätter versichern immer wieder, daß Macdonald den Wunsch habe, eine neue internationale Konferenz einzuberufen, um das gesamte Reparationsproblem und die deutsch-französische Angelegenheit zu diskutieren. Das wichtigste Ereignis des Tages in dieser Hinsicht ist die Ankunft des britischen Vertreters in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, in London, der, wie versichert wird, auf ausdrücklichen Wunsch des neuen Schatzkanzlers Philip Snowden, der übrigens sein unmittelbarer Vorgesetzter ist, nach London gekommen ist. Es heißt, daß Snowden mit Bradbury das gesamte Reparationsproblem einschließlich der Frage der interalliierten Schulden erörtern wolle.

Alle außenpolitische Probleme waren am Montag Gegenstand der zweiten mehrstündigen Kabinettssitzung seit der Regierungsbildung. In diesem Kabinettsrat wurde ferner beschlossen, eine Anleihe in Höhe von 50 000 Pfund für öffentliche Arbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit aufzulegen. Der in der vorigen Woche eingesetzte Unterausschuß zur Prüfung der Arbeitslosigkeit hatte einen Bericht ausgearbeitet, der ebenfalls in der Kabinettssitzung diskutiert wurde.

Die Pariser Besprechungen.

Keine Anerkennung der Pfälzer Separatistenregierung.

SPD. Paris, 28. Jan. (Eig. Drahtber.)

Auf Grund von Informationen von gut unterrichteter Seite glauben wir über die Unterredung zwischen Poincare und dem belgischen Außenminister Jaspar folgendes feststellen zu können: Die Reise des Herrn Jaspar, zu der sich dieser ganz plötzlich entschlossen hat, ist veranlaßt worden durch eine Unterredung, die der belgische Gesandte in London Ende der vergangenen Woche mit Macdonald hatte und die ergänzt wurde durch eine Unterredung, die der bekannte englische Publizist Massingham, ein Vertrauensmann des englischen Premiers, zu gleicher Zeit mit maßgebenden belgischen Politikern in Brüssel führte. Massingham scheint in diesem Falle mit einer ganz speziellen Mission betraut gewesen zu sein. Herr Jaspar hat daraufhin auch diesmal die für die belgische Regierung traditionelle Rolle des Vermittlers zwischen London und Paris übernommen.

Die Unterredung zwischen Poincare und Jaspar hat diesem Zwecke gegolten. Wenn auch keine offiziellen Beschlüsse gefaßt wurden, so ist doch die Unterredung vom Sonntag nicht ohne positive Ergebnisse geblieben. Aus der Besorgnis heraus, die Generalaussprache mit London nicht unnötig zu belasten, hat Herr Poincare sich durch den belgischen Außenminister und vielleicht auch durch Herrn Benesch von der Notwendigkeit weitgehender Konzessionen in verschiedenen Fragen überzeugen lassen. Das gilt in erster Linie von der Angelegenheit der Separatisten in der Pfalz und des Eisenbahnkonflikts in der englischen Zone. Man versichert, daß die französische Regierung endgültig auf die von ihr bei der Rheinlandkommission betriebene Anerkennung der autonomen Pfalzregierung verzichtet hat. Sie hat diese Konzession allerdings abhängig gemacht von der Bedingung, daß man den vor dem Auftauchen der Separatisten nach Heidelberg geflüchteten regulären bayrischen Behörden die Rückkehr nicht gestattet werde. Auch in der Frage des Eisenbahnverkehrs im Kölner Brückenkopf will die französische Regierung den bisherigen Widerstand gegen das zwischen den lokalen Instanzen vereinbarte Abkommen aufgeben. Der französische Rheinlandkommissar Tirad war am Sonntag telegraphisch nach Paris berufen worden und wird hier die nötigen Instruktionen erhalten, um diese beiden Streitfragen endgültig aus der Welt zu schaffen.

Weit weniger reich an praktischen Ergebnissen dürfte dagegen die Unterhaltung zwischen Poincare und Jaspar über die prinzipiellen Fragen der Reparationspolitik gewesen sein. Man weiß sowohl in Brüssel als in Paris, daß die neue englische Regierung eine General-Liquidation in dieser Frage anstrebt und als eine der Vorbedingungen dafür die Aufgabe der französisch-belgischen Politik vom 11. Januar ansieht. In Brüssel wäre man dazu unter gewissen Kautelen bereit. Bei der gegenwärtigen französischen Regierung dagegen stoßen die Absichten der neuen englischen Regierung, wie nicht anders zu erwarten war, auf den heftigsten Widerstand.

Die Beisetzung Lenins.

Moskau, 29. Januar.

Sonntag 4 Uhr wurde die Leiche Lenins in der Gruft an der Kremlmauer auf dem Roten Platze beigesetzt. Gleichzeitig wurde in allen Staats- und Privatbetrieben Rußlands fünf Minuten lang die Arbeit unterbrochen und auf dem gesamten Gebiet der Sowjetunion Salut geschossen. 20 000 rote Soldaten hielten die Ehrenwache. In ununterbrochenem Strom flutete eine Millionendemonstration an der Gruft vorüber. Am Sonnabend um 6 Uhr nachmittags veranstaltete das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetrepubliken im großen Theater eine feierliche Trauersitzung für Lenin. Etwa 3000 Personen nahmen daran teil, die Regierung und das diplomatische Korps waren vollzählig vertreten. Als die Witwe Lenins den Saal betrat, erhob sich die gesamte Trauerversammlung. Es folgten Ansprachen Kalinins, Sinowjews, Stalins, Bucharins und Klara Zetkins. Die Pausen zwischen den einzelnen Reden wurden durch Trauermusik ausgefüllt.

*

In Hamburg hatte die KPD. durch Handzettel, die vornehmlich in Arbeitsnachweisen verteilt wurden und durch Propaganda in den Betrieben zu einer „stillen" Demonstration zu Ehren Lenins aufgefordert. Die Demonstration sollte Sonnabend nachmittag um 4½ Uhr auf dem Heiligengeistfeld stattfinden. Zur angesetzten Stunde erschienen jedoch nur wenige Anhänger der KPD., die durch Ordnungspolizei vom Platz entfernt wurden, wobei es zu kleineren Reibereien kam, in deren Verlauf drei der Demonstranten festgenommen wurden. In etwa einer Stunde war das Heiligengeistfeld völlig geräumt und bot das gewohnte Bild.

*

Die KPD. veranstaltete eine Trauerfeier im Großen Schauspielhaus in Berlin. Während die Veranstaltung ohne Zwischenfall verlief, kam es vor dem Theatergebäude und in der Karlstraße zu großen Ansammlungen meist jugendlicher Personen. Es wurden mehrfach Hochrufe auf die Dritte Internationale ausgebracht. Dazwischen schrie die Menge: „Nieder mit der Schupo! Nieder mit dem Kapitalismus!" Den wiederholten Aufforderungen der Schutzpolizei, die Straße freizugeben und sich zu zerstreuen, leisteten die Demonstranten keine Folge. Schließlich schritt die Schutzpolizei zur Säuberung der Straße.

Bildet die Einheitsfront der Besitzlosen!

Wählt am 10. Februar sozialdemokratisch: Liste **Gustav Ehlers.**

Die Justiz-Diktatur.

Von Staatsanwalt Marx-Heidelberg.

Die Menschen unserer Zeit rufen allewege nach einem führenden starken Manne. Dabei sind sie selber in der überwiegenden Mehrzahl von einer auffälligen Stumpfheit und geistigen Gleichgültigkeit befallen. Dieses Nebeneinander mag dem oberflächlichen Beobachter als ein merkwürdiger Gegensatz erscheinen. Genauere Prüfung aber weist eine enge Beziehung zwischen den beiden Erscheinungen auf. Die politische Gedankenarmut, die durch die romantisch-historische Betrachtungsweise charakterisiert wird, hat ein Gefühl der Hilflosigkeit ausgelöst, aus dem heraus der Ruf nach dem Diktator laut wird. In ihm sollen sich alle die Eigenschaften zusammenfinden, die der Mehrzahl unserer Zeitgenossen abgehen. Zwiespältig ist unsere Zeit. Sie hat selbst das Gefühl ihres Unvermögens. Was die Gesamtheit nicht vermag, soll der Leistung eines einzelnen vorbehalten sein. Es ist der Glaube an die Rettung durch das Wunder, der Deutschland im letzten Jahrzehnt schon so oft auf Irrwege geführt hat. Er macht die Menschen untätig, nimmt ihnen die Spannkraft und die politische Energie.

Diese Entwicklung führt zu einer höchst bedauerlichen Minderung der geistigen Anteilnahme an der Gestaltung des staatlichen Lebens, soweit es sich um außerwirtschaftliche Angelegenheiten handelt. Die Mitarbeit der geistigen Kräfte erlahmt, das öffentliche, vor allem das politische Leben verarmt an Ideen und verflacht.

Recht erwächst aus der Gemeinschaft. Grundlegende Gesetze sind Formen, in denen aus der Gemeinschaft des Volkes, aus dem in seinen Reihen geführten Kampf der Ideen gewachsene Rechtsüberzeugungen allgemeingültige Fassung gewonnen haben. Das Wesen des guten Gesetzes ist seine Popularität, sein Verwachsensein mit den Empfindungen des Volkes. Nicht jede Zeit ist imstande, Gesetze zu formen, die diesen Anforderungen entsprechen. Eine wichtige Voraussetzung ist die gründliche begriffliche und sachliche Beherrschung des Materials, die, auf einer sorgfältigen Verwertung langjähriger Erfahrungen aufbauend, die Wirkungen gesetzlicher Verallgemeinerungen zu übersehen in der Lage ist. Des weiteren ist erforderlich eine gewisse Ausgeglichenheit in den Machtverhältnissen der den Staat bildenden Gruppen, damit nicht eine Vergewaltigung gewisser erheblicher Teile des Volksganzen eintritt. Darüber hinaus aber muß das ganze Volk von dem Eifer beseelt sein, mitzuarbeiten an der Gestaltung der Gesetze, die seine Lebensformen bilden. Die Männer der Wissenschaft vom Recht müssen als Bannerträger voranschreiten, als Wegweiser, wenn der Gesetzgeber den Weg, dessen Einschlagung durch die Entwicklung des Rechts geboten ist, zu verlassen im Begriffe steht.

Wir erleben in diesen Tagen einen Umsturz unserer Gerichtsverfassung und der Strafgerichtsordnung in einem Ausmaße, das in den Jahren vor dem Kriege alle Geister auf den Plan gerufen hätte, sei es um dafür oder dagegen Stellung zu nehmen. Hat man gehört, daß eine deutsche Juristenfakultät, eine Juristenvereinigung irgendwo der Neuordnung begeistert zugejubelt oder flammenden Protest dagegen erhoben hätte? Ist auch nur ein Teil jener Bewegung spürbar, wie dort, wo es sich um Gehaltsfragen oder um Gebührensätze handelt? Wir sind verstrickt im Materiellen. Die Sorge um das wirtschaftliche Heute und Morgen beschäftigt die Menschen so sehr, daß selbst jene, deren Beruf es ist, über die Gestaltung des Rechts zu wachen, müde und resignierend die Hände statt an die Feder in den Schoß legen und zusehen, wie wesentliche Teile unseres Rechts ohne Not in einer Weise umgestaltet werden, die dem Geiste ihrer Entwicklung auf das schärfste widerspricht. Unter den Besten gibt es Männer, die es in den Augenblick, wo es um den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands gehe, für gleichgültig oder mindestens von gänzlich nachgeordneter Bedeutung erklären, wie die Strafjustiz gestalten sei, die dem erstaunt, ja vorwurfsvoll begegnen, der in scharfer Kritik gegen die „Justizreform" angeht, die die deutsche Reichsregierung dem deutschen Volk aufgedrängt hat.

Nur eine Zeit tätiger Anteilnahme derer, die das Recht in Anwendung lebendig fortentwickeln, und derer, die es lehren, kann ein Recht schaffen, das Vertrauen genießt. Das Vertrauen zum Recht, vor allem zum Recht der Strafjustiz, die ja die schwersten Eingriffe in die Persönlichkeitssphäre des Gesamtheit vorhanden, noch weniger aber bei dem mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten Gremium der Regierung. Die Art der Gesetzgebung, wie sie unter der Geltung des Ermächtigungsgesetzes gehandhabt wird, in der auch die Justizreform durchgeführt Menschen vornimmt, ist die Stütze des Staates. Nur ein Recht, das vom Vertrauen des Volkes getragen wird, ist auf die Dauer ein für den Staat erträgliches Recht. Dieses Vertrauen wird in aller Regel nur dann vorhanden sein, wenn es auch dem Gesetzgeber selber entgegengebracht wird.

Dies letzte ist vielleicht eine der wichtigsten Vorbedingungen, die eine Zeit benötigt, um für sich den Beruf für die Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu können. Nun werden aber die Anhänger aller Richtungen darin übereinstimmen, daß wir noch mitten in einem entschiedenen Kampf der Parteien um die Macht im Staate stehen. Welche Zeit wäre ungeeigneter, die Justiz gesetzgeberisch neu zu ordnen. Mit feinem Takt hat die Sozialdemokratie selbst in den Zeiten, als es ihr die Machtverhältnisse gestattet hätten, davon abgesehen, Deutschland eine Justizgesetzgebung aufzudrängen, die den Anschauungen weiter Kreise des Volkes widersprochen hätte. Die Anwendung der Gesetzgebung wäre bald in heftigen Widerstreit getreten mit dem Geiste, aus dem heraus die Gesetze erlassen waren. Zum Schaden des Rechts und der Justiz. Einer im Grunde konservativen Reichsregierung — man tut der Regierung Marx nicht unrecht, wenn man sie so benennt — ist es vorbehalten geblieben, eine Strafgerichtsorganisation zu schaffen, **die im Widerspruch steht mit den Anschauungen und den Forderungen der Mehrheit des deutschen Volkes.** Die Schwurgerichte sind abgeschafft. Es ist ein Etikettenschwindel schlimmster Art, wenn man die mit 3 Berufsrichtern und 6 Laien besetzten Gerichte der Emmingerschen Reform Schwurgerichte nennt. Die Schöffengerichte sind zugunsten eines Einzelrichters, der nun Menschen auf viele Jahre ins Zuchthaus schicken kann, außer Wirksamkeit gesetzt. Zweifelt jemand daran, daß bei einer Volksbefragung sich eine überwältigende Mehrheit gegen die Reform wenden würde? Und wer weiß, ob nicht morgen weder eine Regierungszusammensetzung gegeben ist, die die Auffassung dieser Mehrheit teilt? Um so weniger berechtigt ist die jetzige grundstürzende Neuordnung. Es ist übrigens auch nicht gerade imponierend zudem rechtlich auch noch höchst bedenklich, wie man die demokratische Gestaltung der Strafrechtspflege beseitigt.

Daß man diese „Justizreform" in diese an Konfliktsstoff wahrlich reiche Zeit hineinwirft, zeigt, daß es um Weltanschauungen, um Staatsauffassungen geht. Das können nur Träumer und Ideologen verkennen. Gerade darum aber wäre es manhafter gewesen von der Regierungsseite, offen dafür in die Arena zu treten. Ein Dekret ist schnell erlassen. Aber nur wenn es vom Geist gesegnet ist, kann es von bleibendem Wert sein. Haben die Verordnungen der letzten Zeit diesen Segen?

Den Beruf unserer Zeit für die Gesetzgebung können wir nicht erkennen. Die Voraussetzungen dafür sind nicht bei der Gewurde, ist **lediglich dazu geeignet, das Ansehen des Rechts zu schädigen.** Der Glaube an die Heiligkeit der Gesetze leidet Not, wenn grundlegende Gesetze willkürlich abänderbar erscheinen. Erst wenn wir den Konservativismus des Rechts wieder anerkennen, werden wir zu einer Gesetzgebung von Dauer befähigt sein.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		28. Januar.	26. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 556 100	1 555 100
Buenos Aires	1 Peso	1 356 600	1 356 600
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	172 568	169 575
Kristiania	1 Kr.	567 578	576 056
Kopenhagen	1 Kr.	671 318	677 303
Stockholm	1 Kr.	1 088 273	1 084 283
Helsingfors	1 finn. Mk.	104 986	104 737
Rom	1 Lire	183 540	182 044
London	1 £	17 755 500	17 705 625
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	192 268	189 528
Zürich	1 Frs.	723 188	723 686
Madrid	1 Peseta	528 675	528 675
Portugal	1 Escudo	128 677	128 677
Japan	1 Yen	1 865 325	1 865 325
Rio de Janeiro	1 Milreis	458 850	458 350
Wien	1 Kr.	59 351	59 101
Prag	1 Kr.	121 944	121 695
Jugoslawien	1 Dinar	47 979	47 979
Budapest	1 Kr.	144 138	144 388
Bulgarien	1 Lewa	29 925	29 825

Der unsoziale Personalabbau.

SPD. Die ganze Sinnlosigkeit des Personalabbaues zeigt sich bei der Entlassung von Angestellten. Zwar bestimmt der Artikel 15 der Personalabbauverordnung, daß Angestellte zu entlassen seien, immerhin aber Ausnahmen aus dringenden dienstlichen Rücksichten zulässig sein sollten. Wozu diese rigorose Maßnahme führt, beweist ein Beispiel, das uns aus Königsberg i. Pr. gemeldet wird. Dort wurde ein Angestellter entlassen, der auf eine 22jährige Dienstzeit im Staatsdienst zurückblickt und zuletzt bei der Reichsbahnverwaltung beschäftigt war. Ueber seine Tätigkeit liegen ausgezeichnete Zeugnisse vor. So heißt es in einem vom Reichsverkehrsminister angeforderten Bericht vom 17. Mai 1921: „Die Entwürfe zeugten von zeichnerischer Gewandtheit, künstlerischen Fähigkeiten sowie von guten hochbautechnischen Kenntnissen, sie sind exakt und sauber ausgeführt. Die Leistungen sind nach jeder Richtung zufriedenstellend." Die Beschäftigung bei der Reichsbahnverwaltung bestand in der Anfertigung von Entwürfen zu Geschäftsgebäuden. Unter diesen Entwürfen befinden sich solche zum Umbau des Eisenbahn- und Verkehrsmuseums, zum Erweiterungsbau des Direktionsgebäudes in Königsberg, des Bahnhofes Friedrichstraße in Berlin usw. Wie in dem vorliegenden Fall nicht die geringste Rücksicht auf den Wert der dienstlichen Leistung maßgebend ist, so ist in einem anderen Fall ebenfalls keine Spur eines sozialen Empfindens bei dem Abbau zu verzeichnen. In Neu-Isenburg wurde ein Eisenbahningenieur der Reichsbahnverwaltung entlassen, der seit 3½ Jahren als technischer Beamter und als Werksschullehrer mit der Ausbildung von Lehrlingen beschäftigt wurde. Der Mann ist Ernährer einer achtköpfigen Familie und wurde abgebaut, obwohl es in dem Artikel 3 der Abbauverordnung heißt, daß bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen und Familienverhältnisse verheiratete Beamte mit größere Kinderzahl erst in letzter Linie abgebaut werden sollen.

Aus der sozialistischen Arbeiterinternationale.

Ein Telegramm aus London meldet offiziell, daß Macdonald und vier weitere Kabinettsmitglieder infolge ihrer Annahme von Ministerposten automatisch aus der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausgeschieden sind.

Die vier anderen Mitglieder der Regierung Macdonald, auf die in diesem Telegramm Bezug genommen wird, sind: Henderson, der bisherige Vorsitzende der SAI., T. Shaw, der bisherige Sekretär, Sidney Webb und J. H. Thomas, die beide, ebenso wie Macdonald, Mitglieder des Bureaus sind.

Das in Hamburg einstimmig angenommene Statut der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sieht ausdrücklich vor, daß mit der Annahme eines Ministerpostens die Zugehörigkeit zum Bureau der Internationale aufhört. Diese Bestimmung bezweckt, die Unabhängigkeit des permanenten Organs der Internationale von der Politik der Regierungen zu sichern im Gegensatz namentlich zur Dritten Internationale, die immer mehr zu einem bloßen Werkzeug der russischen Regierungspolitik geworden ist.

Im Hinblick auf die notwendig gewordene Neuregelung dieser Frage ist eine Sitzung des Bureaus für Anfang Februar bereits in Aussicht genommen.

Frische Luft in England.

Die Frankfurter Zeitung meldet: Ein entschieden frischer Zug ist in der politischen Diskussion, in der Presse und überall wahrnehmbar, wo keine Rabiaten oder Angstmeier das Wort führen. Der Arbeitswille der neuen Regierung ist im Begriffe, die etwas eingetrockneten Aemter zu befruchten. Macdonald fand ein leeres Haus, als er gestern um 10 Uhr das Außenamt betrat, immerhin wurde er als Chef erkannt, während Thomas im Kolonialamt vor die ärgerliche Frage geriet: „Wohin wollen Sie?" Man wird neue Dienststunden in Withehall einführen, denn Macdonald ist ein Frühaufsteher. Weiterhin ist eine Reihe von Aenderungen in der Organisatin geplant.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.

Erzählung von Gottfried Keller.

5. Fortsetzung.

Es ward ihm aber auf einmal ganz seltsam zumute und von Stund an waren seine Gedanken auf eine solche gute und schöne Frau gerichtet, und diese Gedanken schmeichelten ihm so sehr und beschäftigten ihn so anhaltend, daß er darüber keine Frauensperson in Seldwyla mehr ansah. Die Zärtlichkeit, mit welcher die Mutter ihm solche Ideen beigebracht, gab seinen Wünschen eine innigere und edlere Richtung, und er fühlte sich wohlgeborgen, da man es so gut mit ihm meine. Er wartete aber die zwei Jahre und die Anstalten seiner Mutter nicht ab, sondern fing schon in der nächsten Zeit an, an schönen Sonntagen ins Land hinaus zu gehen und insbesondere in der Heimat der Mutter herumzukreuzen.

Er war bis jetzt kaum einmal dort gewesen und wurde von den Verwandten und Freunden seiner Mutter um so freundlicher aufgenommen, als sie großes Wohlgefallen an dem hübschen Jüngling fanden und er zudem eine Art Merkwürdigkeit war als ein wohlgeratener, fester und nicht prahlerischer Seldwyler. Er machte sich ordentlich in jenen Gegenden, was seine Mutter wohl merkte und geschehen ließ; aber sie ahnte nicht, daß er, ehe sie es vermutete, schon in bester Form einen Schatz hatte, der ihm allen von der Mutter ihm gemachten Vorspiegelungen vollkommen zu entsprechen schien.

Als sie dann erfuhr, machte sie sich dahinter her, voll Besorgnis, wer es sein möchte, und fand zu ihrer frohen Verwunderung, daß er nun gänzlich auf eine guten Weg sei; denn sie mußte den Geschmack und das Urteil des Sohnes nur loben und ebenso dessen ungetrübte Treue und Fröhlichkeit, mit welcher er dem erwählten Mädchen anhing, so daß sie sich aller weitern Zucht und aller Listen endlich enthoben sah.

Diese Klippe war unterdessen kaum glücklich umschifft, als sich eine andere zeigte, welche noch gefährlicher zu werden drohte und der Frau Regula abermals Gelegenheit gab, ihre Klugheit zu erproben.

Denn die Zeit war nun da, wo Fritz, der Sohn, anfing zu politisieren und damit mehr als durch alles andere in die Gemeinschaft seiner Mitbürger gezogen wurde.

Er war ein lieberalder Gesell, wegen seiner Jugend, seines Verstandes, seines ruhigen Gewissens in Hinsicht seiner persönlichen Pflichterfüllung und aus anererbtem Mutterwitz.

Obgleich man nach gewöhnlicher oberflächlicher Anschauungsweise etwa hätte meinen können, Frau Amrain wäre aristokratischer Gesinnung gewesen, weil sie die meisten Leute verachten mußte, unter denen sie lebte, so war dem doch nicht also; denn höher und feiner als die Verachtung ist die Achtung vor der Welt im ganzen. Wer freisinnig ist, traut sich und der Welt etwas Gutes zu und weiß mannhaft von nichts anderem, als daß man hiefür einzustehen vermöge, während der Unfreisinn oder der Konservatismus auf Zaghaftigkeit und Beschränktheit gegründet ist. Diese lassen sich aber schwer mit wahrer Männlichkeit vereinigen. Vor tausend Jahren begann die Zeit, da nur derjenige für einen vollkommenen Helden und Rittersmann galt, der zugleich ein frommer Christ war; denn im Christentum lag damals die Menschlichkeit und Aufklärung. Heute kann man sagen: sei einer so tapfer und resolut, als er wolle, wenn er nicht vermag freisinnig zu sein, so ist er kein ganzer Mann. Und die Frau Regula hatte, nachdem sie sich einmal an ihrem Eheherrn so getäuscht, zu strenge Regeln in ihrem Geschmack betreffs der Mannestugend angenommen, als daß sie eine feste und sichere Freisinnigkeit daran vermissen wollte. Uebrigens, als ihr Mann um sie geworben, hatte er in allem Flor eines jugendlichen Radikalismus geglänzt, welchen er freilich mehr in der Weise handhabte, wie ein Lehrling die erste silberne Sackuhr.

Abgesehen von diesen Geschmacksgründen aber war sie aus einem Orte gebürtig, wo seit unvordenklichen Zeiten jedermann freisinnig gewesen und der im Laufe der Zeit bei jeder Gelegenheit sich als ein entschlossenes tatkräftiges und sich gleichbleibendes Bürgernest hervorgetan, so daß, wenn es hieß: die von So und So haben dies gesagt oder jenes getan! sie gleich einen ganzen Landstrich mitnahmen und einen kräftigen Anstoß gaben. Wenn also Frau Amrain in den Fall kam, ihre Meinung über einen Streit festzustellen, so hörte sie nicht auf das, was die Seldwyler, sondern auf das, was die Leute ihrer Jugendheimat sagten, und richteten ihre Gedanken dorthin.

Alles das waren Gründe genug für Fritz, ein guter Liberaler zu sein, ohne absonderliche Studien gemacht zu haben. Was nun die nächste Gefahr anbelangt, welche da, wo das Wort und die rechtlichen Handlungen frei sind und die Leute sich das Wetter selbst machen, für einen politisch Aufgeregten entsteht, nämlich die Gefahr, ein Müßiggänger und Schnekeläufer zu werden, so war dieselbe zu Seldwyla allerdings noch größer, als an anderen Schweizerorten, welche mit der ganzen Alten Welt noch an der gemütlichen ostländischen Weise festhalten, das Wichtigste in breiter halbträumender Ruhe an den Quellen des Getränkes oder bei irgendeinem Genusse zu verhandeln und immer wieder zu verhandeln. Und doch sollte das nicht so sein; denn ein gutes Glas in fröhlicher Ruhe zu trinken, ist ein Zweck, ein Lohn oder eine Frucht, und, wenn man das in einem tiefern Sinne nimmt, das Ausüben politischer Rechte bloß ein Mittel, dazu zu gelangen. Indessen war für Fritz diese Gefahr nicht beträchtlich, weil er schon zu sehr an Ordnung und Arbeit gewöhnt war und es ihn gerade zu Seldwyla nicht reizte, den andern nachzufahren. Größer war schon die Gefahr für ihn, ein schwätzer und Prahler zu werden, der immer das gleiche sagt und sich selbst gern reden hört; denn in solcher Jugend verführt nichts so leicht dazu, als das lebendige Empfinden von Grundsätzen und Meinungen, welche man zur Schau stellen darf ohne Rückhalt, da sie gemeinnützig sind und das Wahl aller betreffen.

Als er aber wirklich begann, Tag und Nacht von Politik zu sprechen, ein und dieselbe Sache ewig herumzerrte und jene kindische Manier annahm, durch blindes Behaupten sich selbst zu betäuben und zu tun, als ob es wirklich so gehen müsse, wie man wünscht und behauptet, da sagte seine Mutter ein einziges Mal, als er eben im schönsten Eifer war, ganz unerwartet: „Was ist denn das für ein ewiges Schwatzen und Kannegießern? Ich mag das nicht hören! Wenn du es nicht lassen kannst, so geh auf die Gasse oder ins Wirtshaus, hier in der Stube will ich den Lärm nicht haben!"

Dies war ein Wort zur rechten Zeit gesprochen; Fritz blieb in seiner also durchschnittenen Rede ganz verblüfft stecken und wußte gar nichts zu sagen. Er ging hinaus, und indem er über dies wunderliche Ereignis nachgrübelte, fing er in sich zu schämen, so daß er erst eine gute halbe Stunde nachher rot wurde bis hinter die Ohren, von Stund an geheilt war und seine Politik mit weniger Worten und mehr Gedanken abzumachen sich gewöhnte. So gut traf ihn der einmalige Vorwurf aus Frauenmund, ein Schwätzer und Kannegießer zu sein.

Um so größer erwies sich nun die dritte, entgegengesetzte Gefahr, an übel gewendeter Tatkraft zu verderben. So wetterwendisch nämlich sonst die Seldwyler in ihren politischen Stimmungen waren, so beharrlich blieben sie in der Teilnahme an allem Freischaren- und Zuzügerwesen, und wenn irgendwo in der Nachbarschaft es galt, gewaltsam ein widerstehendes Regiment zu sprengen, eine schwache Mehrheit einzuschüchtern oder einer trotzigen ungefügigen Minderheit bewaffnet beizuspringen, so zog jedesmal, mochte nun die herrschende Stimmung sein welche sie wollte, von Seldwyla ein Trupp bewaffneter Leute aus, nach dem aufgeregten Punkte hin, bald bei Nacht und Nebel auf Seitenwegen, bald am hellen Tage auf offener Landstraße, je nachdem ihnen die Luft sicher schien. Denn nichts dünkte sie so ergötzlich, als bei schönem Wetter einige Tage im Lande herumzustreichen, so sechzig oder siebenzig, wohlbewaffnet mit feinen Zielgewehren, versehen mit gewichtigen drohenden Bleikugeln und silbernen Talern, mittelst letzterer sich in den besetzten Wirtshäusern gütlich zu tun und mit tüchtigem Hallo, das Glas in der Hand, auf andere Zuzüge zu stoßen, denen es ebenfalls mehr oder minder Ernst war.

(Fortsetzung folgt.)

Radio-

Gesellschaft Behm & Co. m. b. H.

Zweigniederlassung: **Bad Schwartau.**

Fernruf 1995.

Radio-Empfangsapparate nebst Zubehör.

Verkaufsstellen:

(11247

Haller jr. & Co., Lübeck, Holstenstraße 10. Fernr. 1002.

Elektrobureau Johs. Kiwit, Travemünde, Rose 20. Fernr. 42.

Fernspr. 2740. Fernspr. 2740.

		ab Lager	frei Haus
Westfälischer Hartkoks	pr. Ztr.	Mk. 3,75	Mk. 3,90
Ia. Sonnenberg. Briketts	„ „ „	„ 1,75	„ 1,90
Eiform-Briketts	„ „ „	„ 2,85	„ 3,00
Grude-Koks (11249)	„ „ „	„ 1,65	„ 2,00
Tannenholz	Hektoliter-Sack	„ 1,50	„ 1,60
Buschenholz	„ „ „	„ 1,70	„ 1,80

Johs. Mustin

Holz- u. Kohlenhandlung.

Warendorpstr. 14—22. Schwart. Allee 43.

Selbstbesohler!

Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ „ 0.60—1.00

Garantiert rein Kern!

Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 11159

Fünfhausen 7.

Visitenkarten

werden angefertigt bei

Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

NG B.L.e.V.

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Der Vorstand und Kontrollausschuß haben in gemeinsamer Sitzung am Montag, dem 28. Januar die Beiträge in den einzelnen Klassen **auf 15, 20 und 25 Pfennig pro Woche festgesetzt.** Der Vorstand kann an die bezugsberechtigten Mitglieder die **Kosten der gesamten Bestattung und Beerdigung einschließlich dem Erwerb eines B-Grabes** gewähren. Diese Unterstützung kann sofort gewährt werden. Neueintretende bezahlen ein Eintrittsgeld von 60 Pfg. (30 Jahre), bis 5,20 Mark (über 90 Jahre) je nach dem Lebensalter der Mitglieder. Für Kinder unter 18 Jahren wird kein Eintrittsgeld erhoben. Auskunft wird in der Geschäftsstelle Hundestraße 49/51 bereitwilligst erteilt. Neuanmeldungen werden von allen Bezirksvorstandsmitgliedern entgegengenommen. Ebenso in den Vororten und im Landgebiet Lübeck, sowie in Travemünde, Schwartau, Stockelsdorf, Herrnburg, Schönberg und Grevesmühlen. (11250

Der Vorstand.

Beitragsmarken

für Vereine und Gewerkschaften

fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1 St. Petri 2 u. 4.

Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett Lodenjoppen Ausstener, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw.

Konfirmanden-Anzüge und Ausrüstungen (11254

Trocodero

Schüsselbuden 4 Telephon 787

Mittwoch, 30. Januar 1924

Großes humoristisches

Bockbierfest

(11221)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Unter Wahrung der politischen Neutralität haben sich aus allen Kreisen der Bevölkerung fast **30 000 Verbraucher** zur Selbsthilfe gegen die Schäden der Wirtschaft in unserem Konsumverein zusammengefunden. Wir sind damit zu dem größten Unternehmen in der Lebensmittelversorgung unserer Stadt geworden, denn über **100 000** Köpfe der Bevölkerung von Lübeck und Umgegend bedienen sich beim Bezuge von Lebensmitteln unserer gemeinnützigen Einrichtungen.

In unserer **eigenen** Fleischerei und Wurstfabrik, sowie in unserer **eigenen** Brotfabrik werden wichtige Nahrungsmittel in bester Qualität hergestellt. In der Verkürzung des Weges vom Hersteller zum Verbraucher liegen die besten Möglichkeiten, die Wirtschaftslage der Bevölkerung zu verbessern. **Einigkeit, Geschlossenheit und Beschränkung auf unser Arbeitsfeld**

— Wahrnehmung von Verbraucherinteressen —

gewährleistet **weitere** Fortschritte. **Umsatz,** d. h. **ständiger Warenbezug** durch **unsere** Abgabestellen stärkt unsere Macht.

Kein **Verbraucher** sollte daher versäumen, unsere Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern. (11148

Der Vorstand.

Bacchusnacht

Doppel-Gastspiel

Ludwig Ziegler — Gertrud Seewald-Schultze

General-Anzeiger: „So war der volle Erfolg der ersten Aufführung der **„Bacchusnacht“** gesichert . . . .“

Volksbote: „Aufmachung und Wiedergabe verschafften dem Theater an der Moislinger Allee einen großen Erfolg“.

Lübeckische Anzeigen: „Alles in allem: Es war einer der genußreichsten Abende, die uns das Hansa-Theater in dieser Spielzeit geboten hat“ (11242

Nur noch 3 Aufführungen!

Hansa-Theater

Kolosseum

Morgen Mittwoch: 11217

Gr. Ball.

Kassenöffn. 5½ Uhr **Joh. und R. Mittag.**

Café Vaterland.

Heute

in den festlich geschmückten Räumen:

Großes humoristisches

Bockbierfest!

Humor — Stimmung — Laune.

Kapelle: **Adolf Martens.**

Beginn 7½ Uhr. (11231) Beginn 7½ Uhr.

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.

Dienstag, den 29. Januar, abends 7½ Uhr:

Distriktsmitgliederversammlungen.

1., 2. u. 3. Distrikt bei **Lender,** Hundestr.
4. „ „ **Eggers,** Stavenstr.
5. „ „ **Hennings,** Augustenstr.
5 a. „ „ **Weißer Engel,** Ratzeb. Allee.
7. u. 7 a. „ in der Schule **Moislinger Allee,** Ecke Meierstr.
9. „ „ „ „ **Marquardplatz**
11. „ „ **Luisenlust,** Eschenburgstr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Bürgerschaftswahl.

Erscheinen der Genossen und Genossinnen Pflicht. (11178

Große öffentliche

Wählerversammlung

Donnerstag, den 31. Januar,
abends 7½ Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**

Senator Löwigt und Dr. Leber

sprechen über die

kommende Bürgerschaftswahl.

Wähler u. Wählerinnen, erscheint in Massen!

Jeder Partei wird ½ Stunde Redezeit gewährt. (11234

Eintritt 10 Pfennig.

Erwerbslose Parteigenossen freier Eintritt.

Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

Kommunistische Vereinigung zur Bürgerschaftswahl

Oeffentliche

Wählerversammlungen

finden statt:

am **Dienstag, den 29. Januar 1924,** abends 7½ Uhr, in **Marli,** Gesellschaftshaus Marli.
Referent: Genosse K. Roß.

Mittwoch, d. 30. Januar 1924, abends 8 Uhr, in **Schönböcken,** Lokal „Zum Landhaus“.
Referentin: Genossin Lina Grewe.

Donnerstag, d. 31. Januar 1924, abends 8 Uhr, in **Moisling,** Schreibers Kaffeehaus.
Referent: Genosse K. Roß.

Donnerstag, d. 31. Januar 1924, abends 7½ Uhr, in der **Margaretenburg,** Margaretenstraße (früher Himmelsleiter).
Referent: Genosse A. Windisch.

Donnerstag, d. 31. Januar 1924, abends 8 Uhr, in **Vorwerk,** im Restaurant Vorwerk.
Referentin: Genossin Lina Grewe.

am Freitag, dem 1. Februar 1924, abends 7½ Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**

Gr. öffentl. Frauenversammlung.

Referentin: Genossin **Rosi Wolfstein,** Mitglied des Preußischen Landtages und Genossin **Lina Grewe, Lübeck.**

Sonnabend, d. 2. Februar 1924, abends 7½ Uhr, im **Einsiedel,** Einsiedelsaal.
Referentin: Genossin Lina Grewe, Lübeck.

Sonnabend, d. 2. Februar 1924, abends 8 Uhr, in **Travemünde** im Kolosseum.
Referent: Genosse Karl Burmeister, Lübeck

Gemeinschaftsschule.

Elternversamml Donnerstag 31. Jan., 8 Uhr abends **Aula 1. Knaben-Mittelschule** (11243)

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 707

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte. 11160

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.

Täglich nachm. (11072) u. abds.: **Konzert**

Hansa-Theater.

Die **3** letzten Aufführungen:

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, 7½ Uhr

Die Bacchusnacht

mit **Ludwig Ziegler** und **Gertrud Seewald-Schultze** als Gäste.

In Vorbereitung:

„Die Bajadere.“

(11239)

Stadttheater Lübeck.

Mittwoch, 7,30 Uhr: **Die Ratten.** (11216

Donnerstag, 7,30 Uhr: **Rosenkavalier.**

Ab Mittwoch an der Theaterkasse von 3—6 Uhr **Einlösung der Abonnements-Karten für die 5. Rate.**

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kbw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11230

Lübecker Volksbote

Beilage. Dienstag, 29. Januar 1924. Nummer 24.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 29. Januar.

Goldene Grüße des Südens.

Apfelsinenberge.

Alles ist wieder da! Längst entschwundene Pracht lacht dir aus den Schaufenstern entgegen: Feigen, Datteln, Kastanien, Zitronen — und vor allem die schönen lachenden Apfelsinen. Gehst du des Abends durch die Straßen, klingt dir da und dort des fliegenden Händlers Lockruf entgegen: 10 Stück einsfünfzig, 5 Stück 80 — das war ehedem. Vorgestern: das Dutzend einszwanzig, das halbe 60 — — Heute: 18 Stück eine Mark, fünfzig Pfennig das dreiviertel Dutzend. Die Leutchen stauen sich, gucken in die unerschöpflich scheinende Wunderkiste, klauben einen Rentenmarkschein aus der Tasche und verschwinden, hochbeglückt mit der goldgelben Frucht aus dem sonnigen Süden, in den spärlich erhellten Straßen der Stadt . . . Was das liebe Geld nicht alles zuwege bringt! Es lockte Speck, Schinken und Wurst aus des Bauern Vorratsraum, öffnete die Kornkammern und nun beweist es seine magnetische Kraft und zieht ganze Schiffsladungen herrlicher Apfelsinen aus des Mittelmeers Regionen herauf zu uns in den Norden.

Traum und Phantasie umhüllen die süße Frucht in deiner Hand, ein Sehnen läßt dich in das Land entschweben, wo die Zitronen blühen und im dunklen Hain die Goldorange glüht. Ach, könnte jeder einmal an Spaniens Küste wandeln, auf den sonnigen Höhen stehen und hinabschauen in Valencias Gefilde, in das eigentliche Paradies Spaniens, allwo der Segen aus dem fruchtbaren Boden sprießt und ausgebreitet liegt, von wo er sich erstreckt über Länder und Meere und zu uns in den kalten Norden dringt. Ein Frohlocken über der Welten Schöne würde dich beglückend umfangen und dein armseliges Dasein beleben. Du aber schmachtest und sinnst, schmiedest oder hämmerst, sitzest brotlos und hungerst — und doch beut der Erde Schoß für alle Menschenkinder des Guten so viel. So viel, daß ein Land den Ueberfluß nicht verzehren kann und ihn hinausschickt in der Welten Rund. So kommt es, daß fast täglich besonders eingerichtete Dampfer Valencia und Murcia verlassen, rauchwolkenstoßend der Straße von Gibraltar zusteuern und den Kurs nach dem Welthafen Hamburgs lenken, wo sie direkt an den großen Fruchtspeichern landen und sich ihrer köstlichen Habe entledigen. Nach den Obstauktionen rollen von ihrer aus oftmals 100 Eisenbahnwaggons kreuz und quer durch Deutschlands Gaue, nur beladen mit Apfelsinen und Zitronen. Zweihundert Zentner faßt jeder Waggon, und von dieser Gottesgabe bekommen auch wir Lübecker unseren Teil ab. — Ist das nicht schön — für die, die sie kaufen können? 7000 Erwerbslose — sie darben hier oben fast genau so wie die schwarzhaarigen Proleten der liberischen Halbinsel, die die Früchte pflücken, in heißer Sonnenglut die Felder bestellen und den köstlichsten Wein bauen — den robuster denkende Kreaturen schlürfen.

Ein weiteres Lieferungsgebiet für Apfelsinen ist das einstmalige Goldgräber-Paradies Kalifornien. Seit fünf Jahren wirft Kalifornien alljährlich acht Millionen Kisten Apfelsinen auf den Weltmarkt. All dieser reiche Goldsegen stammt von zwanzig Bäumen ab, welche das amerikanische Landwirtschaftsministerium im Jahre 1870 aus Brasilien kommen ließ. Der „Versuch", den man damals machen wollte, hat sich glänzend gelohnt. Von jenen ursprünglichen zwanzig Bäumen sind noch zwei am Leben, einer in Washington und einer in Kalifornien.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag abend 6 Uhr: Sitzung im Rathaus.

Eine Bürgerschaftsversammlung findet nochmals in der alten Zusammensetzung am Montag abend 6 Uhr statt.

Achtung, parteigenössische Handwerker, Gewerbetreibende und Handwerksmeister! Am Freitag, 1. Februar, abends 7½ Uhr, findet eine Besprechung im Gewerkschaftshause statt. Das Erscheinen aller der S. P. D. angehörenden Handwerksmeister und Gewerbetreibenden ist Pflicht! Bürgerschaftswahl.

Einbildungen,

Wer hat in erster Linie das Verdienst — des Preisabbaues? — Der Konsumverein!

Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine macht mit folgendem Artikel Reklame:

„Lübecks Stellung in der Teuerungsstatistik. Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht regelmäßig die wöchentlichen Teuerungsziffern von 72 deutschen Gemeinden (sog. „Eildienstgemeinden) aus allen Teilen des Reiches. Diese Statistik gibt einen interessanten Ueberblick, wie sehr sich im letzten Vierteljahr 1923 während der außerordentlichen Geldwert- und Preisschwankungen die Teuerungsrangordnung der einzelnen Eildienstgemeinden untereinander verschoben hat. Im letzten Vierteljahre hat Lübeck am 15. Oktober mit der 16. Stelle seine höchste Teuerungsstufe unter den Eildienstgemeinden erreicht. Im Laufe des Oktobers sank die Lübecker Teuerungsziffer innerhalb der Zahl der übrigen Eildienstgemeinden auf die 58. Stelle (29. Oktober), um jedoch gelegentlich des gewaltigen Valutasturzes Anfang Oktober auf die 23. Stelle hinaufzuschnellen. Von da ab zeigt sich für Lübeck das erfreuliche Bild, daß die Lübecker Teuerungsziffer im Vergleich mit den übrigen 72 Eildienstgemeinden von Woche zu Woche eine immer billigere Rangstufe eingenommen hat, eine Bewegung, die insbesondere mit auf die von Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine seit Erscheinen des wertbeständigen Geldes **planmäßig eingeleitete Preisabbaumaßnahmen,** denen sich zuerst die Hansabäckerei, die Bäckerinnung und die Fleischerinnung anschlossen, zurückzuführen sein dürfte. Die Stetigkeit des Fortschrittes des in Lübeck im Vergleich zu andern Gemeinden recht günstigen Preisabbaues zeigen nachstehende Teuerungsziffern Lübecks unter den 72 Eildienstgemeinden:

5. 11.	12. 11.	19. 11.	26. 11.	3. 12.	17. 12.	22. 12.
23	29	43	44	57	70	68

Danach gehörte Lübeck gegen Ende des Jahres nach den letztbekannten amtlichen Ziffern zu den billigsten der 72 Eildienstgemeinden."

*

Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine beweihräuchert sich da wirklich ohne Ursache und berichtet zudem noch unrichtig. Unseres Wissens begann z. B. der Preisabbau mit Brot nicht auf Veranlassung der Bäckerinnung, sondern erst nachdem der Konsumverein bekanntgab, daß er **ein Brot und ein Pfund Margarine für eine Mark abgebe.** Der Druck des Konsumvereins auf die Warenpreise hat diese überhaupt nach unten reguliert, wie auch aus den Statistiken des hiesigen Statistischen Landesamtes hervorgeht. Die letzten Aufstellungen ergaben Unterschiede von 10—16 % zugunsten des Konsumvereins. Denn maßgebend ist der Preis, den die Bevölkerung in ihrer Mehrheit für Lebensmittel zu zahlen hat. Des besseren Verständnisses wegen wollen wir hinzufügen, daß das Stat. Landesamt die Lebensmittelpreise von etwa 40 Geschäften wöchentlich einholt, so daß sich ein ziemlich genaues Bild über die Bedeutung des Konsumvereins für den Preisabbau ergibt. (Wir werden gelegentlich ein detailliertes Beispiel wiedergeben).

Die Verbraucher haben es auch sicher noch nicht vergessen, daß gerade die Einzelhändler jede Zeit des Ueberganges der Papierwährung in Goldrechnung einen **Aufschlag von 50 % von** den Papiergeldzahlern fordern wollten **und zum Teil auch genommen haben.** Der Konsumverein hat dieses Vorgehen s. z. auf das energischste bekämpft und so hat auch diese Maßnahme des Konsumvereins den Einzelhandel gezwungen, sich gewisse Beschränkungen in seiner Profitsucht aufzuerlegen. Aus dem vor einigen Tagen entnommenen Jahresbericht des Konsumvereins haben wir auch noch entnommen, daß sich ihm **weitere 5000 Verbraucher** angeschlossen haben, die damit ebenfalls anerkennen, daß diese Selbsthilfe sich als besonders nützlich erwiesen hat.

Zur Bürgerschaftswahl.

Lübscher Kaufmannsgeist.

Der große Mund und der kleine Effekt.

Vor dem Volksentscheid wurde von allen bürgerlichen Parteien in Zeitungsartikeln, Versammlungen und Flugblättern die Zukunft Lübecks nach einem Siege der Linken in den schwärzesten Farben geschildert, um die Wähler graulich zu machen. So mußte man u. a. nach einer Niederlage der Nein-Parteien annehmen, daß der Lübecker Seeverkehr vollständig lahmgelegt werden würde. Sehr interessant ist nun in dieser Hinsicht ein Artikel im Handelsteil des Lüb. Gen.-Anz. vom Sonntag, den wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

„Aus hiesigen Interessentenkreisen erhalten wir folgende Zuschrift: . . . . Infolgedessen ist es auch nicht verwunderlich, daß der **Lübecker Hafen leer ist,** daß die **Spediteure nichts zu tun haben, die Hafenarbeiter keine Beschäftigung** bekommen, die **Werften weniger Aufträge** und der **Staat keine Schiffahrtsabgaben** usw. haben. Warum und weshalb ist dieser Zustand eingerissen, trotzdem Lübeck vor dem Kriege ein sehr gutes Geschäft in der Schiffahrt hatte; die Lübecker Reedereien verdienkommen ten, der Hafen überhaupt zu tun hatte? Wie sieht aus? Die größte hiesige Reederei (abgesehen von der Hornschen Reederei, welche kaum als Lübecker Reederei bezeichnet werden darf), die Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehört der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Argo" in Bremen. Die Lübeck-Wyborger Dampfschiffahrts-Gesellschaft besteht aus zwei Dampfern, die Riga-Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft aus 1 Dampfer und weiter einzelne Reedereien aus 1 Dampfer nicht neueren Datums. Das ist alles. . . . .

Es scheint tatsächlich, als ob den Lübecker Kaufleuten, Exporteuren, Spediteuren, Fabrikanten vollständig aus dem Gedächtnis gekommen ist, daß, **wenn Linien da wären, die fahren würden** und zwar regelmäßig nach bestimmten östlichen Häfen, sich unbedingt Geschäfte einleiten und heben müssen, Angebote reichlicher und regelmäßiger kommen würden. Eine regelmäßige Dampfschiffsverbindung existiert augenblicklich überhaupt nicht. **Es ist beinahe beschämend, etwas Derartiges öffentlich aussprechen zu müssen.**

Unsere Zukunft liegt nicht allein auf dem Wasser, sondern auch im Osten. Wir sind von **Stettin aus überaus überflügelt worden,** hinsichtlich der Schiffahrt, daß es geradezu erbärmlich anzusehen ist. Die großen West- und Rheinischen Industrien mußten notgedrungener weise den alten gewohnten Weg über Lübeck meiden, weil Lübeck keine Gelegenheit hatte, überhaupt irgendetwas nach Rußland und den übrigen Randstaaten zu verschicken. Infolgedessen ist der Name Lübeck allmählich auch den Herren in Rußland aus dem Gedächtnis gekommen. Man wendet sich nicht mehr an Lübecker Kaufleute und man könnte beinahe mit dem Plakat fragen, welches früher einmal beim Lübecker Volksfest getragen wurde „Wo ligt dat Dörp". Wie sollen unter solchen Umständen unsere musterhaft eingerichteten Hafenanlagen einigermaßen sich rentieren. Weshalb kommen über Lübeck keine russischen Getreidetransporte, weshalb kommenen die vielen großen Maschinen, welche von Rußland im Industriegebiet bestellt sind, nicht über Lübeck zur Verladung?

Wo liegt da der vielgepriesene Hanseatengeist, die Großzügigkeit des Lübecker Kaufmanns? Unzweideutig und schonungslos wird hier das trostlose Bild des Lübecker Hafen dargestellt. Wohlgemerkt: wäre der Volksentscheid anders ausgefallen, dann hätte man nicht den Kaufleuten, Exporteuren, Fabrikanten usw. Vorwürfe gemacht, sondern den „Senatsstürzlern". Man sieht aber, mit welchen Mitteln von der Gegenseite gearbeitet wurde und mit welchem Schwindel die Cliquen auch heute arbeiten. Alles blauer Dunst!

Die 80 Getreuen.

Der Wahlvorschlag des Neuen Grundeigentümer-Vereins enthält u. a. folgende Namen: Dinter, Dietrich, Hefti, Schlosser, Dr. Geister, Detlev Hartz, Tischler, Vederzani, Gastwirt, Chr. Gäde, Kolonialwaren-Einzelhändler, Ernst Westphal, Stellmachermeister, Travemünde, Karl Rickmann, Zollsekretär, Heinr. Ahrens, Schlachtermeister, Schlutup, Ludw. Diercks, Buchhalter, Rud. Quitzow, Bauunternehmer, Hermann Toepke, Kriminal-Obermachtmeister, Hans Krauthammel, Kanzleiassistent, Elise Rennecke, Ehefrau, Wilh. Kock, Kaufmann, Karl Schwang, Kanzleisekretär, Rud. Böckenhauer, Tischlermeister, Martin Nehlsen, Markthallenhändler. — Die Leuchten Wirth und Nehlsen, deren Licht in der letzten Bürgerschaftssitzung noch kümmerlich thrante, wurden ausgeschifft. Und dadurch hat das Lübsche Parlament einen unschätzbaren Verlust erlitten.

*

Die Namen der Deutsch-Völkischen.

Der Wahlvorschlag 6 bildet mit seinen zwei Renommierarbeitern folgenden Kranz: Fink, Georg, Dr. phil., Staatsarchivar, Schlosser, Heinz, Gewerkschaftsführer, Wittern, Ernst, Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar, von Arnim, Joachim, Kaufmann, Blumberg, Christian, Verwaltungssekretär, Währer, Georg Asmus, Dr. jur., Kaufmann, von Cossel, Olga, Frau, Witwe, Soltmann, Otto, Bureauhilfsarbeiter, Anders, Erich, Kaufmann, Lembke, Paul, Gerichtsobersekretär, Siebelts, Herbert, Eisenbahnsekretär, Boland Otto, Angestellter, Sander Karl, Dr. phil., Professor, Studienrat, Schulz, Friedrich, Lithograph, Dencker, Gustav, Kaufmann, Rudolphy, Karl, Dr. med., Arzt.

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 28. Januar 1924 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl in Billionen Mark	Indexziffer (1913/14 = 1) in Milliarden
Ernährung	62,310	1136,6
Heizung	8,850	1583,2
Beleuchtung	3,200	1516,6
Wohnung	4,550	252,8
Bekleidung	17,530	1319,0
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	78,910	980,0
mit „	96,440	1028,0

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind seit der Vorwoche weiter um 2,17 Prozent zurückgegangen. Sie sind aber noch um 2,80 % höher als im Durchschnitt 1913/14.

Erwerbslose und Pflichtarbeit.

Erhöhte Zuschläge.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Erwerbslosen sind bekanntlich verpflichtet, gegen ihre Unterstützung gemeinnützige Arbeiten, insbesondere auch bei Notstandsarbeit, zu leisten. Sie erhalten dann gewisse Zuschläge zur Unterstützung. Diese Zuschläge sind jetzt in der Weise erhöht, daß der Erwerbslose für je 8 Stunden, die er mehr als 24 Stunden Arbeit leistet, 30 % Zuschlag zur Hauptunterstützung erhält. Bei schweren Arbeiten kann dieser Zuschlag schon nach 16 Stunden gezahlt werden. Für Facharbeiter ist eine besondere Prämie von 10 % des Hauptunterstützungssatzes pro Tag eingeführt. Außerdem ist bei besonders guten und besonders schwierigen Leistungen eine Prämie von 5 % festgesetzt.

Eisbericht

vom 29. Januar.

Das Tauwetter mit stärkeren südwestlichen Winden hat das Eis in der Lübecker Bucht und auf der Trave zerbröckelt und in die hohe See getrieben, so daß die Schiffahrt auf Lübeck durch Eis in keiner Weise behindert wird. — Die Eisbrechgebühren werden vom 29. Januar nicht mehr erhoben.

Die Entschädigung für Zeugen und Sachverständige ist nunmehr auch auf Gold umgestellt. Der Zeuge erhält 1. an Erwerbsverlust bis 75 Pfg. die Stunde. Die Höchstvergünstigung ist auf 10 Stunden für den Tag begrenzt; 2. an Aufwand (Zehrungskosten) je nach den persönlichen Verhältnissen bis zu 7,50 Mk. für den Tag; für ein notwendig gewordenes Nachtquartier die tatsächlichen Auslagen in angemessenen Grenzen; 4. an Reisekosten: die verausgabten Fahrtkosten, für einen Landweg 5 Pf. pro Kilometer. Die Entschädigung für Sachverständige beträgt neben den zu 2, 3 und 4 ausgeführten Sätzen bis zu 1,50 Mark die Stunde.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten. (Asba.) Mittwoch 30. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Versammlung. Tagesordnung: Die Bürgerschaftswahl. Erscheinen aller ist Pflicht.

Achtung, Distriktsführer! Heute abend Agitationsmaterial abholen.

Stadttheater. Dienstag: „Der Zigeunerbaron" mit Max Hermann als Czupan. Mittwoch: „Die Ratten", von Bernhard Hauptmann.

Hansa-Theater. Die letzten 3 Aufführungen: „Die Bachusnacht" mit Ludwig Ziegler und Gertrud Seewalt-Schulze als Gäste finden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, 7½ Uhr, statt. In Vorbereitung „Die Bajadere" mit Ludwig Ziegler als Gast.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. 15 000 Familien ohne Wohnung. Am 10. Oktober 1923 befanden sich in der Stadt Hamburg mit den Schiffen im Hafen 1 072 653 Personen (517 750 männliche und 554 903 weiblichen Geschlechts). Die ortsanwesende Bevölkerung hat im letzten Jahre nur um 5532 oder 0,52 v. H. zugenommen. Die Zahl der Wohnungen in der Stadt betrug am Zählungtage 285 121 und die der Geschäftslokale, Kontore, Schulen, Fabriken usw. 39 399. Aus dem Ueberschuß der Haushaltungen über die Wohnungen ergibt sich, daß etwa **15 000 Familien in Hamburg gegenwärtig keine eigene Wohnung haben.** Die Gesamtbevölkerung des hamburgischen Staates betrug 1 143 744 ortsanwesende oder 1 132 830 ansässige Personen. Die Einwohnerzahlen der übrigen hamburgischen Städte sind folgende: Bergedorf: 18 035, Cuxhaven 16 860 und Geesthacht 5315.

Schwerin. Ein Idyll aus Mecklenburg erzählt die „Frankf. Ztg.": Dieser Tage sandte die „Frankfurter Zeitung" einem in Mecklenburg auf dem Lande wohnenden Mitarbeiter eine neue Hebbel-Ausgabe zur Besprechung. Der Schriftsteller, der selbst auch des Dichtens sich befleißigt, sah vor die Erfüllung den Schweiß gesetzt: der Briefträger teilte ihm mit, das Paket lagere auf der Post und müsse vom Empfänger selber abgeholt werden, da es über 10 Pfund wiege und derart schwere Pakete nicht überbracht würden. Worauf dem Dichter nichts übrig blieb, als seinen Rucksack zu nehmen und sich auf die Socken zu machen. Auf mehrstündiger Wanderung durch den frostharten Tag schleppte er die 12 Bände des Bruders in Apostheim und empfand unterwegs die Gewichtigkeit des friesischen Dichters. Man sieht Hebbel das mecklenburgische Idyll belächeln

und seine Feder zu einem ironischen Epigramm gezückt. Zu hoffen ist nur, daß der Mecklenburger nicht in die Lage kommt, eines Tages eine von ihm bestellte Waschmaschine auf der Post abzuholen.

Kiel. Zeitungsverbote im Schleswigschen. Im deutschen Schleswig werden drei dänische Zeitungen in deutscher Sprache herausgegeben, die die ausgesprochenen Absichten verfolgen, Deutschsprachige für Dänemark zu gewinnen. Das Unternehmen scheint nicht sehr aussichtsreich, und es würden sich sicher wenige deutsche Schlauberger finden, die sich für den dänischen Nationalismus einfangen lassen. Nun haben nationalistische Kreise — vermutlich in Flensburg — haben dem Wehrkreiskommando Stettin den Gedanken suggeriert, diese Blättchen unschädlich zu machen. Man verbot sie mit der Begründung, sie hätten auf Losreißung deutschen Gebiets hingearbeitet. Die verbotenen Zeitungen werden nun in Dänemark ebensowenig gelesen wie wahrscheinlich für gewöhnlich in Stettin. Aber sobald das Verbot ergangen war, regte sich sofort ein lebhaftes Interesse in der reichsdänischen Presse, man wurde auf die Blätter aufmerksam, man sah plötzlich Vorkämpfer des Dänentums, die einem neuen Kösterkurs zum Opfer fielen. Die unterdrückten Blätter haben unmittelbar eine von ihnen verlangte Loyalitätserklärung dem Reichswehrministerium gegenüber abgegeben, die Aufhebung des Verbots erfolgte trotzdem nicht, weil zwei der Redakteure in Versammlungen, die gegen das Verbot Stellung nahmen, aufgetreten waren und die Militärbehörden darin eine Durchbrechung der Loyalität sahen. Jetzt scheint, wie der Vorwärts berichtet, auch der deutschen Regierung das Unhaltbare des Verbots klargeworden zu sein. Der Kopenhagener deutsche Gesandte v. Mutius ist nach Berlin gereist und man muß diese Reise mit dem Verbot in Verbindung bringen. Hoffentlich gelingt es den Zivilbehörden, diesem politischen Mißgriff des Militärs noch in letzter Stunde im Interesse fortgesetzter guter Beziehung in Dänemark zu beseitigen.

Bremen. Guter Erfolg der Hansa-Lloyd-Arbeiter. Der Streik auf den Hansa-Lloyd-Werken hat für die Arbeiter einen Erfolg gebracht. Nach der Vereinbarung verpflichtet sich die Belegschaft, für vier Wochen pro Tag eine Ueberstunde zu leisten. Nach Ablauf der vier Wochen ist für weitere Ueberstundenleistung die Zustimmung des Betriebsrates einzuholen, die jedoch weder aus Prinzip noch wegen Lohnfragen versagt werden kann. Alle diejenigen, die täglich eine Ueberstunde leisten, bekommen für alle neun Stunden des Tages einen Verpflegungszuschuß von 1 Pfg. pro Stunde. Die seinerzeit zur Entlassung gekommenen 20 Arbeiter werden wieder eingestellt, die Geldstrafen zurückgenommen. Irgendwelche Maßregelungen finden nicht statt; auch gilt das Arbeitsverhältnis durch die Streikbewegung als nicht unterbrochen. — Dieser Erfolg der Arbeiter im größten Betriebe der bremischen Metallindustrie darf nicht unterschätzt werden. Der Achtstundentag ist nicht nur als auf dem Papier stehende Grundsatz, sondern in der Tat gewahrt. Zwar werden von den Arbeitern Ueberstunden verlangt, doch sind diese als solche auch anerkannt, und — abgesehen von dem 9-Pfg.-Verpflegungszuschuß — von der Zustimmung des Betriebsrates abhängig. Das ist die wichtigste und bedeutungsvollste Bestimmung der Vereinbarung. Die Belegschaft stimmte dem Vorschlag zu und nahm am Montag die Arbeit wieder auf.

Sozialpolitische Betrachtungen über die Grundlagen wissenschaftlicher Betriebsführung.

II.

Die psychologischen Auswirkungen des Taylorismus auf Arbeiter und Unternehmer.

Durch die im Vorhergegangenen angeführten Mittel soll theoretisch die Zahlung hoher Löhne bei gleichzeitiger Minderung der Herstellungskosten sowie erhöhter Zuverlässigkeit der Lieferzeitangaben und der Grundlagen für die Selbstkostenberechnung ermöglicht werden. Die besonders vielfach angefeindete Einführung der Zeit- und Bewegungsstudien für die einzelnen Arbeitsoperationen, d. h. die Benutzung der Stoppuhr und des Kinematographen zur Ermittlung der zweckmäßigsten zeit- und kraftsparenden Arbeitsweisen wird besonders bei Massenanfertigung kaum zu vermeiden sein. Sie kann jedoch für den Arbeiter keine Herabsetzung bedeuten, wenn zwischen ihm und der Leitung des Werkes vollkommene Klarheit darüber herrscht, in welchem Sinne die Ergebnisse angewendet werden, und daß bei Berechnung der Stückzeiten aus den Einzelelementen ausreichende Zuschläge vorgenommen werden. Besonders in Laienkreisen versteht man unter dem Taylorsystem nur immer diese Zeitstudien, obgleich diese nur ein Teil des Ganzen sind und man könnte sich sehr wohl einen nach Taylorschen Grundsätzen geleiteten Betrieb denken, in dem diese ganz oder teilweise fortfallen. Es wird auch besonders häufig dagegen angeführt, daß die Verwendung der Uhr zur Zeitbestimmung beim Arbeiten unter der Würde eines Menschen sei und den Arbeiter unter das Lastvieh stelle. Aber beim Sport wird doch auch jede Leistung mit der Uhr gemessen und jeder ist stolz auf den Sekundenrekord, den er aufstellen konnte. Das Bedenkliche ist nun auch nicht das Grundsätzliche, sondern die Uebertragung der Normalzeit auf jeden beliebigen Arbeiter ohne genügende Berücksichtigung der individuellen Seite des Einzelnen, wie Schwankungen im Gesundheitszustand, Gemütserregungen; ja selbst ganz unkontrollierbare Einwirkungen psychologischer Art, die letzten Endes auch die Körpertätigkeit in Mitleidenschaft ziehen. Das sind gewiß Variationen, die den Arbeitsprozeß zu beeinflussen imstande sind, ohne daß das System selbst davon berührt wird.

Es ist selbstverständlich, daß die erforderlichen Arbeiten zwecks Einführung des neuen Systems, besonders in großen und vielseitigen Betrieben, ein außerordentliches Maß von Mühe, Zeit und Sorgfalt erfordern. Bisher war die Persönlichkeit des Betriebsleiters die Hauptsache. Er nahm in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Arbeiterschaft als das Gegebene, das Unabänderliche hin und sein ganzes Streben ging auf die Verbesserung der Betriebsmittel. Der Kernpunkt der Organisation wurde daher gar nicht erkannt. Die Auslese der Menschen für den jeweiligen Fabikationszweck ist dagegen der persönlichere und schwierigere Teil der Aufgabe. Denn der Mensch ist keine Muskelmaschine im eigentlichen Sinne, sondern ein beseeltes Wesen mit eigenem, durchaus nicht immer gleichgestimmtem Willen. Das rein gefühlsmäßige Erkennen der Arbeitsleistungen der Arbeiter muß zu einem methodischen Ermitteln der Arbeitswerte ausgebaut werden. Es muß auch immer wieder betont werden, daß die Grundsätze der wissenschaftlichen Betriebsführung keine Zauberformel von neuen Gedanken enthalten, sondern daß sie den Niederschlag des durch Jahrzehnte stetig entwickelten Fortschrittes und der mühevollen Arbeiten erfahrener Forscher bilden. Es ist also kein neues System von nur mechanischen Mitteln, sondern eine wissenschaftliche Denkweise, die von einem sozialen Verantwortungsgefühl beherrscht wird. Es soll hier also jedem Teil des Organismus diejenige Aufgabe zugewiesen werden, die er am besten erfüllen kann und zwar mittels der ihm gegebenen Richtlinien, die geeignet sind, Mehrleistungen ohne Ueberanstrengung zu erzielen. Der echte Taylorismus wendet sich ja gerade von dem Beschränkten, Sinnfälligen, Ueblichen, dem „Immer-so-gemachten" ab und setzt an ihre Stelle das Wissenschaftliche, Erforschte, einzig Richtige.

Die wissenschaftliche Betriebsführung verlangt also, entgegen dem bisherigen System, das den Arbeiter bei der Ausübung seiner Tätigkeit fast vollständig auf sich selbst gestellt hatte, nunmehr auch eine größere Beanwortung der Betriebsleistungen, die ordnend und helfend und im Einvernehmen mit den Arbeitern ihnen zur Seite stehen müssen. Ein und dieselbe Idee kann unendlich verschieden durchgeführt werden, je nachdem ihr Endzweck ein verschiedener ist. Nur der allgemein menschliche Standpunkt kann und muß die letzte Entscheidung bei der Einführung eines neuen Systems bilden und nur von diesem Gesichtspunkte aus müssen alle Vor- und Nachteile der wissenschaftlichen Betriebsführung abgewogen werden. Wird sie nämlich mit wirklich sozialem Verständnis durchgeführt, dann hat der Arbeiter meistens wenig Ursache, sich allzu sehr darüber zu beklagen, denn das System führt zu einer Vergrößerung der Produktion und damit der Ausfuhr, also Vermehrung des Volksvermögens. Dieses wirkt doch auf die Hebung der Valuta, also auch Verbilligung der Einfuhr und dadurch auch Verbilligung unserer Lebenshaltung im allgemeinen.

Das oberste Gesetz in der Welt der Arbeit aber lautet: „Verschwendung von Arbeitskraft ist Verbrechen am Volke!" Kaum ein zweites Schlagwort hat die Welt in den letzten Jahren so gewaltig erregt wie der „Taylorismus", kaum ein zweites Dogma ist in den Zeitungen und Zeitschriften mit solcher Schärfe kritisiert und bekämpft worden.

Beim Nennen des Wortes „Taylor-System" tauchen noch immer in vielen Arbeitnehmerkreisen, die nur oberflächlich davon gehört haben, die schlimmsten Bilder und Vorstellungen auf. Man erklärt, daß der Mensch zur geistlosen Maschine herabgedrückt werden solle. Wie es sich damit in Wirklichkeit verhält, werden wir später noch hören. Aber wir mögen als Einzelne wollen oder nicht, die wissenschaftliche Betriebsführung wird trotzdem kommen. Wir können uns einfach als Volk den Luxus nicht erlauben, ein System der industriellen Arbeit zu ignorieren, sobald es in einem anderen Lande mit Erfolg eingeführt ist.

Die Anfangsschwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, den heute zweckmäßigsten und kürzesten Weg zu zeigen, den morgen vielleicht schon besseren vorzubereiten, das ist das hohe Ziel der Betriebswissenschaft Taylors, die sich aus einer reinen Arbeitsökonomie heute bereits zu einer Menschenökonomie weiter entwickelt hat. Die praktischen Erfolge hängen freilich von der Art ihrer Durchführung ab. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Durchführung der Organisation in der Hand eines Betriebsleiters, der nicht von dem ernstlichen Wohlwollen und Gerechtigkeitsgefühl seiner Arbeiterschaft gegenüber erfüllt ist, für beide Teile sehr gefährlich werden kann. Die Kunst der Leitung ist ausgedrückt worden als die Kenntnis dessen, was man die Untergebenen tun lassen will, verbunden mit dem Bestreben, sie es in der vollkommensten Weise vollbringen zu lassen. Wenn auch kein Ausdruck eine Kunst vollständig umschreiben kann, so ist in diesem Falle doch ohne Zweifel in der Regelung der persönlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und -nehmer der wichtigste Teil dieser Kunst zu suchen.

„Vergeudet keine Energie, verwendet sie", so predigte Wilh. Ostwald schon vor langen Jahren, und spart an Menschen und ihren Nerven. Taylor zerlegt nun in wissenschaftlicher Weise die Arbeit in ihre Elemente: Gewicht und Weg der Last — das ist die Physik der Arbeit. Dann stellt er die unzweckmäßigen und überflüssigen Handgriffe fest, die dadurch also verlorene Arbeitszeit und prüft die Gestalt und Größe der Werkzeuge und Geräte — das ist die Technologie der Arbeit. Endlich beobachtet er, nach welcher Zeit und nach Befördern welcher Gewichtsmasse der Arbeiter ermüdet — das ist die Psychologie der Arbeit.

Ebenso wie die Bearbeitungsmaschinen allmählich so umgestaltet worden sind, daß die größtmöglichste Ausnutzung erreicht werden konnte, muß auch der Muskelmechanismus des Menschen auf den günstigsten Wirkungsgrad eingestellt werden. Das bedeutet aber niemals Ausnutzung und Ausquetschung der Menschen, sondern Erreichung eines gegebenen Zieles mit dem Geringstaufwand an Energie, also größtmöglichste Schonung des Menschen. Gerade dadurch, daß die Ermüdung verringert und die mechanischen Griffe ins Unterbewußtsein verlegt werden, wird dem Bewußtsein selbst eine höhere Erlebensmöglichkeit geschaffen. Wir müssen uns immer vor Augen führen, daß der Arbeiter neuerer Zeit- und Kulturstufe von der Arbeit mehr will, als nur Pflicht und Lohn. Die Maschine soll den Menschen nicht in der Gewalt haben. Dagegen sträubt er sich. Der Mensch soll und will seine Person nicht unter eine Sache stellen. Unsere maschinelle Entwicklung strebt ohne Frage dahin, mehr und mehr die schweren, die großen Körpermuskeln beanspruchenden Arbeiten vom Menschen hinweg zu nehmen und der Maschine aufzuladen. Ihm selbst dagegen die kurzen, weniger ermüdenden Tätigkeiten zuzuweisen, unter erhöhten Anforderungen an geistige Reaktionsfähigkeit und Aufmerksamkeit. Erst wenn jeder Mensch einsehen wird, daß die Mechanisierung der Arbeit bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich ist, um unserem Volke in allen seinen Schichten eine erträgliche Lebenshaltung zu ermöglichen, daß die Arbeit nur mechanisiert wird, um ihn zu entlasten, wird Arbeitslust und -freude wieder einkehren. Ausschlaggebend für die Einführung jeder Neuerung ist immer, in welchem Geiste diese zur Anwendung kommt, um sich für beide Teile, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, im guten Sinne auszuwirken. Es muß auch die Ansicht bekämpft werden, daß durch das Taylor-System die Schwachen und Invaliden aus dem Arbeitsprozeß ganz ausgeschaltet würden. Im Gegenteil. Bei richtiger Anwendung kann erst jetzt gefunden werden, zu welchen Arbeitsleistungen sie noch fähig sind, ohne einer Ueberanstrengung sich auszusetzen. Daß das bisherige Wirtschaftssystem Fortschritte hinsichtlich Mehrleistung, Zeitersparnis, Verbilligung der Herstellung nicht vom Gesichtspunkt aus prüfte, ob auch Verdienst, Wohlbefinden und Gesundheit des Arbeiters in gleicher Weise gefördert würde, beweist die betrübliche Tatsache, daß trotz der hygienischen Besserungen des sozialpolitischen Zeitalters die Zeitspanne der vollen Arbeitsfähigkeit beim Arbeiter noch recht niedrig ist. An dem Material der Invaliditätsversicherung ist fast zu schließen, daß die physische Beschaffenheit der gesamten Lohnarbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten im allgemeinen nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Wird nun in einer neuen Organisation freilich das Organische, das Leben vergessen, so wird der Organismus zur Schablone, das Leben entfliegt und der tote Organismus bleibt zurück. Denn der Träger menschlicher Arbeitenergie, der Mensch, will nicht als Objekt, sondern als Subjekt behandelt und gewertet werden, da die menschliche Arbeit aus physiologischen, sozialhygienischen und kulturellen Gründen nicht auf eine einfache Muskeltätigkeit reduziert werden kann.

Sch.

Genossenschaften.

Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-A.-G. in Hamburg. Im Jahre 1923 wurden trotz der Ungunst der Verhältnisse 31 234 Volksversicherungen (1922: 170 988) und 10417 Großlebensversicherungen (1922: 29 239) erzielt. Die Erfolgreichsten Rechnungsstellen waren Essen, Waldenburg, Düsseldorf, Plauen, Liegnitz, Breslau und Elberfeld.

Vermischte Nachrichten.

Betrug auf den Staßfurter Salzwerken. Aus Dessau meldet das „Berl. Tagebl.": Aufsehenerregende Verhaftungen sind in Staßfurt erfolgt. Die Polizei verhaftete den Fabrikbesitzer Krüger, der für die Kalibergwerke in Staßfurt die Holzfässer lieferte. Weiter wurde der Ingenieur des Salzwerkes Buschmann und ein Fabrikmeister verhaftet, da sie in dringendem Verdachte stehen, für den Fabrikbesitzer Krüger große Lieferungen verbucht zu haben, die gar nicht gemacht worden sind. Die Salzwerke wurden dadurch um beträchtliche Summen geschädigt. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Mehrere Falschmünzerbanden sind in den letzten Tagen in Hannover verhaftet worden, die in einigen Städten der Provinz eine ganze Anzahl von falschen Billionenscheinen umgesetzt haben. Es handelt sich um etwa 12 Personen, die zum Teil eigene Werkstätten hatten, zum Teil bei kleinen Druckereien arbeiten ließen.

Schwere Sturmschäden im Norden. Aus Kopenhagen wird gemeldet: An der Nord- und Westküste Norwegens wütete am Sonntag ein schwerer Orkan, der verschiedene Unglücksfälle verursachte. Eine große Anzahl von Fischer- und Privatbooten wurde auf dem Meere vom Sturm überrascht. Nach den bisherigen Mitteilungen ist der Verlust vieler Menschenleben zu beklagen. Eine Reihe von Fahrzeugen ist untergegangen. Andere kehrten in havariertem Zustande ohne ihre Fanggeräte zurück. An vielen Stellen in Dänemark geriet das schwere Küsteneis in Bewegung. Die Eisschollen richteten manchen Schaden an. Bei Rungstedt wurde eine Eisenbetonbrücke zwischen Rungstedt und dem Hafen vom Eise weggerissen. Auf dem Oeresund hatte das milde Wetter Tausende von Menschen aufs Eis gelockt. Als der Wind nach Westen umschlug, löste sich bei Hellerup eine große Eisscholle, auf der sich etwa 300 Personen befanden. Es gelang jedoch Fischer- und Privatbooten sowie einem Dampfer des Hafenwesens, bei den sofort angestellten Rettungsarbeiten alle Menschen ans Land zu bringen.

Schiffsuntergang bei Le Havre. In der vorgestrigen Nacht ist der amerikanische Dampfer „Elmonte" auf der Fahrt von New-York nach Rouen im Nebel an der Felsenküste von Octeville bei Le Havre gescheitert.

Volkswirtschaft.

Konjunkturumschwung.

SPD. Die Anzeichen für eine Besserung des Arbeitsmarktes haben sich in den letzten Tagen vermehrt. Jedoch ist die Entwicklung keineswegs einheitlich. Während einzelne Industrien zu Neueinstellungen übergegangen sind und mit Wochenbeginn wieder voll arbeiten ,haben andere die Stagnation noch nicht überwinden können. Die sich mehr als bisher regende Unternehmungslust wird immer noch durch den empfindlichen Kapitalmangel gehemmt. Schuld haben auf jeden Fall die übertriebenen Forderungen der Banken. Sehr wahrscheinlich sind aber in kürzester Zeit Erleichterungen zu erwarten, da die Banken gelegentlich eingehender Verhandlungen, die im Reichswirtschaftsministerium stattfinden, Konzessionen zugesichert haben. Die Entwicklung zum normalen Zinssatz und zur Neuregelung der Industriekredite wird hoffentlich beschleunigt durch jene privaten Kredite, die in letzter Zeit infolge der außerordentlich hohen deutschen Zinssätze vom Ausland nach Deutschland vergeben worden sind. Diese Momente, verstärkt durch eine schnelle Erledigung der Rentenmarkkredite an die Wirtschaft, scheinen uns nur geeignet, der Wirtschaft neuen Antrieb zu geben, der sich ohne Zweifel in einer Reihe von Industrien, z. B. im Textilgewerbe, trotz der heftigen Konditionskämpfe die Nachfrage bei den Erzeugern eine erhebliche Steigerung aufweist, bald bemerkbar machen wird. Bemerkenswert ist, daß gewisse Spezialindustrien kräftige Belebung zeigen. Das gilt für den Bau elektrischer Apparate und besonders für die Zigarettenindustrie. Die Firma Manoli z. B. weist in ihrem Jahresabschluß auf die reichlich eingehenden Aufträge hin, die für die Zukunft gute und dauernde Beschäftigung garantieren.

Dagegen ist die Belebung in der Montan- und Eisenindustrie durchaus gering und differenziert, sodaß von einer normalen Geschäftstätigkeit in diesen wichtigsten Zweigen der deutschen Wirtschaft noch nicht die Rede sein kann. Besonders kann der rheinisch-westfälische Bergbau noch immer nicht an die Arbeit kommen. Die Ursachen sind verschieden. U. a. sind die Unstimmigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer über Schichtzeit und Lohn, die sich aber keinesfalls auf Rheinland-Westfalen beschränken, immer noch nicht überwunden. So finden z. B. am Mittwoch in Zwickau abermals neue Verhandlungen über Arbeitszeit und Lohntafel im sächsischen Bergbau statt, während über die Arbeitszeit der westfälischen Uebertagearbeiter in den durchgehenden Betrieben in Berlin neu verhandelt werden muß.

Das größte Hindernis für eine Belebung des rheinisch-westfälischen Bergbaus und der Metallindustrie und damit auch für die verschiedensten Hilfsindustrien, z. B. des siegerländischen Erzbergbaues und der Zement- und Kalkindustrie, liegen aber immer noch in der Unfähigkeit der französischen Regie, den Transport wieder normal zu gestalten. Sehr wahrscheinlich ist im Betrieb der Regie schon in nächster Zeit mit neuen Erschütterungen zu rechnen. Die von der Regie eingestellten Arbeiter und Beamten erhalten nur rund 50 Proz. des Lohnes, den ihre deutschen Kollegen beziehen. Dieser Lohn wird dazu noch in Francs ausbezahlt, sodaß die Regiearbeiter einer weiteren Reduzierung ihres Einkommens unterliegen und in eine neue Inflationsperiode geraten sind. Arbeitskämpfe größten Stils in Rheinland und Westfalen, die sich auch auf das Transportgewerbe erstrecken, erscheinen aber im Augenblick am allerwenigsten geeignet, zu einer Belebung der Wirtschaft beizutragen.

SPD. Auf den Fettmärkten ist die nach Weihnachten einsetzende stille Geschäftszeit noch immer nicht überwunden. Vor allen Dingen gestaltet sich die Nachfrage nach Margarine und Schmalz schleppend. Der Absatz ist äußerst lustlos bei unveränderten Preisen. Dagegen hat sich die Nachfrage nach Speck bedeutend gebessert. Infolge des Preisrückganges für Butter ist der Import von dänischer und holländischer Butter fast völlig zum Stillstand gekommen. Man rechnet, da die Zufuhren an inländischer Butter nicht genügen, um die Bestände des Großhandels aufzufüllen, mit einem Anziehen der Butterpreise.

Organisations-Statut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die auf dem Vereinigungsparteitag 1922 in Nürnberg gewählte Kommission hat gemeinschaftlich mit dem Parteivorstand nachstehenden Entwurf ausgearbeitet, der dem Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruches hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Dopelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Stuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Parteiämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmug der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindewahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Vorschläge für die Bezirks-, Kreis-, Provinzialvertretung und die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preußischen Mitgliedern des Parteiausschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der in Absatz 3 genannten Körperschaften.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe eines Wochenbeitrages.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelstunde entsprechen, für weibliche Mitglieder können niedrige Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Internationale zu leisten.

Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Allmonatlich müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Teilzahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalendervierteljahres erfolgen.

Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinnes an den Parteivorstand abzuführen.

Berichterstattung.

§ 9. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des ersten Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. Aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im voraufgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind.

2. Der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf.

3. Den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

4. Den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschlusse des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alle zwei Jahre ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 8 Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens 4 Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen hat.

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;

3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;

5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßtem Beschluß des Parteivorstandes;

2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;

3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 10 und 11).

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus drei Vorsitzenden, drei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die keinerPartei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei anzusehen oder sich an ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß.

§ 22. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. Sind im Bezirk mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 24. In der Regel alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 25. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neuen Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 26. Das Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 27. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 20 Mitgliedern bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 28. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder gemacht hat. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie wirkt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsvereine — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses erfolgt durch den Bezirksvorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Solange über die Aufnahme eines Mitgliedes gemäß § 2 nicht endgültig entschieden ist, kann der Ausschluß durch eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgen.

§ 29. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeklagten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den Parteivorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 30. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 31. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 29 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidung steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 29 und 30 zu.

§ 32. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 33. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 34. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Nichtamtlicher Teil

Plötzlich und unerwartet starb mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Ludwig Kempek

im 77. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Sophie Kempek
geb. Rohde
sowie Kinder und Enkelkinder.

Glockengießerstraße 38/9.

Beerdigung Sonnabend, den 2. Febr. Trauerfeier 9½ Uhr vormittags Kapelle Burgtor. (11255

Arbt.-Gesang-Verein Schlutup.

Nachruf!

Am 25. 1. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied und Mitbegründer des Vereins, der Sangesbruder

Wilhelm Rocksien.

Ehre seinem Andenken! (11244

Beerd. Mittwoch, 30. Jan., 1 Uhr.

Sammelpkt. 12¾ Uhr b. Saborowski.

Aeltere Frau sucht Stellung zum Ausbessern u. Anfertigung v. Knab.-Anz. auß. d. Hause. Ang. unt. G 626 an die Exp. d. Bl. (11236

Gut erhaltener Promenadenwagen z. verkaufen. 11225) Westhofstr. 65 I.

Gut erhaltener Kinderwagen zu verkaufen. 11226) Ernstr. 91.

Punt z. verkaufen. (11214) Morkerkstr. 14 II., r.

---

1 gr. st. Blockwagen zu verkaufen oder gegen H.-Fahrrad zu tauschen. Für Händler gut geeignet 11251) Lange Reihe 15.

Nähmaschine billig zu verk. (11248 Glockenstraße 1, part.

Neuer Gaskocher und D.-Lederhut z. verkaufen. 11238) Am Brink 11 L., l.

Tr. hornl. weiße Ziege, 18 Mk. und gr. scharfer Hof- u. Ziehhund z. verk. 11237) Fackenburg 37 pt.

Ziege u. Heu zu verkaufen. (11250
H. Harms, Israelsdorfer Allee, bei der Flughalle.

Legehühner jede Anzahl für hohen Preis zu kfn. ges. Ang. unt. C 623 a. d. Exp.

Alte Bretter, Hühnerstall, junge Legehühner u. Maschendraht z. kauf. ges. Ang. unt. C 624 a. d. Exp. (11252

---

20 Ruten Kartoffelland auf Karshof geg. Holstentor zu tauschen. (11224 Moisl. Allee 69b, II., l.

---

500 Mk. als erste Hypothek in K. Haus (Stadt) gesucht. Ang. unt. G 625 an die Exp. d. Bl.

Höchste Preise für
Hasen Kanin
Reh Ziegen
Schaf Kalb usw.
Felle und **Pferdehaare**
Mähnen, Kuhschweifhaare
11069) zahlt
J. L. Würzburg
Wahmstraße 22a.

Bringen Sie Ihre **kranke Uhr** zum billigen Uhrmacher. 11074) Hundestr. 32.

Für die richtige Wiedergabe **telephonisch** übermittelter Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fehlerhafte, auf diesem Wege bestellte Anzeigen gehen zu Lasten des Bestellers.
Die Geschäftsstelle des **Lübecker Volksboten.**

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. September 1923

Aktiven		Passiven	
Waren	M. 3 049 825 346 069	Geschäftsguthaben	M. 311 563 187 987
Bäckerei	„ 156 997 722 960	Reservefonds	„ 26 373 660
Schlachterei	„ 241 728 836 000	Warenvorschußfonds	„ 360 664
Mineralwasser	„ 181 956 760	Erneuerungsfonds	„ 6 025 000
Tischlerei	„ 1 142 811 017	Hypotheken	„ 1 110 070
Maschinen und Betriebsmittel	„ 1	Spareinlagen	„ 14 100 614 929
Grundstücke und Gebäude	„ 120 000	Kautionen	„ 30 336
Hinterlegungen u. Beteiligungen	„ 10 392 505	Darlehen	„ 150 000
Kasse	„ 246 472 345 [illegible]	Gutscheine	„ 500 000 000
Bank	„ 1 507 211 123 941	Lieferanten	„ 3 558 826 918 351
Devisen	„ 73 149 892 400	Unkosten, unbezahlte	„ 171 679 574 000
Außenstände	„ 663 723 120	Steuern, unbezahlte	„ 102 456 869 689
		Rabatt	„ 293 087
		Wechselschulden	„ 518 919 000 000
			599 303 812 760
	M. 5 277 834 270 533		M. 5 277 884 270 533

Im Geschäftsjahr 1922/23 sind der Genossenschaft 4812 Genossen beigetreten und 866 Genossen ausgeschieden. Am Schluß des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 27 163 Genossen an.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich um M. 311 554 010 083.— und die Haftsumme um M. 2798 262 847 000.— vermehrt.

Die Haftsumme betrug am Schluß des Geschäftsjahres M. 2 798 281 423 500.

Lübeck, den 29. Januar 1924. (11235

Der Vorstand.

A. Henze. H. John. F. Jaeckstat. G. Stark.

Reiner Kakao ¼ ℔ 30, 35 u. 40 Pfg.
Bananen-Kakao ¼ ℔ 25 Pfg.
Schokoladenpulver ¼ ℔ 25 Pfg.
Gebr. Kaffee ¼ ℔ 50 Pfg.
Gem. Backobst 1 ℔ 50 Pfg. (11241
Getr. Pflaumen 1 ℔ 33 Pfg.
Getr. Birnen 1 ℔ 40 u. 65 Pfg.
Jamaika-Rum-Verschn. Flasche 2.50 Mk.
Eduard Speck
Hüxstraße 80/84.

LACHEN LINKS
DAS WITZBLATT DER REPUBLIK
12 Seiten Mehrfarbendruck
PREIS 25 [illegible]ENNIG
Zu beziehen durch
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten",
Johannisstraße 46.
Jeden Freitag neu!

Alle Freunde und Gönner des

RADIO-

wesens werden zur Gründung eines Vereins zum **Dienstag, d. 29. Januar, abends 8 Uhr** nach dem **KOLOSSEUM** eingeladen.
Vortrag bei freiem Eintritt.
11246)

Bist Du

Arbeiter, Angestellter, Beamter, Handwerker, Kleingewerbetreibender, Kleinkaufmann, Sozialrentner, bist Du also kein Kapitalist, dann darfst Du auch nicht die Presse der

kapitalistischen Parteien

lesen, sondern Du mußt, eingedenk Deiner Zugehörigkeit zum Volke

das Blatt der werktätigen Bevölkerung,
das Blatt der wirtschaftlich Schwachen,
das Blatt der kleinen Existenzen,
das Blatt aller Unterdrückten u. Ausgebeuteten

mit einem Worte:

das Blatt der Nichtbesitzenden,

den

Lübecker Volksboten

unterstützen und lesen.

Abonniere deshalb sofort. Die Woche 55 Pf.

Inserate haben durchschlagenden Erfolg.

Anzeigen, die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

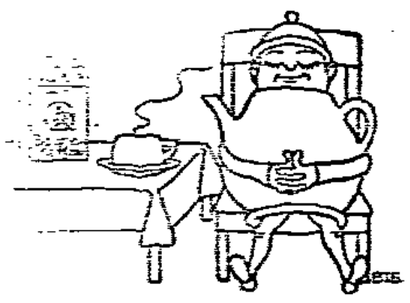
Pferde-, Kuh-, Kroll- u. Schweins-Haare kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26, Holstenstraße 8. (11219
Fernsprecher 3414.

Inserate sind nur an unsere **Geschäftsstelle** aufzuliefern oder an diese zu richten.

H. Schultz Uhrmacher Johannisstr. 20
Alle Waren a. Teilzahl. (11228

---

257. 3



Achtet nach des Tages Last Schmerzlich, wenn die Quiela fast!

(11227)

Pelzkragen verloren (Schwarzlch.). Abzugeb. Krausestr. 17, Lowigt. (11215)

Operngias, Oberteil, gefunden Montag Volksbühne. Abzuholen Sekretariat, Johannisstraße 46, I. (11233

S.-H.-u. D.-Mk.-Anz. z. vm. 11240) Klappenstr. 14a I.

Alle **Arbeiter** kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (10109
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Damenkleiderstoffe in großer Auswahl **direkt ab sächs. Fabrik!** Unter anderem:
Frottees 1,05 breit, Ia. Qual., in vielen prachtv. Dess., durchw. p. Mtr. **2.30**
Popeline Ia. gezwirnte Ware, 1,05 br., in vielen Farben . . 3.15 und **2.85**
Rockstreifen reine Wolle, Ia. Qual. 3.15 Halbw., ap. Streif., p. Mtr. **2.75**
F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg), **Etagengeschäft.**
(11065)

Eduard Hirsekorn,
Sandstraße 20 (11223
empfiehlt sein großes **Lager** von **Herren-Hüten u. -Mützen** u. a.

Herren-Woll-Hüte	von M.	**1.00** an
„ **Haar** „	„ „	**1.50** „
„ **Velour** „	„ „	**2.00** „
Stepphüte	„ „	**1.00** „
blaue Mützen	„ „	**0.50** „

Prima abgelagerte
Stückbraunkohlen
per Zentner Mk. **0,90** ab Lager Falkenstraße.
1 Sack Holz Mk. 1,60. (11218
Pa. Senftenberg. Salonbriketts
zum billigsten Tagespreis empfiehlt
Max Boye, Kohlenhandel, Falkenstr. Tel. 8441.

Frauen-Haar kauft u. zahlt hohe Preise. **E. Mittelstädt**, Friseur, F. 3716. Adlerstr. (11220

Magerkeit

Schöne volle Körperformen durch unser „Hegro" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 2.50. (11068
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10

Lübecker Volksbote

Beilage. Mittwoch, 30. Januar 1924. Nummer 25.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 30. Januar.

Im Café.

Ein Herr: Kellner! Kellnerr! Kellnerrr! Himmeldonnerwetter, was für eine elende Bedienung da ist!

Kellner (eilt herbei): Sie wünschen?

Der Herr: Schön, daß Sie kommen! Bringen Sie mir rasch einen Kognak und eine Zeitung.

Kellner: Sofort. (Er eilt davon und bringt nach ein paar Augenblicken einen Kognak und den Volksboten.)

Der Herr: Was, erst lassen Sie mich eine halbe Stunde warten und jetzt bringen Sie mir den Volksboten?

Kellner: Ich hab' geglaubt ... weil die Herren Gäste meistens zuerst ....

Der Herr: Wollen Sie mich zum besten halten? Schau' ich aus wie einer, der den Volksboten liest?

Kellner: Bitte, so werd' ich halt ein anderes Blatt holen. (Will mit der Zeitung weggehen.)

Der Herr: So lassen Sie ihn in Gottes Namen da, ich hab' keine Zeit, zu warten. (Für sich:) Ich will doch einmal schau'n, was die Roten schreiben.

Kellner (ab).

Der Herr durchblättert den Volksboten und stößt von Zeit zu Zeit halblaut wütende Rufe aus: Unverschämte Bande! Natürlich, die Besitzenden sollen mehr Steuern zahlen, damit die Herren Arbeiter und Angestellten entlastet werden! Na, Gott sei Dank ist der Dr. Luther Finanzminister und nicht der Hilferding! ... „Bergarbeiterstreik im Rheinland" ... „Der Kampf in der Metallindustrie" ... Es ist wirklich kein Wunder, daß sich all das Pack getraut, Forderungen zu stellen, wenn es ein eigenes Blatt hat, das immer für seine Forderungen eintritt ... Verbieten sollte man so eine Zeitung, die die ganze Klassenharmonie zerstört ...

Er wirft das Blatt zornig auf den Tisch, zahlt und geht. Auf der Straße setzt er seinen Monolog fort:

„Wenn man bedenkt, daß alle Arbeiter und Angestellten den Volksboten täglich lesen, so hat man erst eine Vorstellung, was er für eine Gefahr für uns ist. Man müßte ein Mittel finden, die bürgerlichen Blätter in die Hände der Arbeiter zu bringen. Die Unternehmerorganisationen sollten einen Preis für denjenigen aussetzen, der so ein Mittel findet. Es würde sich besser bezahlt machen als alle Beiträge für die Parteikassen der bürgerlichen Parteien, als alle Gelder, die den Hakenkreuzlern und Geheimorganisationen gezahlt werden."

Während er so in Gedanken versunken geht, stößt er fast mit einem Arbeiter zusammen, der in die Lektüre des General-Anzeigers vertieft ist:

„Haha! Mir scheint, das Mittel ist schon gefunden. Jetzt muß ich doch aufpassen.

Er setzt seinen Weg fort und zu seiner lebhaften Befriedigung begegnet er noch mehr Arbeiter, die bürgerliche Blätter in der Hand halten. Er schließt seine Betrachtung:

„Na, von Arbeitern, die unsere bürgerlichen Blätter lesen, wird die kapitalistische Weltordnung nicht gestürzt werden!"

Achtung, parteigenössische Handwerker, Gewerbetreibende und Handwerksmeister! Am Freitag, 1. Februar, abends 7½ Uhr, findet eine Besprechung im Gewerkschaftshause statt. Das Erscheinen aller der S. P. D. angehörenden Handwerksmeister und Gewerbetreibenden ist Pflicht! Bürgerschaftswahl.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne ist jetzt nach Beschaffung einer neuen fahrbaren Trage in der Lage, jeden Krankentransport, zu jeder Zeit auszuführen. Bestellungen für Transporte erbitten wir in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends im Kanzlei-Gebäude, Eingang Nr. 5.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Lübeck.

Kulturabbau oder Ausbau kultureller Einrichtungen.

Die Weimarsche Verfassung der deutschen Republik bestimmt in dem Abschnitt über die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen, daß „die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre frei sind. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil." Weiter heißt es: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme des Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis der Eltern maßgebend. Für den **Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen** sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung." Und an einer anderen Stelle heißt es: „In allen Schulen ist **sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums** und der **Völkerversöhnung** zu erstreben. ... Das **Volksbildungswesen**, einschließlich der **Volkshochschulen**, soll vom Reich, Ländern und Gemeinden **gefördert** werden."

In diesen Grundrechten und Grundpflichten wird den Ländern eine Fülle von Aufgaben übertragen, **deren Lösung vor allem den Willen zum Ausbau des Schulwesens im modernen und republikanischen Geist voraussetzt** und eine große **Opferbereitschaft für Kulturaufgaben** erfordert. Es darf wohl angenommen werden, daß wenigstens zunächst beim Reiche und seinen leider oft wechselnden Regierungen der oben angedeutete Wille vorhanden war, der sich allerdings besonders in der Gewährung von entsprechenden Mitteln hätte ausdrücken müssen, wenn er wirksam sein sollte. Die finanzielle Förderung der kulturellen Einrichtungen seitens des Reiches ist jedoch nur in bescheidenem Maße erfolgt. Das enthebt jedoch **die Länder nicht der Pflicht, von sich aus alles zu tun, was den Ausbau der Kultur- und Bildungseinrichtungen** im Sinne der Bestimmungen der Reichsverfassung **zu fördern geeignet ist.**

Unwillkürlich drängt sich dabei wohl manchem die Frage auf: Was ist denn in Lübeck bisher in dieser Beziehung geschehen und was muß noch geschehen? Bestand hier der Wille zur Durchführung der Grundsätze der Reichsverfassung und konnte er sich genügend durchsetzen? Soweit es sich um die Einrichtung der Grundschule und der Schaffung der Möglichkeit des Aufstieges von der Volksschule in die mittleren und höheren Schulen handelt, ist hier **das unbedingt Notwendige veranlaßt** worden, zum Teil schon früher, als es in anderen Ländern geschehen ist. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß es sich dabei erst um **Anfänge** handelt, **die weitergeführt werden müssen.** Der Aufstieg Begabter ist nur für eine verhältnismäßig geringe Zahl von Kindern Minderbemittelter vorgesehen; er muß jedoch im eigensten Volksinteresse allen dafür Geeigneten möglich gemacht werden. Wenn dem vielleicht entgegengehalten werden sollte, daß ja heute noch nicht einmal alle vorhandenen Stellen in Anspruch genommen werden, so ist darauf zu erwidern, daß eben **die Beihilfen, die den in Betracht kommenden Eltern gewährt werden, bei der großen Notlage, in der sich viele von ihnen befinden, meistens nicht ausreichend sind.** Die Durchführung der Absicht, den Kindern eine ihrer Begabung entsprechende Schulbildung zu gewähren, hängt eben sehr eng zusammen mit der ganzen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung. Bessert sich die Beschäftigungsmöglichkeit, wird die Lebenshaltung der breiten Schichten unserer Bevölkerung menschenwürdiger, so wird sich auch das Bestreben, den begabteren Kindern eine geeignetere Schulbildung zu geben, in verstärktem Maße geltend machen. **Denen muß aber auch die Gelegenheit dazu gegeben sein.** Also hier ist in Lübeck noch lange kein Abschluß erreicht worden, sondern **erst ein Anfang** zu verzeichnen.

Die **Mannigfaltigkeit der Lebensberufe** soll auch **in der Gestaltung des Schulwesens** sich bis zu einem gewissen Grad **geltend machen.** Soweit das höhere Schulwesen in Betracht kommt, ist diese Mannigfaltigkeit in Lübeck bereits vorhanden. Kaum auf dem Gebiete der Volksschule. Jetzt allmählich beginnt es sich auch hier zu regen. Die Erfahrungen anderer Städte sollen nutzbringend in der Gemeinschaftsschule, für deren Errichtung sich die Abteilung III der Oberschulbehörde neben einer Gruppe dafür wirkender Lehrer einsetzt, zur Anwendung gelangen und damit die Volksschulen, anstatt im Althergebrachten zu erstarren, neuen Impuls erhalten. Die Volksschule wird wohl noch lange die Schule sein, die der weit überwiegenden Mehrheit unserer Jugend das wichtigste Rüstzeug für den Kampf ums Dasein zu liefern hat. **Sie so einzurichten, daß sie dazu wirklich befähigt ist, gehört zu den Aufgaben des Staates und seiner Organe. Wie diese sich zu ihr stellen, wird entscheidend für ihr Gedeihen oder ihr Vegetieren sein.**

Außerordentlich bedeutungsvoll ist der verfassungsmäßige Zweck der Schulen, sittliche Bildung und staatsbürgerliche Gesinnung im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Leider mangelt es in dieser Beziehung noch vielfach. An mehreren unserer höheren Schulen waren Lehrer der merkwürdigen Meinung, daß **Antisemitismus** und **monarchischer Nationalismus** heute dem Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung entsprächen. Sie betätigten sich deshalb in solcher Weise und führten ganz unhaltbare Zustände in den Anstalten herbei, an denen sie unterrichteten. **Es ist unbedingt erforderlich, daß die staatsbürgerliche Erziehung im Sinne der Festigung des demokratisch-republikanischen Volksstaates erfolgt,** daß nicht Haß und Gewalt gepredigt wird, sondern daß **die Schule mitarbeitet an der Schaffung einer Völkergemeinschaft, der Deutschland als gleichberechtigtes Glied angehört.** Dazu ist auch, neben der geistigen Einstellung der Lehrerschaft die **Schaffung entsprechender Lehrbücher** notwendig. Wenn diese auch nicht besonders für Lübeck hergestellt werden können und zurzeit auch in andern deutschen Ländern leider immer noch nicht vorhanden sind, so ist doch **darauf hinzuwirken, daß hier möglichst bald ein Wandel eintritt und der Unterricht an der Hand zeitgemäßer Lehrbücher erteilt werden kann.** Denn es kommt recht sehr darauf an, daß die **verfassungsmäßigen Grundsätze und Grundpflichten** der Deutschen **nicht papierne Bestimmungen** bleiben, sondern **praktische Bedeutung erhalten.**

Schon aus diesen kurzen Darlegungen ist ersichtlich, daß wir uns auch in Lübeck **erst ganz in den Anfängen der Erneuerung des Schulwesens befinden,** wie sie die gegenwärtigen Zeitverhältnisse erfordern. Wenn dabei die Berufsschulen nicht besonders erwähnt worden sind, so darf daraus nicht entnommen werden, daß sie etwa eine geringere Beachtung verdienen wie die allgemein bildenden Unterrichtsanstalten oder schon so vollkommen sind, daß bei ihnen nichts mehr auszubauen oder zu verbessern wäre. Ganz

---

Oeffentliche

Wähler-Versammlung

Donnerstag, 31. Januar, abends 7½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus".

Redner: **Senator Löwigt** und **Dr. Leber.**

Jede Partei hat eine halbe Stunde Redezeit.

10 Pfennig Eintritt. Erwerbslose Parteigenossen frei.

Erscheint in Massen! Rüttelt Säumige auf!

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.

Erzählung von Gottfried Keller.

6. Fortsetzung.

Da nun das Gesetzliche und das Leidenschaftliche, das Vertragsmäßige und das ursprünglich Naturwüchsige, der Bestand und das Revolutionäre zusammen erst das Leben ausmachen und es vorwärts bringen, so war hingegen nichts zu sagen, als: seht euch vor, was ihr ausrichtet! Nun aber erfuhren die Seldwyler den eigenen Unstern, daß sie bei ihren Auszügen immerdar entweder zu früh oder zu spät und am unrechten Orte eintrafen und gar nicht zum Schusse kamen, wenn sie nicht auf dem Heimwege, der dann nach mannigfachem Hin- und Herreden und genugsamem Trinken eingeschlagen wurde, zum Vergnügen wenigstens einige Patronen in die Luft schossen.

Doch dies genügte ihnen, sie waren gewissermaßen dabei gewesen und es hieß im Lande, die Seldwyler seien auch ausgerückt in schöner Haltung, lauter Männer mit gezogenen Büchsen und goldenen Uhren in der Tasche.

Als es das erstemal begegnete, daß Fritz Amrain von einem solchen Ausrücken hörte und zugleich seines Alters halber fähig war mitzugehen, lief er, da es so weit eine gute Sache betraf, sogleich nach Hause, denn es war eben die höchste Zeit und der Trupp im Begriff aufzubrechen

Zu Hause zog er seine besten Kleider an, steckte genugsam Geld zu sich, hing seine Patrontasche um und ergriff sein wohl im Stand gehaltenes Infanteriegewehr, denn da er bereits ein ordentlicher und handfester junger Flügelmann war, dachte er nicht daran, mit einer kostbaren Schützenwaffe zu prahlen, die er nicht zu handhaben verstand, sondern aufrichtig und emsig sein leichtes Gewehr zu laden und loszubrennen, sobald er vor den Mann kommen würde; und er sah sehnsüchtig im Geiste schon nichts anderes mehr, als den letzten Hügel, die letzte Straßenecke, um welche herumbiegend man den verhaßten Gegner erblicken und es losgehen würde mit Puffen und Knallen.

Er nahm das Geringste Gepäck mit und verabschiedete sich kaum bei der Mutter, die ihm aufgebracht und mit klopfendem Herzen aber schweigend zusah.

„Adieu!" sagte er, „morgen oder übermorgen früh spätestens sind wir wieder hier!" und ging weg, ohne ihr nur die Hand zu geben, als ob er nur in den Steinbruch hinausginge, um die Arbeiter anzutreiben.

Sie ließ ihn auch gehen ohne Einwendung, da es ihr widerstand, den hübschen jungen Burschen von solcher ernsten Mutesäußerung abzuhalten, ehe die Zeit und die Erfahrung ihn selber belehrt. Vielmehr sah sie ihm durch das Fenster wohlgefällig nach, als er so leicht und froh dahinschritt. Doch ging sie nicht einmal ganz an das Fenster, sondern blieb in der Mitte der Stube stehen und schaute von da aus hin. Uebrigens war sie selbst mutigen Charakters und hegte nicht sonderliche Sorgen, zumal sie wohl wußte, wie diese Auszüge von Seldwyla abzulaufen pflegten.

Fritz kam denn auch richtig schon am anderen Morgen ganz in der Frühe wieder an und stahl sich ziemlich verschämt in das Haus. Er war ermüdet, überwacht, von vielem Weintrinken abgespannt und schlechter Laune und hatte nicht das mindeste erlebt oder ausgerichtet, außer daß er seinen feinen Rock verdorben durch das Herumlungern und sein Geldbeutel geleert war.

Als seine Mutter dies bemerkte und als sie überdies sah, daß er nicht wie die andern, die inzwischen auch gruppenweise zurückgeschlendert kamen, nur die Kleider wechselte, neues Geld zu sich steckte und nach dem Wirtshause eilte, um da den mißlungenen Feldzug auseinanderzusetzen und sich nach den ermüdenden Nichttaten zu stärken, sondern daß er eine Stunde lang schlief und dann schweigend an seine Geschäfte ging, da wird sie in ihrem Herzen froh und dachte, dieser merke von selber, was die Glocke geschlagen.

Indessen dauerte es kaum ein halbes Jahr, als sich eine neue Gelegenheit zeigte, auszuziehen nach einer anderen Seite hin, und die Seldwyler auch wirklich wieder auszogen. Eine benachbarte Regierung sollte gestürzt werden, welche sich auf eine ganz kleine Mehrheit eines andächtigen gutkatholischen Landvolkes stützte. Da aber dies Landvolk seine andächtige Gesinnung und politische Meinung ebenso handlich, munter und leidenschaftlich betrieb und bei den Wahlvorgängen ebenso geschlossen und prügelfertig zusammenhielt, wie die aufgeklärten Gegner, so empfanden diese einen heftigen und ungeduldigen Vorstoß, und es wurde beschlossen, jenen vernagelten Dummköpfen durch einen mutigen Handstreich zu zeigen, wer Meister im Lande sei, und zahlreiche Parteigenossen umliegender Kantone hatten ihren Zuzug zugesagt, als ob ein Hering zu einem Lachs würde, wenn man ihm den Kopf abbeißt und sagt: dies soll ein Lachs sein! Aber in Zeiten des Umschwunges, wenn ein neuer Geist umgeht, hat die alte Schale des gewohnten Rechtes keinen Wert mehr, da der Kern heraus ist, und ein neues Rechtsbewußtsein muß erst erlernt und angewöhnt werden, damit „rechtlich am längsten währt" das heißt, so lange der neue Geist lebt und währt, bis er wiederum veraltet ist und das Auslegen und Zanken um die Schale des Rechtes von neuem angeht.

Als gewohnterweise wieder einige Dutzend Seldwyler beisammen waren, um als ein tapferes Häuflein auszurücken und der verhaßten Nachbarregierung vom Amte zu helfen, war Frau Regel Amrain guter Laune, indem sie dachte, diese bewaffnete Kannegießer wären diesmal recht angeführt, wenn sie glaubten, daß ihr Sohn mitginge; denn nach ihren bisherigen Erfahrungen, laut welchen das wackere Blut stets durch eine einmalige Lehre sich gebessert, mußte es ihm jetzt nicht einfallen mitzugehen. Aber siehe da! Fritz erschien unversehens, als sie ihn bei seinen Geschäften glaubte, im Hause, bürstete seine starken Werkeltagskleider wohl aus und steckte die Bürste nebst anderen Ausrüstungsgegenständen und einiger Wäsche in eine Reisetasche, welche er umhing, kreuzweis mit wohlgefüllter Patronentasche; dann ergriff er abermals sein Gewehr und senkte es zum Gehen, nachdem er mit dem Daumen einige Male den Hahn hin und her gezogen, um die Federkraft des Schlosses zu erproben.

„Diesmal," sagte er, „wollen wir die Sache anders angreifen, adieu!" und so zog er ab, ungehindert von der Mutter, welcher es abermals unmöglich war, ihn von seinem Tun abzuhalten, da sie wohl sah, daß es ihm Ernst war. Um so besorgter war sie plötzlich und sie erbleichte einen Augenblick lang, während sie abermals mit Wohlgefallen seine Entschlossenheit bemerkte.

Die Seldwyler Schar kehrte am nächsten Tage ganz in der alten Weise zurück, ohne noch zu wissen, wie es auf dem Kampfplatz ergangen; denn da sie die Grenze ein bißchen überschritten hatten, fanden sie das dasige Ländchen sehr aufgeregt und die Bauern darüber erbost, daß man solchergestalt auf ihrem Territorium erscheine, wie zu den Zeiten des Faustrechtes. Sie stellten jedoch kein Hindernis entgegen, sondern standen nur an den Wegen mit spöttischen Gesichtern, welche zu sagen schienen, daß sie die Eindringlinge einstweilen vorwärts spazieren lassen, aber auf dem Rückwege dann näher ansehen wollten.

Dies kam den Seldwylern gar nicht geheuer vor und beschlossen deshalb, das versprochene Eintreffen anderer Zuzüge abzuwarten, ehe sie weiter gingen. Als diese aber nicht kamen und ein Gerücht sich verbreitete, der Putsch sei schon vorüber und günstig abgelaufen, machten sie sich endlich wieder auf den Rückweg mit Ausnahme des Fritz Amrain, welcher seelenallein und trotzig verwegen sich von ihnen trennte und mitten durch das gegnerische Gebiet marschierte auf dessen Hauptstadt zu. Denn er hatte, indem er seine Gefährten zechen und schwatzen ließ, sich erkundigt und vernommen, daß ein Häuflein Burschen aus dem Geburtsorte seiner Mutter einige Stunden von da eintreffen würde, und zu diesen gedachte er zu stoßen.

(Fortsetzung folgt.)

Bonn

Fortschritt oder Reaktion

Ein Drittes gibt es nicht

Deshalb am 10. Februar **jede** Stimme
für die

Sozialdemokratische Liste Ehlers!

gewiß nicht. Doch noch dringender als ihr Ausbau ist es, vielen sogenannten Herrschaften erst die Erkenntnis beizubringen, daß **sie sich an der Ertüchtigung unseres Nachwuchses versündigen, wenn sie ihren jugendlichen Hausangestellten nicht einmal die nötige Zeit zum Besuch der Fortbildungschulen geben wollen.** Zahlreich sind die Fälle, in denen Hausangestellte entlassen oder nicht eingestellt wurden, weil diese der Fortbildungschulpflicht unterlagen.

Wenn vorstehend kurz angedeutet wurde, daß ein Ausbau des Schulwesens unbedingt notwendig ist, so **droht ihm doch ein Abbau** infolge der vom Reiche angeordneten Sparmaßnahmen. Die Oberschulbehörde ist zwar bemüht, hier so schonend wie irgend möglich vorzugehen. Dennoch werden sich gewisse **Verschlechterungen wie Erhöhung der Klassenfrequenz, Erhöhung der Pflichtstundenzahl** der Lehrer kaum ganz vermeiden lassen. Es bröckelt also schon ein bischen. Deshalb muß von allen Instanzen, die auf die Verwaltung des Schulwesens, seinen Aufbau und Abbau, Einfluß haben, verlangt werden, daß sie sich für die Erhaltung und die Vervollkommnung der Bildungseinrichtungen einsetzen.

Zu den Bildungseinrichtungen gehören auch die **Volkshochschule, die Büchereien, die Museen und das Stadttheater.** Auch sie können sich nicht aus eigenen Mitteln erhalten und erfordern Zuschüsse aus dem Staatssäckel. Manche Leute, denen die ganze Richtung nicht paßt, deren Bildungsbedürfnisse meist gering sind oder aus anderen Quellen wie Lesezirkeln, Kino, Dielen usw. befriedigt werden, halten diese Institute für **besonders geeignete Spar- und Abbruchobjekte.** Schon machen sich Stimmen laut, die in Lübeck die Kunst unter Zensur stellen und Werke, die sie wohl inhaltlich garnicht kennen aber deren Verfasser ihnen nach ihrer politischen Vergangenheit nicht gefallen, in Acht und Bann tun möchten. **So lange eine starke sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft die Freiheit der Kunst in unserer Stadt schützt, kann man dieserhalb „ohne Sorge" sein.** Wer bürgt dafür, daß nicht gewisse nationalistische Hinkermänner ihr ein Bein stellen, wenn bei den Bürgerschaftswahlen ihre Machtposition gestärkt und ihr Einfluß bedeutungsvoller würde? Niemand!

Die Förderung der kulturellen Einrichtungen gehört zu den programmatischen Aufgaben der Sozialdemokratie, die sie auch in der Zeit der großen Not getreulich und nach besten Kräften erfüllt hat. Das wird auch in Zukunft geschehen, wenn die Versuche zum Kulturabbau sich mehren und verstärken sollten. **Je stärker die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion ist, desto sicherer ist die Erhaltung und der Ausbau solcher Institutionen.** Daraus folgt, daß besonders auch im kulturellen Interesse am 10. Februar die **Wahl der Liste Ehlers erfolgen muß.** Paul Löwigt.

Gemeinschaftsschule.

Lehrer und Lehrerinnen der künftigen Gemeinschaftsschule hatten am Sonnabend, 26. Januar, die Eltern zu einer dritten Versammlung ins Johanneum geladen.

Der Leiter der Versammlung gab bekannt: Die Gründung einer Gemeinschaftsschule kann zu Ostern noch nicht erfolgen. Das Seminargebäude ist für diese Schule von der Oberschulbehörde abgelehnt worden. Das angebotene Haus, Schwartauer Allee 44, ist ohne jede Einrichtung, ganz abgesehen von der peripheren Lage, die es Eltern großer Bezirke unseres Gemeinwesens unmöglich macht, ihre Kinder dorthin zu schicken. Die Bewilligung einer Mindesteinrichtung muß erst sämtliche Instanzen (Oberschulbehörde, Finanzbehörde, Bürgerschaft usw.) durchlaufen. (Und wann ist die neue Bürgerschaft aktionsfähig?) Ostern steht vor der Tür. Hinzu kommt noch der drohende Abbau. Er betrifft vielleicht auch beteiligte Lehrkräfte. Alles dieses sind Tatsachen, die die praktische Verwirklichung schon zu Ostern nicht zulassen. Die Eltern verbargen nicht ihren Unwillen, und sie gaben ihm lebhaften Ausdruck.

Dann sprach Herr Köhne-Hamburg, Leiter der Versuchsschule Telemannstr., aus der Praxis der Gemeinschaftsschule. Und nun stieg vor den Zuhörern das farbenfrohe Bild einer lebendigen Gemeinschaft von Kindern, Eltern und Lehrern auf. Es ist nicht möglich, auf diesem uns freundlicherweise zur Verfügung gestellten Platze, auch nur annähernd die Ausführungen Herrn Kohnes wiederzugeben. Im Mittelpunkt des Vortrages stand die Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern. Was hier an sichtbaren Zeichen innerer Verbundenheit zutage tritt, ist bewundernswürdig, umsomehr, als die Mehrzahl der Eltern dem Arbeiterstande angehört. Ich zähle nur auf: Ausgestaltung der Schule zu einem Heim (welche Fülle von gelösten Aufgaben), Schaffung eines Ferienheims in der Lüneburger Heide, Bearbeitung des Schullandes, Ferienreisen für die Kinder, Speisung bedürftiger Kinder (augenblicklich 100 jeden Tag) neben der Schulspeisung, die ihrer beschränkten Mittel wegen nicht alle Kinder erfaßt, Hilfe für erwerbslose Mitglieder der Schulgemeinde, Flickstube, Tischlerwerkstatt, rhythmische Tanzabende auch für Erwachsene, Vortragsabende, Musikabende. Die Aufzählung könnte noch fortgesetzt werden. In reichem Beifall sprach der Dank der aufmerksamen Versammlung sich aus. In jedem der Anwesenden erwuchs wohl der Wunsch, auch Lübeck möge einen Anfang machen. Viele Anfragen wurden noch gestellt. Sie betrafen Zeugnisse, Versetzungen, Uebergangsmöglichkeiten in höhere Schulen u. a.

Während des Vortrags waren Listen herumgereicht. Annähernd 100 Namen weisen sie für diesen Abend auf. Die Eltern sind aber schon jetzt, trotz der Aussichtslosigkeit zu Ostern, zu tätiger Mitarbeit bereit. Und das ist dringender Wunsch des Ausschusses von Lehrern und Lehrerinnen für die Gemeinschaftsschule, noch mehr Eltern möchten sich bereitfinden und helfen, die Widerstände, die dem Plane noch entgegenstehen, zu überwinden. Meldungen sind schriftlich oder mündlich an Herrn A. Grube, Blücherstr. 5 oder 2. Knaben-Mittelschule, Marquardplatz, zu richten. In der nächsten Versammlung, sie findet bereits am Donnerstag, 31. Januar, 8 Uhr abends in der Aula der 1. Knaben-Mittelschule, Glockengießerstraße, statt, werden ebenfalls Anschriften entgegengenommen. Die Eltern werden der wichtigen Tagesordnung wegen: Die innere Einrichtung einer Gemeinschaftsschule, das erste Schuljahr, usw., auch an dieser Stelle eingeladen.

Die Notgemeinschaft für Bestattungen

hatte die Mitglieder zu einer Versammlung einberufen, die recht zahlreich besucht war. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und konnte berichten, daß der Verein mit einem günstigen Kassenbestand abgeschlossen hat. Die Notgemeinschaft hat die gestellten Aufgaben: die Bestattungen der Angehörigen der Mitglieder zu ermöglichen, zu jeder Zeit erfüllen können. Der günstige Abschluß ist der Opferbereitschaft der Mitglieder zu danken. Die eingezahlten Beiträge, die im letzten halben Jahre alle 14 Tage der Geldentwertung angepaßt werden mußten, sind auf dem schnellsten Wege in Sachwerte verwandelt worden. Die Sachwerte bestehen in Beerdigungsmaterial, wie Särge und Einkleidung. Andere Organisationen, wie die größten Beerdigungsinstitute konnten die angelegten Spargelder auf den Banken nicht so günstig verwerten. Alle Spargroschen sind völlig entwertet. Dagegen sind die bei der Notgemeinschaft eingezahlten Beiträge sofort für den bestimmten Zweck angelegt worden.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, machte Herr Kaping den Vorschlag, die Unterstützungseinrichtungen durch Erhöhung der Beiträge, die in den einzelnen Klassen 15, 20 und 25 Pfennig betragen müßten, so auszubauen, daß die gesamten Kosten der Bestattung einschließlich der Beträge, die von der Friedhofsbehörde verlangt werden, gewährt werden können. Die Angehörigen haben bei einem Sterbefall nur den Ausweis vom Arzt zu besorgen. Nach Beschaffung dieses Ausweises werden alle Besorgungen durch die Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft erledigt. Es werden die den Angehörigen zustehenden Unterstützungen von Krankenkassen, Gewerkschaften und anderen Unterstützungseinrichtungen erhoben. Die Einkleidung und Einsargung des Verstorbenen wird in pietätvoller Weise besorgt. Nach Wunsch der Angehörigen erfolgt die Trauerfeier in der Kapelle oder der Leichenhalle. Für die Erdbegräbnisse werden die Kosten der Bezahlung eines B-Grabes durch die Unterstützungseinrichtungen getragen. Bei denjenigen Familien, die schon eine Grabstätte erworben haben, werden die Kosten der Oeffnung und der Behügelung der Grabstätte übernommen. Wenn die Verhandlungen mit den zuständigen Behörden einen günstigen Abschluß finden, können noch weitere Verbesserungen angestrebt werden.

An der Aussprache über diesen Vorschlag beteiligte sich eine ganze Reihe von Mitgliedern. Sie wünschten allseitig, daß die gesamten Kosten übernommen werden, um dadurch den unangenehmen Gang zur Armenbehörde zu ersparen. Die Versammlung beschloß, dem Vorstand und Kontrollausschuß zu empfehlen, die Unterstützungseinrichtungen so auszubauen, daß bei Sterbefällen die gesamten Kosten der Bestattung, einschließlich Bezahlung der Behügelung des Grabes gewährt werden können. Bei Feuerbestattungen werden die Kosten bis auf einen geringen Betrag, der noch von den Angehörigen zu tragen ist, übernommen. Wegen der Höhe der Kosten der Verbrennung, die für Feuerungsmaterial aufgewendet werden müssen, können die gesamten Kosten bei einer Feuerbestattung noch nicht getragen werden.

Nach der allgemeinen Mitgliederversammlung fand die Generalversammlung statt, die sich aus den gewählten Vertretern der Mitglieder zusammengesetzt. Nach Vorlegung des Geschäfts- und Kassenberichts erfolgte die Entlastung des Vorstandes. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Schulz und Lembcke wurden wiedergewählt, ebenso die aus dem Kontrollausschuß ausscheidenden Mitglieder Grube, Trilck und Kaping. Die Generalversammlung beauftragte den Vorstand und Kontrollausschuß die Unterstützungseinrichtungen so auszubauen, wie es die allgemeine Mitglieder-Versammlung empfohlen hat.

G.

Wer mithelfen will,

das Lügengewebe
der bürgerlichen Parteien zu zerreißen,
der zeichne für den

sozialdemokratischen Wahlfonds.

Frauen!

Laßt euch nicht betören und vom Bürgertum einfangen. **Die Kapitalisten** rechnen auf euch, weil sie hoffen, **mit Hilfe der Frauenstimmen** zu siegen. Ihr habt am meisten unter dem Wucher, der Profitsucht der Besitzenden zu leiden gehabt. Die reaktionären Parteien werden wie früher alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Deshalb: **Kampf den Steuerdrückebergern.**

Wählt sozialdemokratisch — die

Liste Ehlers!

Miete vom 1. Februar ab.

20 % Friedensmiete.

Das Einigungsamt schreibt: Der Senat hat beschlossen, für den Monat Februar 1924 von einer Mieterhöhung abzusehen mit Rücksicht darauf, daß eine solche im Hinblick auf die Mietsätze anderer deutscher Länder, die durchweg geringer sind, und auf die Baurichtzahl, die seit dem 1. Dezember 1923 nicht unwesentlich gesunken ist, zurzeit nicht gerechtfertigt erscheint. Es soll vielmehr zunächst abgewartet werden, welche Lasten die dritte Steuernotverordnung etwa dem Grundbesitz auferlegt. Die gesetzliche Miete für Wohnungen ist also bis auf weiteres 20 % der Friedensmiete, vervielfältigt mit dem Goldmarkkurs des Zahltages, nebst dem verhältnismäßigen Abgabenanteil. Für Räume, die zu andern als zu Wohnzwecken vermietet sind, tritt, je nach der Leistungsfähigkeit des Mieters, ein Sonderzuschlag von 0,14 bis 1,4 % der Friedensmiete, mit der Maßgabe, daß die Erhöhung bei wirtschaftlich schwachen Betrieben nicht mehr als 0,14, bei Betrieben, die nicht der Gewerbesteuer unterliegen, nicht mehr als 0,70 % der Friedensmiete betragen soll.

Auch bezüglich der Untermiete erscheint eine Aenderung der Ende November bezw. Anfang Dezember bekanntgegebenen Richtlinien nicht geboten. Unter den derzeit veröffentlichten Voraussetzungen erscheinen in der Regel folgende Sätze angemessen:

Monatlicher Friedenswert des untervermieteten leeren Raumes: 7, 9, 12, 16 oder 20 Mark. Goldmarkgrundbeträge:

1,40	1,80	2,40	3,20	4,—

Dazu treten folgende Zuschläge:

a) für Abnutzung der Einrichtungsgegenstände: 200 % =

2,80	3,60	4,80	6,40	8,—

b) für Reinigung des Zimmers: 250, 200, 175, 150, 125 % =

3,50	3,60	4,20	4,80	5,—

c) für Abnutzung und Reinigung der Wäsche: 200, 200, 175, 150 und 150 % =

2,80	3,60	4,20	4,80	6,—

sodaß sich folgende Monatsbeträge ergeben:

10,50	12,60	15,60	19,20	23,—

Goldmark.

Wenn die untervermieteten Räume von mehreren Personen benutzt werden, erscheint in der Regel eine Erhöhung der obigen Sätze um ¼ angemessen. — Bei Erwerbslosen und sonstigen bedürftigen Untermietern dürfen diese Sätze nur zu ⅔ berechnet werden. —

Strindberg.

(Zu seinem 75. Geburtstage am 22. Januar.)

Der Name Strindberg ist heute schon zum Begriff und Symbol geworden. Es erscheint daher angebracht, die Vorstellung, die sich vielfach mit diesem Namen verbindet, auf ihr rechtes Maß zurückzuführen.

Die ganze Tragik eines Künstlerdaseins, erst nach dem Tode zu einer großen Berühmtheit zu gelangen, hat sich an Strindberg mit besonderer Eindringlichkeit offenbart. Seit seinem Tode im Jahre 1912 ist dieser früher nicht gerade weit bekannte Dichter zu einer beherrschenden Größe in unserem literarischen Leben emporgewachsen. Strindberg zu rühmen und immer wieder auf ihn hinzuweisen, gehört zum guten Tone; allerlei Literaten nähren sich von der geistigen und persönlichen Hinterlassenschaft dieses Dichters, und unseren Theatern gilt er als einer der am eifrigsten gepflegten Modegötzen.

Der Hauptgrund dieser Strindbergmode liegt nicht im unmittelbaren künstlerischen Qualitäten dieses Dichters, sondern in seinem rasenden Bekennerfanatismus, der in seiner bis nahe an die Grenze des Irrsinns geneigerten Monomanie manchmal zu einer grausigen Wucht auftrat. Bei näherem Einsehen erscheint in diesem Fanatismus und seinem anklägerischen Zorne freilich oft an Stelle der ethischen Tiefe der Trotz eines ungebärdigen Kindes. Aber gerade in diesem Trotze fühlen sich viele Stürmer und Dränger unserer jüngsten Dichtergeneration Strindberg verwandt.

Die zünftige Kritik, die ihren Mangel an kritischem Verständnis gern hinter Schlagworten verbirgt, hat auch für Strindberg schnell ein solches Schlagwort gefunden und ihn zum dämonischen Frauenhasser gestempelt. In der Tat klingt der Kampf der Geschlechter durch das ganze Lebenswerk dieses Dichters. Aber richtiger müßte bei ihm von einem grimmigen Menschenhasser gesprochen werden, und es zeugt für seine ganze, nicht nur künstlerische, sondern auch ethische und weltanschauliche Einseitigkeit, daß er mit einer wahren Wollust immer wieder Scheusale des Menschengeschlechts schildert. Gegen die Legende vom Frauenhasser sprechen ebensosehr Gestalten wie der Kapitän im „Totentanz" wie sein bis zuletzt durchzitternder Sehnsuchtsschrei nach der reinen gütigen Erlöserin Frau. Und selbst nach drei Entmutigungen ist noch der sechzigjährige Dichter, wie eine kürzlich erschienene Veröffentlichung „Strindberg im blauen Turm" läßt, auf Freiersfüßen gewandelt.

Daß Strindberg ein Dichter und starker Dramatiker gewesen ist, wird an manchem seiner Stücke, wie dem packenden Einakter „Fräulein Julie", offenkundig. Andere Werke, wie die Trilogie „Nach Damaskus", sind höchstens biographisch und psychologisch, um nicht zu sagen, psychopathisch, zu werten. Zwischen diesen beiden Extremen liegt der größte Teil von Strindbergs dramatischem Lebenswerke, der meistens eine kinomäßig gewaltsame Konstruktion der Handlung aufweist, zwischendurch aber in Einzelzügen, wie etwa der feurig funkelnden Bohemeromantik im „Rausch", die dichterische Qualität seines Schöpfers offenbart.

Weniger bekannt ist heute noch Strindberg als Erzähler. Gerade in der epischen Kunst tritt jedoch der hervorragendste Fehler von Strindbergs Schaffen, sein Mangel an Objektivität, zugunsten einer schärferen Plastik der dargestellten Vorgänge zurück. Charakteristisch dafür sind seine novellistischen Schöpfungen, vor allem seine „Historischen Miniaturen". Während Strindbergs historische Dramen eigenwillig verzerrte Bilderfolgen enthält, die von ihren geschichtlichen Vorbildern kaum mehr als die äußerlichsten Momente, wie Namen und Daten, beibehalten, bestechen die „Historischen Miniaturen" durch ihre in ungemein knapper Form gegebene wahre und anschauliche Charakteristik von Kulturzeitalern und historischen Persönlichkeiten. Die Schilderung des päpstlichen Rom vor der Lutherischen Reformation in der Novelle „Laokoon" oder der Gestalt Peters des Großen in der Novelle „Der Große" ist in dieser Hinsicht lebendiger als manche umfangreiche wissenschaftliche Darstellung.

Frauenbewegung in früherer Zeit.

Man ist heute geneigt, die „Gleichberechtigung", die die Frauen, zumal im Berufsleben, gewonnen haben, als eine Errungenschaft der neuesten Zeit anzusehen. Das ist jedoch ein Irrtum. So war noch im Mittelalter jedes Gewerbe, für das ihre Kräfte reichten, den Frauen zugänglich. Bis etwa zum Ende des 15. Jahrhunderts finden wir die Frauen von keiner Zunft ausgeschlossen oder den männlichen Handwerkern im Rechte nachstehend. Die Zünfte der Bäcker, Kürschner, Wappenschneider, Gürtler, Riemenschneider, Tuchscherer, Lohgerber, Goldspinner, und Goldschläger zeigen zahlreiche weibliche Mitglieder. In den Vorbereitungsgewerben für das Weben überragen die weiblichen Arbeitskräfte die männlichen um das Doppelte. Auch in den höheren geistigen Berufen standen den Frauen viele Wege offen.

Es sei nur an die zahlreichen bedeutenden Klosterfrauen, Aebtissinnen, Dichterinnen und Schriftstellerinnen des Mittelalters erinnert. Auch Aerztinnen finden sich.

Trotzdem kannte infolge des großen Frauenüberschusses auch das Mittelalter eine Frauenfrage: man suchte durch die Klöster und die Beginnenhäuser, deren Insassen sich mit Stricken, Nähen, Spinnen, Krankenpflege beschäftigten, den Frauenüberschuß abzulenken, doch waren viele dieser Stiftungen nur für die Angehörigen höherstehender Familien bestimmt, so daß trotzdem ein großer Teil der Frauen auf Almosen oder als fahrendes Volk auf den Zufallserwerb oder die Prostitution angewiesen war. Die Frauenfrage verschärfte sich dann, als die Gesellen die Frauen aus den Zünften drängten, was durch ihre eigene schlechte wirtschaftliche Lage im 16. Jahrhundert notwendig geworden war. Im 18. Jahrhundert finden wir kaum noch Frauen im Handwerk. Die technisch-wirtschaftliche Umwälzung, die das Aufkommen der Industrie und später der Großindustrie gegen Ende des 18. und im Beginn des 19. Jahrhunderts zur Folge hatte, brachte besonders den Frauen der unteren Klassen zunächst in einer ausgedehnten Hausindustrie, dann in der Fabrikarbeit zahlreiche Erwerbsmöglichkeiten, womit freilich die Frauenfrage, zumal für die Angehörigen der begüterten Schichten, nicht gelöst war.

Die bewußte Arbeit der Frauen für die Ueberwindung ihrer geistigen und leiblichen Nöte in der Gesellschaft setzt mit der Renaissance ein, da das Individualitätsbewußtsein sich stärkt, und findet in der französischen Revolution ihren politischen Ausdruck. Schon in ihrem Beginn treten die Anfänge solcher Bestrebungen hervor; sie sind durch die Schriften des Philosophen Condorcet verbreitet. Die in besonderen Klubs vereinigten Frauen stellen 1789 unter ihrer Führerin Olympe de Gouges der Erklärung der Menschenrechte eine „Erklärung der Frauenrechte" entgegen. Im Jahre 1792 erscheint das berühmte Buch der Engländerin Mary Wellstonecraft: „Verteidigung der Rechte der Frauen", und im gleichen Jahre schreibt auch T. H. von Hippel in Deutschland „Ueber die bürgerliche Verbesserung der Weiber". Seitdem hat die Frauenbewegung, wenn ihr auch immer wieder Hindernisse bereitet wurden, wie zum Beispiel die Unterdrückung der Frauenklubs in Frankreich im Jahre 1793, ja fast unausgesetzt Fortschritte gemacht. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden sie vor allem durch die Werke von Georges Sand gefördert; weitere starke Anregung gab ihr die Schrift des englischen Philosophen John Stuart Mill: „Die Hörigkeit der Frau" im Jahre 1869. In Nordamerika trug die Frauenbewegung von Anfang an einen überwiegend politischen Charakter, da die Frauen schon zur Zeit des Bürgerkriegs auf dem Gebiet des Erwerbslebens und des Bildungswesens vollständige Gleichberechtigung mit dem männlichen Geschlecht erlangt hatten.

Eine faustdicke Lüge.

Im Generalanzeiger vom 30. Januar wird die Tatsache, daß die Firma Thiel u. Söhne im Erzgebirge Arbeiter sucht, als eine faustdicke Lüge bezeichnet. Trotzdem muß in dieser Notiz zugegeben werden, daß die Firma bisher schon 6 bis 8 Spezialarbeiter aus dieser Gegend eingestellt hat. Angeblich sollten sich diese „geübten Arbeitskräfte" nach hierher zwecks Einstellung gewandt haben. Die Sache liegt doch wohl ein klein wenig anders. Nach unserer Information ist der Meister Leichsenring, der selbst aus dem Erzgebirge stammt, in seine Heimat gefahren, um dort Aufträger anzuwerben. Wahrscheinlich ist es ihm nicht geglückt, die genügende Anzahl zu bekommen. Es kann nicht bestritten werden, daß in Lübeck zurzeit noch Aufträger arbeitslos sind, die schon jahrelang diese Arbeit gemacht haben und sicherlich auch jetzt noch imstande wären, die geforderten Ansprüche der Firma Thiel u. Söhne zu befriedigen. Aber man will eben genügsame Leute haben. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß eine Anzahl hiesiger Arbeitskräfte entlassen sind, weil sie angeblich nicht genügend leisteten. Bezeichnend ist ja auch, daß die Firma es nicht für nötig hält, auf die **willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit einzugehen.** Wenn es ihr wirklich daran gelegen wäre, wie es im Generalanzeiger heißt, weitere Arbeitslose zu beschäftigen, so könnte sie das tun, indem sie die gesetzliche 8stündige Arbeitszeit einhält und neue Arbeitskräfte einstellt. Statt dessen hat sie sich an das Gewerbeaufsichtsamt gewandt und beantragt, **daß für 65 Frauen Ueberstunden genehmigt würden. Diese Erlaubnis hat sie erhalten,** für die übrigen Arbeiter hat sie willkürlich die 9stündige Arbeitszeit eingeführt, ohne auch nur den Versuch zu machen, sich mit ihrer Arbeiterschaft zu verständigen.

Am Sonntag wurde in einer überaus stark besuchten Betriebsversammlung dieses Vorgehen der Firma auf das schärfste kritisiert und beschlossen, die tariflichen und gesetzlichen Instanzen anzurufen, um klare Gesetzesbestimmungen, die von der Firma übertreten sind, wieder in Kraft zu setzen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen können hieraus erkennen, was sie von den Leuten, die auf der Liste der Wirtschaftsgemeinschaft vereinigt sind, zu erwarten haben und werden am 10. Februar hoffentlich ihre Konsequenzen hieraus ziehen, indem sie die Liste Gustav Ehlers wählen.

A. Löwigt.

Briefe, die ihn nicht erreichten.

Gegen die Posträuber.

Den vereinten Bemühungen der Reichspostverwaltung und des Postpersonals selbst ist es zu danken, daß in den letzten drei Jahren pflichtvergessene deutsche Postbedienstete, die Briefe aus dem hochvalutarischen Ausland, besonders aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ihres Wertinhalts beraubten (zumeist Bargeld und Schecks), dem Richter zugeführt wurden und daß es mehr und mehr gelungen ist, der Gefährdung des guten Rufes der deutschen Post wirksam entgegenzutreten. Gleichzeitig erfordert aber die Gerechtigkeit, zu sagen, daß sich vielfach die Beraubung und **Entwendung von Auslandsbriefen,** nachweislich garnicht auf deutschem Boden ereigneten. Die Zeugnisse dafür sind der Reichspostverwaltung auch aus den Kreisen der Empfänger und Absender wiederholt zur Verfügung gestellt worden. — So wurden auf dem am 5. November aus Neuyork in Hamburg eingetroffenen Dampfer „Mongolia" der American-Linie von der Schiffsleitung der erste Zimmermann Edward Smith und zwei andere Schiffsbedienstete unter dem Verdacht der Mittäterschaft wegen Postberaubung dingfest gemacht. Von der Briefpostladung, die aus 193 Sack bestand, waren nur noch 186 Sack vorhanden; die fehlenden waren für Hamburg, Bremen, Berlin, Köln und die Bahnposten Gennep-Hannover und Herbesthal-Köln bestimmt. Bis jetzt steht fest das **Fehlen von 2000 eingeschriebenen Briefen,** neben einer großen Menge gewöhnlicher Briefsendungen. Die Sendungen rühren wahrscheinlich in der Hauptsache aus dem Oktober und waren, aus Amerika kommend, nach Deutschland bestimmt. — Eine andere Untersuchung schwebt ferner über große Beraubungen, die im April 1923 auf dem amerikanischen Dampfer „Minnekada" vorgekommen sind.

Kreiskonferenz des Kreises Segeberg.

Sonntag, den 27. Januar fand in Segeberg in der Harmonie eine Kreiskonferenz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für den Kreis Segeberg statt, an der die Delegierten der verschiedenen Ortsgruppen, der Kollege Woldt-Berlin als Vertreter des Verbandsvorstandes, der Gauleiter Tofte-Kiel und 31 Gäste teilnahmen. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Rehder-Sarau, erhielt der Kollege Woldt das Wort zu seinem Vortrage über die augenblickliche Lage. In kurzen Worten führte er die Entwicklung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in der ganzen Welt seit den Jahren 1918 den Anwesenden vor Augen und ging dann zur Kennzeichnung der Haltung der Arbeitgeber in Deutschland über. Wenn die Arbeiterschaft dem jetzigen Bestreben der Arbeitgeber, Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne, wirksam entgegentreten wolle, dann wäre es notwendig, daß jetzt unermüdlich Kleinarbeit betrieben würde. Nur wenn die Landarbeiterschaft ihre Lage erkenne und die richtigen Lehren daraus ziehen würde, könnten wir für die Zukunft vorwärts kommen. Anschließend erstattete der Kollege Tofte Bericht über den augenblicklichen Stand der Lohnbewegung und wies nach, daß die Worte des Kollegen Woldt für uns in der Provinz Schleswig-Holstein ganz besondere Bedeutung hätten. Dann gab der Kreisleiter, Kollege Rann den Bericht für die verflossene Zeit, in dem er erfreulicherweise mitteilen konnte, daß der Kreis Segeberg auch durch die Inflationszeit glatt hindurchgekommen ist und sich gerade in der jetzigen Zeit ganz besondere Fortschritte gezeigt hätten. Diese Fortschritte zu halten, erfordern eine rege Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen. Die anschließende Diskussion, an der sich die Kollegen Wrangel, Hahn, Hüttusen, Freitag, Naumann und Rehder beteiligten, bewegte sich in ruhiger und sachlicher Form. Es kam allgemeine Zustimmung zu den Ausführungen der Referenten zum Ausdruck und wurde von allen Rednern betont, daß es notwendig sei, die zur Einführung gekommenen Beiträge zu zahlen, damit wir auch in finanzieller Hinsicht gewappnet sind. Im Schlußwort wies der Kollege Woldt darauf hin, daß es notwendig sei, auch die Frauen und Jugendlichen für unsere Bewegung zu gewinnen und besonders erst einmal im eigenen Haushalte mit der Aufklärungsarbeit zu beginnen, und jeder einzelne seine Ehre darin sehen müsse, seine Frau und Kinder über die Gewerkschaftsfrage aufzuklären. Erst wenn diese im eigenen Haushalt betrieben sei, könne man Vertrauen zur eigenen Sache bekommen, und nur Vertrauen bringe uns den Sieg. Als Niederschlag der Konferenz wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß das Angebot der Arbeitgeber in der Tariffrage unannehmbar sei und daß sich die Landarbeiterschaft bis auf das äußerste gegen jede Verschlechterung wehren werde. Die Anwesenden verpflichteten sich weiter, in ihren Ortsgruppen eine rege Agitation für den Deutschen Landarbeiter-Verband zu entfalten.

Sodann wurden noch einige geschäftliche Mitteilungen zur Erledigung gebracht. Der Kollege Rehder faßte noch einmal die gefaßten Beschlüsse zusammen und schloß darauf die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Landarbeiter-Verband.

Deutscher Landarbeiter-Verband, Gau 6.

Auf dem Eise eingebrochen ist am Dienstag früh ein Arbeiter in der Nähe des Wasserturmes. Seine immer schwächer werdende Hilferufe hörten die Gärtnerseheleute Hellmann am Wasserweg, deren alsbaldigem Eingreifen der Mann das Leben zu danken hat. Am Sonntag brach ein Knabe ein. Er wurde von zwei Spielgefährten gerettet. Größte Vorsicht beim Betreten des Eises muß stets geübt werden.

Entschiedene Schulreform. Am Freitag, dem 2. Februar, 8 Uhr, spricht in der Aula der Ernestinenschule einer der Hauptführer der „Entschiedenen Schulreform" Prof. Paul Oestreich aus Berlin über „Entschiedene Schulreform als Volkserziehungsaufgabe". Die Schulreform siebt durch die „Gemeinschaftsschule" und die Beratungen über die Selbstverwaltung und Einrichtung der Elternräte mit im Vordergrunde des Interesses weitester Kreise. Wir empfehlen unseren Freunden einen regen Besuch dieses Vortrages, der sich an Eltern und Lehrer wendet. In den Lübeckischen Blättern wird durch eigenartige Glossen eine gewisse Animosität gegen diesen Vortrag und die Schulreform wachgerufen.

Aufruf preußischen Notgeldes. Die Notgeldscheine des Freistaates Preußen über 2,10 Goldmark gleich ½ Dollar nordamerikanischer Währung lautend, werden vom 26. Januar ab vom preußischen Finanzminister zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösung erfolgt binnen Monatsfrist bei der von der Generalstaatskasse hierfür besonders eingerichteten Umtauschstelle (Notgeldstelle des preußischen Finanzministeriums, Berlin, Oranienstraße 106/100). Die Gültigkeit und der Umlauf der übrigen preußischen Notgeldscheine bleiben von diesem Aufruf unberührt. Als Ursache der Aufrufung des preußischen Goldnotgeldes wird das Auftauchen von Fälschungen bezeichnet, die den echten Stücken täuschend ähnlich sind. Die Fälscherwerkstatt arbeitet mit Wasserzeichenpapier und anscheinend auch mit einer gestohlenen Platte.

Der Gartenbauverein Lübeck besteht am 1. Februar fünfzig Jahre. Wie wir aus dem uns überreichten Bericht entnehmen, wurde mit Unterstützung der Ges. z. B. d. Tätigkeit und des Senats bereits 1876 das Versuchsfeld eingerichtet, als dessen Leiter Obergärtner Glüsing seit 1877 zum Vorteil für den Erwerbsgartenbau sowohl wie für den sich immer mehr ausdehnenden Klein- und Siedlungsgartenbau tätig ist. Die während des 46jährigen Bestehens des Versuchsfeldes dort erprobten Gemüse- und Obstsorten betragen viele Tausende. Um nur einige der vom Gartenbauverein im Laufe der langen Reihe von Jahren bearbeiteten Themen zu nennen, sei auf seine Bestrebung betr. den **Vogelschutz,** der Entwicklung **der öffentlichen Anlagen in Lübeck,** die erfolgreiche Verbesserung der **Landpachtkontrakte für die Kleingärten,** die veranstalteten großen **Ausstellungen** in den Jahren 1881 im Tivoli, 1889, die Chrysanthemumausstellung 1892, die Rosenausstellung anläßlich des Kongresses der Rosenfreunde 1893, und die große Ausstellung 1911 in den Stadthallen. Außerdem beteiligte sich der Verein 1894 an der Obst- und Gartenbauausstellung in St. Petersburg, wo unter anderem dem hiesigen Versuchsfeld ein Preis für Obstwein zuerkannt wurde. 1898 wurde die **Blumenpflege** durch Schulkinder und die **Schädlingsbekämpfung** in das Arbeitsprogramm aufgenommen und durchgeführt. Eine lose Sektion innerhalb des Vereins bearbeitet alle Obstbauangelegenheiten. Beratungen und Unterweisungen über Gartenbau werden nach wie vor an alle Interessenten, auch an Nichtmitglieder bereitwilligst erteilt. Der Verein beschließt sein 50. Geschäftsjahr mit einem Mitgliederbestand von 160 Personen. Zur Feier des Tages findet am 1. Februar, abends 7½ Uhr, eine Festsitzung im Hause der Gemeinnützigen statt, zu der alle Freunde des Gartenbaues freien Zutritt haben.

Vgr.

Aus dem Polizeibericht. Wegen Vergehen bezw. Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurde ein Kaufmann aus Kurland festgenommen. — In der Nacht zum Sonntag wurde auf einem in der Nähe von Stockelsdorf gelegenen Hof ein Einbruchdiebstahl ausgeführt, bei dem den Dieben 4 Jungschweine und 16 Hühner in die Hände fielen. Trotzdem der Diebstahl bemerkt und die Täter von mehreren Personen mit Hunden verfolgt wurden, gelang es den letzteren, mit ihrer Beute zu entkommen. — Wegen Betruges wurden zwei hier wohnhafte Kaufleute festgenommen. Sie hatten sich Briefbögen und Kuverts mit den Namen einer Firma „Lorst & Luckmann", Vertretungen erster Firmen mit Abteilungen für Lebensmittel, Tabakwaren und Spirituosen drucken lassen, um sich auf diese Weise Kredite verschaffen zu können. So haben sie beispielsweise bei einer Kohlenfirma einen größeren Posten Feuerung bestellt, und sofort unter Einkaufspreis wieder verkauft. — In einem Hause der Kronsforder Allee wurde ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt, bei dem den Dieben über 30 große und 36 kleine Messer mit Elfenbeingriffen, ½ Dtzd. kleine und ½ Dtzd. große Messer, 1 Dtzd. silberne vergoldete Mokkalöffel, 15 Paar Fischbestecke, Serviettenringe, 1 Medaillon, eine Korallenkette, 1 Decke aus weißem Atlas mit den Wappen sämtlicher Staaten, 24 kleine Obstmesser und Gabeln mit Perlmuttergriff und vergoldeter Klinge sowie 2 kleine viereckige Vasen mit bronzenen Untersätzen in die Hände gefallen sind. — Einer in der Pfaffenstraße wohnhaften Frau ist, wahrscheinlich als sie sich auf dem Eis der Wakenitz befand, eine Damenbrieftasche abhandengekommen. In der Brieftasche befanden sich eine Brillantbrosche mit Kleeblättern und roten Rubinen verziert, 20 Goldmark und 4 Eintrittskarten für das hiesige Stadttheater. — Dem Steuermann eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers ist von Bord seines Schiffes ein Schlüpfer gestohlen worden. — Einem in der Brockesstraße wohnhaften Kaufmanne sind ca. 12 Meter Popelin, ca. 70 Meter Schotten und 2 Kinderkittel von einem sogenannten Luftklappendieb aus der Auslage seines Schaufensters gestohlen worden. — In den letzten Tagen ist hier ein Schwindler aufgetreten, der bei einem Zigarettenhändler erschienen war, und sich von dem eine Probe-Zigarette unter der Vorgabe erbeten hatte, er wäre in der Lage, größere Mengen Zigaretten an ihm befreundete Zigarettenhändler absetzen zu können. Er ließ sich darauf dreitausend Stück Zigaretten geben, um diese angeblich an seine Besteller abzuliefern. Einen von dem Zigarettenhändler mitgegebenen Boten mußte der Schwindler unterwegs zu verletzen, worauf er mit seiner Beute auf Nimmerwiedersehen verschwand. — Bei Rotenhusen sind mehrere Buden erbrochen und aus denselben div. Sachen wie Gabeln, Messer, Töpfe, Teller usw. gestohlen, und aus dem Keller eines Grundstückes in der Hohelandstraße unter Anwendung eines Dietrichs 100 Flaschen Rot-, Mosel- und Rheinwein, Schwedenpunsch, Aquavit, Kognak und Portwein verschiedener Marken gestohlen worden.

w. **Travemünde.** Sonntag nachmittag fand im Kolosseum eine **außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins** statt. Ueber die kommende Bürgerschaftswahl sprach Parteisekretär Gen. Weiß. Redner erörterte die Stellungnahme der Fraktion zu den verschiedensten Fragen der letzten Jahre und zeigte, daß die Fraktion niemals die Staatsnotwendigkeiten verneint hätte, während die bürgerlichen Parteien ihre Privatinteressen durch ihre Mandate zu fördern suchten. Dies sprach am deutlichsten Herr Senator Kalkbrenner aus. Der Redner erinnerte ferner daran, daß 1919 niemand die Sozialdemokratie gehindert hätte, auch eine sozialdemokratische Senatsmehrheit zu bilden, um so mehr müßte es befremden, wenn man jetzt sage, mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Senate arbeite man nicht zusammen. Die ganze Hetze gegen die Sozialdemokratie ist weiter nichts als die Furcht, daß die Steuerpolitik der Sozialdemokratie den Geldbeutel der besitzenden Klasse erleichtern könnte. Dies muß ganz besonders betont werden. Mit der KPD. sei kein Zusammenarbeiten möglich, das beweise Sachsen und Thüringen leider nur zu deutlich. So stehe die Sozialdemokratie im Kampfe gegen rechts und links. Alle Kräfte zusammengefaßt, dann brauche man, trotz Volksentscheid, um das Ergebnis des 10 Februar nicht besorgt zu sein. Lebhafter Beifall dankte dem Redner. An der Aussprache beteiligten sich die Gen. Möller, Hagelstein sen. und Hagelstein jun. Zur regen Mitarbeit auffordernd schloß Gen. Litzendorf die gutbesuchte Versammlung. — Anschließend fand eine Versammlung der tätigen Genossen und eine Sitzung des Vorstandes statt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdem. Verein. 6. Distrikt. Donnerstag, den 31. Jan., abends 7½ Uhr, in der Schule Kahlhorststr.

Asbn. Heute abend, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Gen. Mehrlein spricht über: „Die Bürgerschaftswahl".

Stadt-Theater. Donnerstag zum letzten Male: „Der Rosenkavalier". Freitag das amüsante Gastspiel von Rößler und Heller: „Im Klubsessel". Sonnabend zum letzten Male; „Zar und Zimmermann".

Hansa-Theater. „Die Bacchusnacht", Operette in 3 Akten von Granichstaedten kann nur noch Mittwoch und Donnerstag gegeben werden. Freitag gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit „Die Bajadere" mit den Gästen Ludwig Ziegler als „Prinz" und Rosa Hartmann als „Odette" zur Aufführung.

Dichterabende. Lesehalle Mengstr. 28, II. Nächster Vortrag Freitag, den 1. Februar, 8 Uhr. Stifter: Schneelandschaft. Gedichte von Keller, Heine, Stefan, George.

Die Volkshochschule.

Sozialpolitische Betrachtungen über die Grundlagen wissenschaftlicher Betriebsführung.

III.

Die Eingliederung in die kulturelle und soziale Entwicklung der Menschheit.

Fr. Taylor selbst steht auf dem sozial-ethisch wohlbegründeten Standpunkt, daß jede Arbeitsverbesserung nicht nur dem Unternehmer und dem Arbeiter, sondern auch dem ganzen Volke, den Verbrauchern in ihrer Gesamtheit, zugute kommen solle. Es blieb nun dem Taylorschen System ebensowenig erspart, wie jeder anderen großzügigen Idee und jedem Kulturfortschritt, daß ausbeuterische Profitgier versuchte, den Segen, den es für das Volksganze stiften könnte, in einen Fluch für die wirtschaftlich Schwachen umzuwandeln. Denn schließlich ist die Wirtschaft nicht ihrer selbst willen da, sondern um der Menschen willen. Eine Arbeitsorganisation darf nicht zur Zerstörung von Persönlichkeiten führen. Nicht nur im Interesse der Kultur, sondern auch im Interesse der Wirtschaft, deren Fortschritt in einer an Persönlichkeiten armen Welt zum Stillstand kommen muß. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es Menschenart ist, sich über alles, was neu ist, zu beklagen und sich der Einführung von Neuheiten jeder Art entgegen zu stellen, besonders dann, wenn es sich um eine Aenderung von Arbeitsgewohnheiten handelt. Es muß dem Arbeiter fast jede Verbesserung und Vervollkommnung einer Sache beinahe aufgezwungen werden, denn er setzt derselben zum mindesten unüberlegt einen passiven, wenn nicht gar offenen Widerstand entgegen. Der Erfolg einer Organisation der Arbeit, also auch des Taylor-Systems ist umso größer, je begeisterter die gesamten Arbeiter dafür eintreten. Hier sei an die Worte Taylors, in bezug auf die Gewinnung der Arbeiter erinnert: „Machen Sie den Arbeiter zu Ihrem Freund und meinen sie es ehrlich und aufrichtig mit dieser Freundschaft. Erst wenn dieser Geist in Ihren Betrieb eingezogen ist, erst wenn Sie Ihren Arbeitern durch die Tat bewiesen haben, daß Ihr Vorteil auch der Seine ist, wird er Ihnen freiwillig und ungezwungen helfen, die Grundsätze der wissenschaftlichen Betriebsführung durchzuführen." In der Leitung des Personals dürfen die persönlichen Momente als Band zwischen Arbeitnehmer und Vorgesetzten nicht fehlen. Der sich mit den Leuten nur in herablassender Weise unterhaltende Leiter wird über die wirklichen Gedanken und Gefühle seiner Arbeiter nie unterrichtet werden. Sie lassen sich auch viel eher von einem Meister tadeln, der ein Herz für seine Arbeiter hat und Interesse an ihren kleinen Freuden und Sorgen des täglichen Lebens nimmt, als von einem solchen, der Tag für Tag ohne ein freundliches Wort zu sagen, an ihnen vorbeigeht und die arbeitenden Menschen als Maschinen ansieht und behandelt.

Wenn nun auch beim Taylor-System durch die Produktionssteigerung eine größere Anzahl von Arbeitskräften überflüssig werden, und demnach zeitweise mehr Arbeitslose entstehen, man ziehe zum Vergleich hierzu auch das Zeitalter der Einführung der Maschinen heran, so täusche man sich hierdurch aber nicht. Diese Arbeitslosen bilden die sogenannte große industrielle Reservearmee und sind nach Marx die Folgeerscheinung der fehlerhaften kapitalistischen Produktionsweise, das charakteristische Sinnbild des herrschenden Elends. Aber andererseits werden sie jetzt sofort auch wieder gebraucht, weil durch die Verbilligung der Produkte zu gleicher Zeit der Umsatz und damit die Nachfrage und folglich auch die Unternehmungslust steigt. Mit der vergrößerten Unternehmungslust vermehrt sich aber auch entsprechend die Zahl der verdienenden und damit konsumierenden Arbeitermassen. So ist also der Kreislauf geschlossen und bietet theoretisch also diese Arbeitsmethode auch noch zugleich die produktivste Arbeitslosen-Fürsorge. Demnach eröffnet das Taylor-System mit seiner vermehrten Zahl von Meisterstellen und sonstigen Beamten manche „freie Bahn dem Tüchtigen", erfüllt also eine der freiheitlichsten Zeitforderungen, denn der Bedarf an tüchtigen und geistigbefähigten Männern war nie so groß wie unter dem neuen System. Und die moderne Arbeitsteilung gibt allen Gelegenheit, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Es ist nun eigentlich überflüssig, sich mit den vielleicht möglichen Entwicklungsformen der Wirtschaft zu befassen. Einmal läßt sich die natürliche Entwicklung, die gegenwärtig unbedingt zur Taylorisierung hinstrebt, doch nicht hemmen und zum andern liegt es auch im Interesse des ganzen Volkes die schon seit längerer Zeit bestehende Wirtschaftskrise zu beseitigen. Dieses ist aber nur möglich durch bessere Entlohnung, vermehrte Arbeit, durch gesteigerte Produktion, durch Schaffung von positiven Werten. Nicht Worte, sondern Taten müssen den wichtigsten Faktoren des Wirtschaftslebens, den Arbeitnehmern, die ehrliche Zusammenarbeit mit den Unternehmern garantieren. Das Verhältnis des Menschen zur Arbeit ist im selben Maße anders geworden, wie sich die wirtschaftlichen und technischen Bedingungen geändert haben. Beim Handwerk gibt der Arbeiter seinem Werk alles mit, was an körperlicher und geistiger Kraft zu dessen Herstellung nötig ist. Das wurde im Laufe der

Zeit anders in der Manufaktur und wiederum anders in der modernen Industrie. Der einzelne Arbeiter bekam ein immer geringeres Stück des Gesamtwerkes in die Hand und immer geringer wurde namentlich sein geistiger Anteil an dem Ganzen. Die geistige Arbeit lag in der Maschine und bei der Betriebsleitung. Das Taylor-System ist nun ohne Frage ein weiterer Schritt auf diesem Wege, der notwendig gegeben ist mit dem Streben, die Arbeit ergiebiger zu machen, d. h. bei möglichst geringem Kraftaufwand möglichst viel zu erzeugen. Dieserhalb verdient nun das Taylor-System aber keine Anklage, wenn nur andererseits die nötigen Gegenmaßregeln getroffen werden, um die Arbeiter in ihrer Freizeit wieder als Mensch aufzurichten, um bei ihnen Verständnis für die Arbeit und Freude am Beruf zu schaffen, um durch Anteilnahme am Kulturleben den Geist und die Lebensfreude zu erhalten. Es sind nun einmal die Menschen mit verschiedenen Eigenschaften, besonders also auch inneren geboren, und jeder Versuch, sie völlig gleich zu machen, verstößt gegen die Naturgesetze.

Einer späteren, geistig höher stehenden Generation wird der Dienst der Arbeit Wissenschaft und zugleich auch Pflicht gegen die Allgemeinheit sein. Nur ein geringer Teil des Tages wird diese völlige Hingabe an die Arbeit zur Erhaltung der Gesellschaft beanspruchen, den weitaus größten Teil des Tages werden sie ihren privaten Neigungen widmen können. Nicht Vereinzelte nur, nein die Gesamtheit wird Nutznießer der geschaffenen Kulturwerte und damit Kulturträger selbst sein.

Das Taylor-System ist auch ein weiterer begrüßenswerter Schritt auf dem Wege der Arbeitsteilung und der Trennung von geistiger und physischer Arbeit. Die Arbeitsteilung ist die stete Begleiterin der menschlichen Geschichte gewesen. Auf dem Prinzip der Arbeitsteilung ruhen der Menschheit große Errungenschaften, ruht letzten Endes die ganze Kultur. Der Fortschritt der Arbeitsleistung hat nun in den letzten Jahrhunderten sicher doch kein kulturelles, moralisches und soziales Sinken der Arbeitsklasse bedeutet sondern im Gegenteil diese erst der Durchdringung mit den Kulturschätzen fähig gemacht. Die Entwicklung steuert ohne Frage dahin, daß der eigentliche Beruf des Menschen sein Leben nicht voll ausfüllt. Der Beruf wird zum Dienst für die Gesellschaft und das Volksganze. Die notwendige Ergänzung muß die einzelne Persönlichkeit in Nebenbeschäftigungen und Liebhabereien zu suchen finden. Denn die Einförmigkeit der Arbeit wird bleiben, es gilt die Einförmigkeit des Lebens zu mildern. Und einer dieser Wege ist auch die Vorbedingung des Taylorsystems mit einer bodenreformerischen Wohnungs- und Siedlungspolitik, die den Arbeitern die Möglichkeit gibt, die im Berufe brach liegenden und der mit der Verkümmerung ausgesetzten Nerven und Muskeln außerhalb der Berufsarbeit in entsprechender Weise zu stärken und auszugleichen. Wer von dem wahrhaften Glauben an die wachsende Vervollkommnung unseres Geschlechts erfüllt ist, der muß hoffen, daß wir durch alle Irrwege hindurch in unablässigem Ringen jenem Schnittpunkte doch immer näher rücken, in dem das Wohlergehen der Gesamtheit auch mit dem Glück und der Freiheit des Einzelnen zusammenfällt. Allein wir wollen nicht nur hoffen, wir haben, jeder an seiner Stelle, die Pflicht zur Erreichung dieses Zieles mit tätig zu sein. Wenn wir nun freilich die bisherige kulturelle Entwicklung mit der sozialen Entwicklung der Menschheit vergleichen, so müssen wir sagen, daß beide sehr ungleich verlaufen. Der kulturelle Aufstieg hat den sozialen Aufstieg weit überholt und die sozialen Fortschritte haben mit den arbeitstechnischen nicht immer gleichen Schritt gehalten.

Hier ist freilich auch gleich zu erwähnen, daß im heutigen industriellen Leben die Wohlfahrtseinrichtungen alten Schlages nur Sinn als Zweckmäßigkeitseinrichtungen haben. Denn der Arbeiter von heutzutage bringt dieser patriarchalisch caritativen Fürsorge doch nur wenig Verständnis entgegen: er will im allgemeinen die unmittelbaren Früchte seiner Arbeit genießen.

Ein Produktionssystem, das nicht nur wirtschaftliche Förderung, sondern auch die Wohlfahrt der menschlichen Arbeitskräfte erstrebt, hat daher Gesundheit und Lebensglück des Arbeiters, technische und menschliche Wirtschaftlichkeit des Arbeitsvorganges, besonders die spezielle Eignung des Arbeiters zu beachten, denn durch Zeit- und Bewegungsstudien die Leistung steigern, dabei aber Eignung und andere wichtige psychologische Einflüsse vernachlässigen, heißt halbe Arbeit tun, wird vielfach mißverstanden und demnach unbedingt schädlich wirken

Sch.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Freigabe der Dänenblätter. Amtlich wird gemeldet: Das im November v. Js. erlassene Verbot der „Neuen Flensburger Zeitung" (Flensburg), der „Neuen Schleswiger Zeitung" (Schleswig) und des „Schleswiger" (Niebüll) ist aufgehoben worden, so daß die Blätter wieder erscheinen. — Verboten wurden die Blätter wegen angeblicher Losreißungsbestrebungen. Als die Redaktionen eine diesbezügliche Loyalitätserklärung abgegeben hatten, hätte loyalerweise auch das Verbot aufgehoben werden müssen. Der Kopenhagener Gesandte v. Mutius wird, weil er in persönlichem Vortrag beim Außenminister die Aufhebung vertrat, deshalb von der „Kreuzzeitung" zu einem „roten Diplomaten" ernannt. Er darf sich trösten. Das Verbot ist nämlich aufgehoben worden, nachdem der rote Außenminister Stresemann den roten Chef der Heeresleitung und Inhaber der vollziehenden Gewalt, Herrn v. Seeckt, von der Notwendigkeit überzeugt hat.

v. **Harburg.** Opfer kommunistischer Hetze. Die Strafkammer des Landgerichts Stade verhandelte in viertägiger Sitzung in Harburg über die schweren Unruhen, die besonders am 24. Oktober v. Js. ausbrachen und zu einem wilden Generalstreik führten, der 15 000—18 000 Arbeiter auf die Straße warf. Als Angeklagte erschienen die Arbeiter Haase, der Schlosser Laqua, der Arbeiter Bohmann und der Arbeiter Langeheine. Die Anklage wirft ihnen vor, sich an den Unruhetagen als Rädelsführer oder als Aufrührer betätigt zu haben. Die Erklärung aller, daß sie mit politische Parteien nichts zu tun hätten (Bohmann sagt: „So'n Kram kenn ich nicht!), lassen so ganz und gar nichts von einem wildgewordenen „Revolutionär" erkennen. Die wirklich Schuldigen an den Zusammenstößen sitzen ja auch gar nicht auf der Anklagebank. Die entsetzliche Teuerung beunruhigte damals die Arbeiterschaft stark. Litten schon die Arbeitenden stark unter dem Drucke der Not, um wieviel mehr erst die Erwerbslosen. Unverantwortlich aber war es, daß die Not von Aposteln des Kommunismus in unverantwortlicher Weise parteipolitisch zum Vorwand dienen mußte, die Erregung künstlich zu schüren. Am 22. Oktober fing es an. Erwerbslose besuchten Bäcker und Fleischer, die unter dem Drucke der Menge auch Lebensmittel umsonst verabfolgten. Beteiligt waren insbesondere Jugendliche. Auch Zigarrengeschäfte wurden um Gaben ersucht. Die Polizei wurde um Schutz gebeten und schritt ein. Der inzwischen gebildete „Aktionsausschuß" ersuchte um Zurückziehung der Polizei; man glaubte, der Bewegung selbst Herr werden zu können. Am 23. kam es wieder zu größeren Ansammlungen auf dem Sande. Wie Major Kruse darlegte, hatten die Beamten Anweisung, aus Rücksicht auf die Not nur in dringenden Fällen von der blanken Waffe Gebrauch zu machen, Blutvergießen solle vermieden werden. Alle Langmut habe aber nichts genützt; die Beamten wurden gereizt und herausgefordert. Abends wieder Aufläufe. Der bedingte Generalstreik wurde (unter dem Drucke der Straße. Red.) beschlossen. Am 24. morgens, als gerade Vertreter des Aktionsausschusses beim Polizeidirektor waren, kamen Hilferufe. Wagen waren umgeworfen, man riß Pflastersteine auf, die Hauptwache an der Marienstraße wurde angegriffen und mit Steinen bombardiert. Aus der Menge fielen Schüsse. Ein großer Trupp machte, fortgesetzt von Haase angefeuert einen Sturm auf die schwachbesetzte Rathauswache, die stark mit großen Steinen bombardiert wurde. Nach Eintreffen verstärkter Polizeimannschaften kam es in mehreren Straßen zu heftigen gegenseitigen Feuergefechten, auch aus Häusern wurde auf die Polizei geschossen. Die Polizi hatte keine Verluste. Getötet wurden 5, verwundet 16 Zivilisten. Die ersten vier Angeklagten wurden der schweren Beteiligung bei dem Sturm der Wache überführt und zu 2 Jahren, 1 Jahr 3 Monaten bezw. 9 Monaten, Kloß der Mittäterschaft beim Barrikadenbau überführt und zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Winsen a. Luhe. Furchtbare Tat einer Mutter. Die in der Bahnhofstraße wohnende Frau des Heizers Mohrmann hat ihren Sohn im Alter von einem Jahr und ihre drei Töchter im Alter von 3—11 Jahren erhängt und sich dann auf gleiche Weise umgebracht. Zerrüttete Familienverhältnisse sollen die Frau zu dieser Verzweiflungstat veranlaßt haben. Als der Heizer Mohrmann heimkehrte, gab die dreijährige Tochter noch schwache Lebenszeichen von sich.

Vermischte Nachrichten.

Das Falschgeldunwesen. Seit dem 1. Januar sind in Berlin allein nicht weniger als 170 Personen wegen Herstellung und Verausgabung falscher Geldscheine festgenommen worden. Ein Teil, der freigelassen war, wurde alsbald zum zweitenmal ergriffen. Zu den Verhafteten gehört auch ein Händler Kurt Binder, der früher schon als Einbrecher in einer berüchtigten Kolonne mit seinen Brüdern eine große Rolle spielte. Kurt Binder sattelte nach der Sprengung dieser Bande um, und war im Jahre 1919 schon einmal in eine Falschmünzersache verwickelt, wurde aber vom Schwurgericht freigesprochen, während die Mitverhafteten zu schweren Strafen verurteilt wurden. Jetzt hatte er in der Wohnung seiner Geliebten Marie Hildebrand in der Pankstraße eine Falschmünzerwerkstatt eingerichtet. Kriminalbeamte des Polizeiamtes Wedding kamen ihm hier auf die Spur, nahmen ihn und seine Geliebte fest und beschlagnahmten außer der Druckmaschine und einer Menge Papier nicht weniger als 600 Bogen Preußendollar zu 4,20 Goldmark.

Aus gebildeten Kreisen. In Wien hat man kürzlich ein Sadistenheim ausgehoben. Als seine Stammgäste wurden und werden, wie die „Frkf. Ztg." berichtet, Mitglieder der besten Wiener Gesellschaft verhaftet. Die leidenden Teilnehmer waren Halbwüchsige Knaben und Mädchen, die vermeinten, sie würden begangener Aufgabenfehler wegen von ihrer gestrengen Gouvernantin im Beisein einer Lehrerkommission aus würdigen Herren je nach dem Maß ihrer kleinen Sünden mit Ruten, geknoteten Schnüren und Ledergeißeln geschlagen. Daß die Kontrollpersonen nach vollzogener Strafe sie streichelten, zu trösten suchten und Bonbons unter sie verteilten, bestärkte sie nur in ihrer harmlosen Auffassung. Vor dem der Kinderseele Schädlichsten und leider auch so Häufigen, vor dem Gefühle ungerecht erlittener Züchtigung blieben sie bewahrt; bewahrt auch vor dem Bewußtsein, einer wollüstigen Schaustellung gedient zu haben. Angehörige der verschiedensten Berufsklassen fanden sich unter den Zusehern oder Verdächtigten, so der Sohn eines Ministers der k. k. Monarchie, konservativen Schriftstellers und Politikers. Meist waren es **Intellektuelle der oberen Stände, Großkaufleute, Aristokraten, ein Universitätsdozent** — manche von ihnen glücklichst vermählte Familienväter; durchwegs aber vermögende Personen. Denn die gesellschaftlich und geschäftlich gleich tüchtige „Dominatrix", wie die gravierte Inschrift im Silbergriff der Votivpeitsche eines Stammkunden besagt, die vornehme und smarte Leiterin jenes sonderbaren pädagogischen Instituts — in „Baronin Kadewe" hatte sie ihren bürgerlichen Namen Kadinetz verwandelt — erhob ebenso vornehme und smarte Eintrittspreise: Von einer halben Kronenmillion aufwärts. Bei der in Wien eigentümlichen und für die Menschlichkeit seiner Bewohner zeugenden Kinderliebe ist die Empörung nach der Aufdeckung allgemein.

Briefkasten.

P. T. Die guten Nachbarn werden an den Paragraphen 180 des Strafgesetzbuches denken, worin es heißt: „Wer durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird mit Gefängnis bestraft." Davon kann bei Ihnen doch keine Rede sein. Die Hausordnung in den Häusern wird zwischen Vermieter und Mieter vereinbart, dabei ist auch die Zeit, wann die Haustür geschlossen wird, zu bestimmen.

Marktberichte.

Heu und Stroh. Hamburg, 29. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, lose, 1.70, dto. gepreßt 2,70, Getreidestroh, gebündelt, 0.80, dto. gepreßt 1,—, (alles je Zentner in Rentenmark, frei Waggon inkl. Verladestation, exkl. Deckenmiete). Tendenz: ruhig.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Furagehandels. Hamburg, 29. Januar. Hafer 8,75, Mischfutter 7,75, Häcksel 3,75, Wiesenheu 5 Mk., Preßstroh 3,75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Kälber. Hamburg, 29. Januar. Es wurde gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: Feinste Mastkälber 0,70 bis 0,80 G.-M., mittlere Mastkälber 0,60—066, G.-M., geringere Kälber 0,35—0,50 G.-M., nüchterne Kälber 0,20—0,30 G.-M., Zufuhr: 1254 Kälber.

Schweine. Hamburg, 29. Januar. Es wurde gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: Beste Fettschweine über 250 Pfund 0,51—0,52 Goldmark, mittelschwere Ware über 220 Pfund 0,50—0,51 Goldmark, gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 0,47—0,50 Goldmark, geringere Ware 0 40—0,46 Goldmark, beste Sauen 0,48—0,48 Goldmark. Marktzufuhr: 5640 Schweine. Der Handel war mit Kälbern langsam, mit Schweinen flau.

Rückgang der Butterpreise in — Schweden. Die Butternotierung in Schweden ist für diese Woche auf 3,01 Kronen festgestellt worden gegen 3.12 Kronen in der Vorwoche. Im Anschluß hieran ist der Kleinhandelspreis von 3,95 Kronen auf 3,85 Kronen für das Kilogramm prima Ware herabgesetzt worden.

11079

Spanetti

die beste Milch-Schokolade

Amtlicher Teil

Forstrevier Ritzerau. Bezirk Ritzerau.

Holzverkauf

am **Montag, den 4. Februar 1924,** von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von **Scheel, Ritzerau,** aus den Forstorten Manau, Dachsberg, Peperland, Hohenholz, Gördelin, Langenstücken, Grünrade, Steinbruch, Mannhagen, Fuchsberg, Steinbalken, Schamsack, Birkenbusch und Gerkenberg:

bei beschränkter Konkurrenz nur für die Lübeckischen Gemeinden (11262

205 Haufen Eichen-, Buchen-, und Weichholz-Busch,	Nr. 1—225.
bei freier Konkurrenz: 39 rm Eichen-Pfähle, 1,80 und 2 m lang	

Ritzerau, im Januar 1924. **Der Oberförster.**

Forstrevier Ritzerau. Bezirk Ritzerau.

Holzverkauf

am **Dienstag, den 5. Februar d. Js.,** von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von **Päst, Ruße,** aus den Forstorten, Manau, Peperland, Hohenholz, Gördelin, Langenstücken, Grünrade, Steinbruch, Mannhagen, Sieggrün, Fuchsberg, Schmiedebusch, Steinbalken, Birkenbusch, Gerkenberg und Gr. Silkendorf bei freier Konkurrenz: (11263

216½ rm Eichen-Kluft u. -Knüppel	Nr. 1—588
1296 „ Buchen „ „	
115½ „ Eichen „ „	
34 „ Weichholz-Knüppel	

Ritzerau, im Januar 1924. **Der Oberförster.**

Forstrevier Israelsdorf.

Holzverkauf

am Freitag, den 1. Februar ds. Js. im **Lindenhof** zu **Israelsdorf.**

1) **Bezirk Alt-Lauerhof,** ab 9,30 vorm. Forstorte: Kegel und Hufe. (Holz Nr. 1—39, 936—1087). 420 St. Fichten-Stangen I.—IV. Kl.; 148 rm Nadelholz Kluft und Knüppel; 27 Hfn. Nadelholz Stangenbusch; 1 Hfn. Nadelholz Stangen = 4 rm; 5 Hfn. Laubholz Busch; 96 rm Nadelholz Rollen, 1 m, 2 m und 2,40 m lang.

2) **Bezirk Wesloe,** ab 2,30 Uhr nachm. Forstorte: Fuchsberg, Wesloer Moor, Frankland u. Schwerin. (Holz Nr. 2431—2633). 22 rm Hartholz Kluft u. Knüppel; 14 rm Erlen Rollen, 2 m lang, 132 rm Birken und Erlen Kluft und Knüppel; 13 rm Fichten Rollen, 1 und 2 m lang; 5 rm Fichten Pfähle, 2 m lang; 17 rm Fichten Kluft u. Knüppel; 135 Haufen Laubholz Busch.

Listen werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilen die Dienststellen zu Alt-Lauerhof u. Wesloe.

Waldhusen, im Januar 1924.

11261) **Der Revierförster.**

Kronsforder Forstrevier. Bezirk Wulfsdorf.

Holzverkauf

am **Donnerstag, dem 7. Februar 1924,** vorm. 10 Uhr, in der Gastwirtschaft **Lüth** in **Wulfsdorf** aus dem Forstort **Heidberg:** 1 Eichen-Stamm III. Kl. 0,55 fm, 30 Eichen-Pfähle, 2 m lang. 1 rm Kirschen-Kluft, 1 rm Kiefern-Knüppel, 21 Haufen Laubholz- und Nadelholz-Busch. Aus dem Forstort **Scheidebusch:** 2 Eichen-Stämme II. u. III. Kl., 2,60 fm, 15 Eichen-Pfähle, 2 m lang. 15 rm Eichen-Pfähle, 2 m lang, 8 rm Eichen-Kluft u. -Knüppel. 265 Fichten-Stangen II.—V. Kl., 26 Haufen Laubholz-Busch. Aus dem Forstort **Haarade:** 6 Buchen-Stämme I.—III. Kl., 6,52 fm, 2 rm Eichen-Pfähle, 2 m lang, 3 rm Buchen-Nutzkluft, 59 rm Buchen- und Kiefern-Kluft und -Knüppel, 33 Haufen Laubholz- und Nadelholz-Busch. Aus dem Forstort **Vorbeckskriehe:** 1 Eichen-Deichsel u. 8 rm Eichen-Pfähle, 2 m lang. Brennholz nur an Lübecker für eigenen Hausbrand. Am Auktionstage keine Abfuhr. Verzeichnisse werden nicht ausgegeben.

Kronsforde, im Januar 1924.

11274) **Der Revierförster.**

Nichtamtlicher Teil

Am 28. d. M. starb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Maschinenbau-Ingenieur (11276

Victor Hillegaart

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Angestellten der Brückenbau Flender A.-G.

Gr. 2-Z.-Wohnung zu tauschen geg. gl. Kanalstr. od. Wakenitzm. Ang. unt. **C 627** a. d. Exp. (11275

Suche 4—5-Zimmerwohn. geg. gt. 3-Zimmerwohn. m. Balk. z. tausch. 11267) Ludwigstr. 61.

Ein gut erhalt. Klappsportwagen ohne Verdeck bill. zu verkaufen. (11277 Steinstraße 11, part.

Kl. Kanonen-Ofen z. verk. 11269) Depenau 4.

Billig zu verk. 1 schw. Paletot f. ält. Herrn, Pr. 10 G.-M. Wickedestr. 42 I. (11268)

1 Paar D.-St. Gr. 39, Spangensch. Gr. 38 und 1 Klappsportwagen zu verkaufen. Schwartau Lübeckerstr. 54. (11286

Heute prima Ferkel zu verkaufen. Ernststr. 12 (11281)

Gasa-Tisch zu verkaufen. Fleischhauerstr. 26 I. (11284)

Legehühner 11271 jede Anzahl für hohen Preis zu kfn. ges. Ang. unt. **C 623** a. d. Exp.

2 Damen-Masken-Kost. billig zu vermiet. (11279 Glandorpstr. 26, I.

2 saub. Dam.-Maskenkostüme z. verm. (11266 Georgstr. 15a I.

2 Damen-Masken-Anzüge billig zu vermieten. 11283) Wakenitzmauer 12.

Pferdedecke verlor. b. d. Rotekreuz-Gärten St. Lorenz. Abz. geg. Belohn. Meierstr. 43a 11291)

Anzeigen, die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten. Johannisstr. 46.

Damenkleiderstoffe in großer Auswahl **direkt ab sächs. Fabrik!** Unter anderem:

Frottees 1,05 breit, Ia. Qual., in vielen prachtv. Dess., durchw. p. Mtr. **2.30**

Popeline Ia. gezwirnte Ware, 1,05 br., in vielen Farben . . 3.15 und **2.85**

Rockstreifen reine Wolle, Ia. Qual. 3.15 Halbw., ap. Streif., p. Mtr. **2.75**

F. Spethmann, Breite Str. 31 (im Hause Arnold Berg), **Etagengeschäft.** (11065)